

Er scheint täglich außer Montags. Abonnements - Preis pränum.: Vierteljährlich 3.30 M., monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 38 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags - Nummer mit Illustration 10 Pf. Post - Abonnement: 3.30 M., pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich - Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post - Zeitungs - Verzeichnisse für 1896 unter Nr. 7277.

Inserions - Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs - Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm - Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 27. November 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Minister Miguel und die Volksschule.

Der preussische Kultusminister Dr. Vosse hat vor noch nicht allzu langer Zeit die Volksschule als das kostbarste Juwel der preussischen Krone bezeichnet. Ist es dem Minister mit diesem Ausdruck Ernst gewesen und weiß er wirklich den Werth einer guten Volksschule zu schätzen, so sollte er auch die richtige Schlussfolgerung aus seinen Worten ziehen und mit allen Kräften auf die Erhaltung, oder besser gesagt, auf die Ausbildung eines so kostbaren Juwels bedacht sein. Er sollte dafür sorgen, daß der preussische Staat, der für Flinten und Kanonen niemals zu viel bewilligen kann, und der stets bereit ist, den nothleidenden Agrariern auf Kosten der übrigen Steuerzahler zu Hilfe zu kommen, endlich einmal auch der Volksschule etwas zuwenden.

Daß das dem Landtage in der vorigen Session vorgelegte Lehrerbefoldungs-Gesetz nicht der richtige Weg dazu war, darüber herrscht kaum in irgend einer Partei ein Zweifel. An seinem Scheitern ist aber keineswegs der Kultusminister schuldig, sondern einzig und allein der Finanzminister. Dr. Miguel hat sich im Laufe der Jahre bis zum reaktionärsten Agrarier durchgemauert, sein Trachten und Sinnen scheint nur noch darauf gerichtet zu sein, wie er seinen agrarischen Freunden einen Gefallen erweisen kann. So trug auch das Lehrerbefoldungsgesetz einen ausgeprägten agrarischen Charakter. Das, was den Lehrern mehr bewilligt werden sollte, als bisher, sollte den großen Städten entzogen und dem platten Lande geschenkt werden. Hätte Herr Miguel erklärt, daß er den Städten die bisherigen Staatszuschüsse lassen will, so wäre der Entwurf trotz seiner übrigen Mängel Gesetz geworden, und dann hätten wenigstens diejenigen Lehrer eine kleine Gehaltsaufbesserung erfahren, die heute noch Hungerlöhne beziehen. Die Lehrer mögen sich also bei Herrn Miguel bedanken, wenn ihre mehr als bescheidenen Forderungen bisher noch nicht erfüllt sind.

Die Regierung hat von neuem ein Lehrerbefoldungs-Gesetz eingebracht. Wer aber glaubt, daß sie sich die Erfolge der letzten Session zu nahe gemacht hat, der befindet sich in einem schweren Irrthum. Der neue Entwurf gleicht dem gescheiterten wie ein Ei dem andern, ja, die meisten Paragraphen stimmen sogar im Wortlaut überein. Eine wesentliche Aenderung enthält nur § 8, welcher denjenigen Stadtgemeinden, welche einen eigenen Kreisverband bilden und alle innerhalb ihres Gebietes belegenen öffentlichen Volksschulen ohne Staatsbeihilfe unterhalten, gestattet, sich von den Alterszulage - Klassen der Regierungsbezirke auszuschließen.

Auch der wichtigste Punkt, die Deckungsfrage, ist in anderer, freilich keineswegs zufriedenstellender Weise geregelt. Auch jetzt wieder sind die großen Städte dem platten Lande gegenüber erheblich im Nachtheil. Nach der neuen Vorlage würden 79 Gemeinden mit mehr als 25000 Einwohnern jährlich einen Betrag von 3 295 617 M. verlieren. Dieser Ausfall soll dadurch gedeckt werden, daß den in Frage kommenden Gemeinden ein dauernder Zuschuß aus der Staatskasse insoweit gewährt wird, wie dieser Ausfall den Betrag von 2 pCt. des Veranlagungsolls übersteigt, welches der Gemeindebesteuerung der Einkommen von mehr als 900 M. jährlich für das Jahr 1897/98 bei Anwendung der Vorschriften des Kommunalabgaben-Gesetzes zu Grunde zu legen ist. Der mit diesen Vorschlägen verbundene Aufwand beträgt nach der Begründung der Vorlage rund zwei Millionen Mark jährlich.

Des weiteren ist ein Dispositionsfonds von 250 000 Mark ausgehört zur Abrundung der zu gewährenden festen Zuschüsse sowie zur weiteren Gewährung solcher Zuschüsse an diejenigen politischen Gemeinden und Schulverbände, deren Steuerkraft im Vergleich mit den Volksschul- und Kommunallasten ihrer Mitglieder verhältnismäßig gering ist. Daraus ergibt sich, daß die großen Städte im ganzen 2 1/4 Millionen Mark erhalten würden, während ihnen über 3 1/4 Millionen Mark entzogen werden, sie würden also mehr als eine Million einbüßen, und hiervon würden auf Berlin allein 550 000 Mark, also mehr als die Hälfte, entfallen.

Das Abgeordnetenhaus hatte im Vorjahre die Höhe des Dispositionsfonds auf 1 1/2 Millionen Mark festgesetzt, Herr Miguel bietet jetzt 1/4 Million, er spart also eine Million, während er auf der anderen Seite den großen Städten zwei Millionen bewilligt, d. h. der ganze Mehraufwand der neuen Vorlage gegenüber der alten beläuft sich auf eine Million Mark.

Bei einer ungünstigen Finanzlage wäre eine solche Sparbarkeit vielleicht erklärlich, wenn sie auch bei einem so wichtigen Gebiete, wie der Volksschule, auf keinen Fall zu billigen ist. Da aber die Finanzlage des Landes eine überaus günstige ist — beträgt doch der Ueberschuß für das abgelaufene Jahr 60 Millionen, und läßt sich doch nach der Thronrede für das laufende Jahr ein gleich günstiges Resultat erwarten —, so müssen dieser übel angebrachten Sparbarkeit andere Momente zu Grunde liegen, und diese Gründe sind einzig und allein in der Person des Finanzministers zu suchen, der seinem Namen „Liebling der Götter und der Agrarier“ keine Unehre machen will. So muß denn

auch bei dieser Vorlage der agrarische Pferdesuß zum Vorschein kommen, denn das, was die großen Städte einbüßen, kommt dem platten Lande zu gute.

Bei den Beratungen im Plenum und in den Kommissionen des Abgeordnetenhauses wird das Zentrum und ein Theil der Konservativen wiederum den Wunsch nach einem allgemeinen Volksschul-Gesetz auf christlicher Grundlage zum Ausdruck bringen, während die liberalen Parteien über die Benachtheiligung der Großstädte klagen werden. Schließlich wird es einzig auf die Haltung der Nationalliberalen ankommen. Erweisen diese sich als standhaft und widersetzen sie sich der Vererbung der Städte, so muß Herr Miguel nachgeben, ob er will oder nicht, denn er kann nicht das Odium auf sich nehmen, daß er zweimal hintereinander ein so wichtiges Gesetz durch Knauerigkeit zu Falle gebracht hat.

Die nationalliberale Presse steht bisher dem Entwurf wenig sympathisch gegenüber. So weist die „Nationalzeitung“ darauf hin, daß das Weiterstreben auf dem prinzipiosen Wege einer mit massenhaften Staatszuschüssen arbeitenden Gesetzgebung über die Unterhaltung der Volksschule in erster Reihe im Interesse der Großgrundbesitzer des größten Theils der östlichen Provinzen ist. Mit Ausnahme weniger dortiger Landes- theile, in denen der Großgrundbesitz durch Spezialbestimmungen zu den Volksschullasten herangezogen ist, nimmt er an denselben so gut wie gar keinen Theil, weil er zu keinem Gemeindeverbände, nur in seltenen Fällen zu einem Schulverbände mit benachbarten Gemeinden gehört, und noch seltener selbst Volksschulen nach Verhältnis seiner Steuerkraft für die Angehörigen des Ortsbezirks unterhält. Die größeren Städte brauchen nicht dazu zu schweigen, daß man sie die Kosten will tragen lassen, um jene ungerechte Befreiung der Mehrheit der ostelbischen Großgrundbesitzer von den Volksschullasten aufrecht zu erhalten. Öffentlich werden auch die Vertreter der nationalliberalen Partei im Abgeordnetenhaus diesen Standpunkt gegenüber dem wichtigen Gesetz wahren.

Aud wichtig genug ist die Vorlage, wenn sie auch keineswegs den berechtigten Wünschen der Lehrer entgegenkommt. Vortheil werden davon nur diejenigen Lehrer und Lehrerinnen haben, die heute noch ein Gehalt von weniger als 900 bezw. 700 Mark beziehen. Es ist kaum glaublich, aber leider nur allzuwahr, daß am 1. Juni d. J. in den Städten noch 1220 Lehrer und 112 Lehrerinnen und auf dem Lande 10 063 Lehrer und 51 Lehrerinnen ein Gehalt bezogen, welches das in der Vorlage festgesetzte Grundgehalt nicht erreicht. Im Interesse dieser für ihre aufopfernde Thätigkeit so jämmerlich ent-

129]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Adrian sah vorher, daß in wenigen Tagen der Kampf zwischen den Colonna und dem Senator ausbrechen müsse. Konnte er gegen seine eigenen Verwandten als Gegner auftreten? Ein solches Benehmen hätte schon durch sein Verhältnis zu Irene allen Schein des uneigennütigen Patriotismus von ihm entfernt und seinen ritterlichen Ruf um so mehr verletzt, als die Sache der Colonna mit den seiner Standesgenossen im allgemeinen so enge verknüpft war. Auf der anderen Seite veranlaßte ihn nicht allein seine Liebe zu der Schwester des Senators, sondern auch seine eigenen Neigungen und Ueberzeugungen machten ihn geneigt, die Sache eines Mannes vorzuziehen, der ihm die redliche Absicht und die erforderlichen Eigenschaften zu haben schien, den Frieden und die Wohlfahrt seiner Vaterstadt wieder herzustellen. Nach langem Nachdenken sah er keine andere Wahl vor sich, als in der Neutralität zu verharren, zu der er schon früher verurtheilt wurde; aber er beschloß, wenigstens einen Versuch zu machen, die feindlichen Parteien auszuöhnen. Er sah wohl ein, daß er zu diesem Zweck mit seinen stolzen Verwandten beginnen müsse. Wäre es bekannt geworden, daß er zuerst eine Zusammenkunft mit Rienzi gehabt, hätte es geschienen, als sei er durch den Senator mit Eröffnungen beauftragt, so wußte er wohl, daß, wenn selbst Stefanello geneigt sein möchte, auf seine Vorstellungen einzugehen, die übermüthigen und wilden Barone, die ihn umgaben, dem Abgesandten des Volkslieblichen Gehör verweigert haben würden, und daß, statt als Vermittler geehrt, er als Verräther behandelt werden würde. Er beschloß daher, am nächsten Tage nach Palestrina abzureisen, aber (und sein Herz schlug hörbar) sollte es nicht möglich sein, zuerst mit Irene sich noch zu besprechen. Es war keine leichte Unternehmung, da sie so sehr beobachtet wurde, aber er beschloß, den Versuch zu wagen. Er ließ Giulio rufen.

„Der Senator giebt heute Abend ein großes Fest. Weißt Du, ob die Versammlung zahlreich sein wird?“

„Ich höre,“ antwortete Giulio, „daß dem heute den Gesandten und vornehmen Herrn zu gebenden Bankett morgen ein Maskenball folgen soll, zu dem jeder zugelassen wird. Beim Wachs! Wollte der Tribun nur Patrizier einladen, so würde das kleinste Zimmer im Kapitol seine Gäste aufnehmen können. Es scheint mir, daß er sich zu einem Maskenball entschieden hat, um die Würde und den Stand der Gäste zu verbergen.“

Adrian dachte einen Augenblick nach und beschloß, an der Maskerade theilzunehmen.

Diese Festlichkeit, obgleich zu jener Zeit des Jahres in Rom ungewöhnlich, war durch Rienzi gewählt worden, theils, weil alle seine zahlreichen und weniger angesehenen Anhänger auf ihr zugelassen werden konnten, besonders aber, weil sie ihm und seinen vertrauten Freunden die Gelegenheit gewährte, sich unbemerkt unter die Menge zu mischen und die wahre Stimmung der Römer in Beziehung auf seine Politik und seine Macht sicherer kennen zu lernen, als es insolge der durch einen öffentlichen Aufzug angeregten Begeisterung des ersten Augenblicks möglich war. Dieser Entschluß verzögerte Adrian's Reise nach Palestrina wieder um einen Tag.

Die folgende Nacht war sehr heiter und klar. Wegen der zahlreich zu erwartenden Gäste und um die milde Abendluft im Mondschein genießen zu können, war der offene Hof des Kapitols mit dem Löwenplatz (so wie auch die Staatsgemächer im Innern des Palastes) für das Fest bestimmt worden.

Als Adrian mit der Menge in den Hof trat, wurde seine Wacke durch die ungeduldrigen Bewegungen seiner Nachbarn zurückgestoßen. Er brach sie schnell wieder in Ordnung, aber dennoch hatte einer der Gäste ihn schon erkannt.

Rienzi und seine Familie erschienen aus Höflichkeit anfangs unmerklich. Sie standen aber an der Treppe, die von dem alten ägyptischen Löwen ihren Namen hatte. Die zahlreichen Lichter und Fackeln beleuchteten jenes kolossale Denkmal, das seiner Heimath entrissen, in seiner stillen Ruhe Zeuge des Capovollens und des Unterganges zahlloser Generationen und so vieler

wilden und stürmischen Umwälzungen gewesen war. Es galt später für eine böse Vorbedeutung, daß für diese öffentliche Festlichkeit zugleich der Platz gewählt wurde, wo die öffentlichen Hinrichtungen stattfanden. In jenem Augenblick aber, als jeder sich vordrängte, um ein Lächeln oder ein Wort von jenem berühmten Manne zu gewinnen, dessen Schicksal der Gegenstand der Unterhaltung in ganz Europa war, verstimmte keine Vorbedeutung und keine Warnung die allgemeine Fröhlichkeit.

Hinter Nina stand Irene, nicht unzufrieden darüber, daß die Blicke der Menge sie weniger suchten und ihre mildere Schönheit durch die blendenden Reize der Gemahlin ihres Bruders in Schatten gestellt wurden. Nur Adrian heftete unter der Menge auf sie seine Blicke. Die Jahre, welche über dem schönen Antlitz des sechzehnjährigen Mädchens, das damals durch den ersten Hauch der Liebe belebt wurde, entflohen waren, hatten den Charakter der Schönheit Irezens zwar verändert, aber nicht zu ihrem Nachtheil. Ihre für die Verhältnisse einer römischen Schönheit mehr abgerundeten Formen gaben ihrer Erscheinung den Ausdruck würdiger Ruhe. Nicht mehr schwärmte das unruhige Auge umher, nicht mehr umzog ein süßes Lächeln die Lippe. Ihre Züge, die noch so reizend waren, erhielten durch ihren stillen und traurigen Ausdruck einen Ernst, der über ihr Alter hinausging — die Blüthe, die Gluth, der Frühling ihres Herzens waren verschwunden. Aber weder die Zeit, noch Gram und Sorgen hatten die himmlische Sanftmuth ihrer Züge und jene unaussprechliche jungfräuliche Bescheidenheit ihrer ganzen äußern Erscheinung verändert, welche, mit den kühneren Schönheiten Italiens einen Gegenjah bildend, mehr als irgend etwas anderes Adrian den Traum seines Herzens werth gemacht hatten. Und indem er seinen Blick in jene dunklen Augen versenkte, die noch eine Rück- erinnerung zu beleben schienen, wurde Adrian sich immer inniger bewußt, daß er nicht vergessen sei. In ihrer Nähe stehen bleibend und die Menge bei sich vorbeilassend, bemerkte er nicht, daß das Alerange des Senators ihn beobachtete.

Als eine der Masken bei Rienzi vorbeiging, flüsterte sie ihm zu: „Nehmt Euch in Acht, es ist ein Colonna“

lohten Beamten in das Zustandekommen des Gesetzes erwünscht.

Scheitert die Vorlage auch diesmal, so wird Preußen den bis jetzt mit vornehmer Entrüstung zurückgewiesenen Vorwurf sich gefallen lassen müssen, daß es für Kulturaufgaben kein Geld übrig hat. Ein Land, das bei einer so überaus günstigen Finanzlage um eine einzige Million das kostbarste Juwel der Krone opfert, sollte nicht länger den Anspruch erheben, an der Spitze der Zivilisation zu marschieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. November.

Aus dem Reichstage. Die von unserer Fraktion gestellten Interpellationen hatten heute ein sehr verschiedenes Schicksal. Die von dem Abg. Ulrich eventuell zu begründende Interpellation wegen der Zollbehandlung seiner Bedenwaren seitens des russischen Zolldepartements konnte zu keiner Debatte führen, da die Regierung in Rücksicht auf die zur Zeit geführten Unterhandlungen mit den Vertretern des russischen Reiches es ablehnte, die Interpellation zu beantworten.

Andererseits die Behandlung der zweiten Interpellation betreffend die Maßregeln in Sachen gegen die Konsumvereine. Von dem Abgeordneten Bebel wurde die Interpellation in glänzender Weise begründet. Derselbe gab zunächst eine recht interessante Darstellung über die Anhäufung des Kapitals in einzelnen Händen und die Verdrängung der Klein- durch die Großbetriebe.

Redner erörterte dann die rechtliche Seite der Zulassung der Umsatzsteuer und kam zu dem Ergebnis, daß dieselbe gegen die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung verstoße. Diese Sondersteuer gegen einzelne Gewerbetreibende verstoße aber auch gegen die bezüglichen Bestimmungen der Landesgesetze.

Sehr eindrucksvoll waren die Ausführungen Bebel's über den Umfang und die Wirkung der in Aussicht genommenen Sonderbesteuerung, deren Effekt vielfach auf eine volle Ertragskonfiskation hinauslaufen würde. Freilich schloß sich dieses Vorgehen gegen die Arbeiter-Konsumvereine nicht ohne die sonstigen Maßnahmen der sächsischen Behörden gegen die Arbeiter an. Durch die Änderung des Wahlrechts habe man die Arbeiter politisch rechtlos gemacht, durch künstliche Interpretation verkleinere man ihnen das Koalitionsrecht und die Umsatzsteuer sei das Mittel, die Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter zu ruinieren. Die Sozialdemokratie glaube nicht an die Konsumvereine als Heilmittel gegen den sozialen Nothstand der Arbeiterklasse, wie Schulze-Delisch dies lehrte; sie verteidige aber das Recht der Arbeiter, auch solche Vereine zu gründen. Da aber dieses Recht durch die im Interesse des Zwischenhandels erfundene Umsatzsteuer bedroht sei, deshalb wurde die Sache zur Sprache gebracht.

Daß mit der Interpellation eine Sache angeknüpft wurde, welche der Reichstag durchaus nicht angenehm ist, gab der Staatssekretär v. Bötticher dadurch zu erkennen, daß er die Beantwortung von sich ab und dem Vertreter der sächsischen Regierung zumies. Aber auch dieser begnügte sich mit einem Eiertanz und schlängelte sich um eine offene Stellungnahme damit herum, daß er erklärte, die sächsische Regierung befinde sich noch im Stadium der Erwägungen und habe noch keine endgültige Stellung genommen.

Sollte die von uns schon vor Wochen angekündigte Erörterung der Sache im Reichstag etwa der Anlaß für die sächsische Regierung gewesen sein, ihre Entscheidung hinaus zu schieben? Hervorgehoben sei, daß der sächsische Regierungsvorredner den vom „Vorwärts“ seinerzeit veröffentlichten Erlaß der Amtshauptmannschaft Zwickau, welcher direkt zum Vorgehen gegen die Konsumvereine aufforderte, dementirte. Mit so offenen Karten zu spielen, wie es die Zwickauer Amtshauptmannschaft thut, ist nicht sächsische Art und deshalb das Dementi. Häßlich ist auch, daß die sächsische Regierung von der Existenz des Mundschreibens erst durch die Veröffentlichung in der sozial-

unter den Masken. Der Dolch des Mörders wurde schon oft unter dem Domino versteckt. Dort steht Euer Feind, laßt ihn nicht aus den Augen.

Diese Worte waren für den Senator-Tribun seit seiner Rückkehr die ersten bestimmten Andeutungen der Gefahren, denen er ausgesetzt war. Er entsärbte sich und eine dumpfe Zerstreuung folgte einige Minuten dem höflichen Lächeln und den freundlichen Worten, mit denen er bisher jeden Gast entzückt hatte.

„Weshalb steht jener Mann dort so stumm und bewegungslos da?“ flüsterte er Nina zu; „er spricht mit niemand, er nähert sich uns nicht, wir müssen doch sehen, welche Bewandniß es mit ihm hat!“

„Es wird wohl irgend ein Deutscher oder ein Engländer sein,“ erwiderte Nina. „Daß eine so unbedeutende Wolke unsere Heiterkeit nicht trüben.“

„Du hast Recht, wir haben Freunde hier, wir sind geschützt. Bei der Asche meines Vaters, ich fühle, daß ich mich an die Gefahr gewöhnen muß. Nina, komm, ich denke, wir wollen uns jetzt, selbst maskirt, unter die Masken mischen.“

Die Musik erkante munter und laut, als der Senator und seine Begleitung sich unter die Menge begab. Aber sein Blick war noch immer auf den grauen Domino Adrian's gerichtet und er bemerkte, daß jener seinen Schritten folgte. Als er sich dem geheimen Eingang in das Kapitol näherte, verlor er für einige Augenblicke seinen verdächtigen Bersolger aus den Augen. Aber Rienzi bemerkte ihn, indem er sich umschah, als er eben eintreten wollte, wieder dicht neben sich, im nächsten Augenblicke aber war der Fremde in dem Gedränge verschwunden. Jener Augenblick hatte jedoch Adrian genügt, indem er Freuen zuflüstern konnte: „Adrian Colonna erwartet Dich neben dem Löwen.“

Rienzi bemerkte glücklicherweise in seiner eigenen Zerstreuung die plötzliche Annäherung seiner Schwester nicht. Als er im Palast ankam, forderte er Wein, der Trank belebte und ermutigte ihn wieder, er horchte lächelnd auf die wichtigen Bemerkungen Nina's und, seine Maske und seinen Domino ablegend, sagte er mit gewohnter Munterkeit: „Es ist sonderbar, daß die Wahrheit auf Festlichkeiten nur hinter Masken spricht. Meine theure Schwester, auch Du lächelst nicht mehr so fröhlich, wie sonst, und ich sehe dieses doch lieber, als — Ha, ist Irene verschwunden?“

„Ich denke, mein Cola, sie wird ihren Anzug wechseln,“ erwiderte Nina. „Daß mein Lächeln das ihrige ersetzt.“ (Fortsetzung folgt.)

demokratischen Presse Kenntnis erhalten hat. Der sächsische Regierungsvorredner bestritt zwar, daß die geplante Umsatzsteuer den gesetzlichen Bestimmungen zuwider sei, gab aber selbst zu, daß, wenn diese Steuer einen prohibitiven Charakter annehme, sie dann gegen das Gesetz verstoße. Gerade das wollen aber die Anhänger dieser Besteuerungsart. Durch dieselbe soll den Konsumvereinen und gleichartigen Gewerben die Existenz unmöglich gemacht werden, um deren Kunden wieder dem Klein- und Zwischenhandel tributär zu machen. Das sprach auch der Zentrumsredner als Zweck und Ziel der Umsatzsteuer offen aus, und der Antisemit Zimmermann hieß in dieselbe Kerbe. Daß letzterer Redner auch einen Wuchslord voll Lügen und Verdächtigungen über unsere Partei mitgebracht hatte, versteht sich am Rande. Er wurde aber am Ausstramen seiner Märchen durch den Herrn Präsidenten gehindert. So weit aber Herr Zimmermann seine Unwahrheiten an den Mann brachte, diente ihm Genosse Wurm in eben so treffender wie derber Weise, welcher nebst dem Genossen Stolte von unserer Seite in wirksamster Weise in die Debatte eintrifft. Als charakteristisch für die Stimmung der Parteien gegenüber dem sächsischen Vorgehen kann es wohl bezeichnet werden, daß ebenso wie die Reichsregierung die Parteien der Rechten und die Nationalliberalen sich hüteten, für dasselbe einzutreten. Diese Parteien schwiegen. Ob dies Schweigen innerhalb der weißgrünen Grenzspähle verstanden werden wird? Morgen 1 Uhr Fortsetzung der Justiznovelle.

Das preussische Abgeordnetenhaus überwiegt am Donnerstag den Gesetzentwurf betreffend Tilgung von Staats-schulden und Bildung eines Ausgleichungs-fonds an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Als erster Redner machte der Finanzminister den Versuch, seine gestrige Niederlage etwas abzumildern, aber ohne sichtbaren Erfolg. Das Haus hörte den Vorgesessenen des Herrn Miquel, der seine Verdienste um die Finanz- und Eisenbahn-Verwaltung in verschiedenen Variationen betonte, ebenso unaufrichtig, wie den nachfolgenden Rednern. Namens der Freikonservativen erklärte sich Freiherr von Jeditz für eine obligatorische Schuldentilgung, während er dem Ausgleichsfonds kühl gegenübersteht. Redner regte auch den Gedanken an, einen bestimmten Prozentsatz festzusetzen, bis zu dem die Eisenbahn-Uberschüsse zur Deckung allgemeiner Staatsbedürfnisse zu verwenden seien. An der Debatte theilnahmen sich noch Abg. v. Gynern, der eine echt nationalliberale Rede hielt, Abg. Müller und Abg. Frihen vom Centrum.

Hierauf trat das Haus in die erste Beratung des Lehrerbeförderungsgesetzes. Von den verschiedensten Seiten wurden erhebliche Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage, so besonders gegen die zu niedrigen Grundgehälter, gegen die Alterszulagen-Raffen und namentlich gegen die von der Regierung vorgeschlagene Strafverfolgung der Lehrer aus dem Disziplinarwege, erhoben, doch sind die Debatten weit weniger heftig als in der vorigen Session, so daß das Gesetz voraussichtlich nach geringeren Kämpfen, wenigstens von diesem Hause, angenommen werden wird. Gegen die Vorlage erklärte sich Abg. Kändler (fr. Sp.) wegen der Belastung der großen Städte, während Abg. v. Heydebrand (konf.), auch ein Gegner des Gesetzes, sich über die zu hohe Belastung des platten Landes beklagte und allen Ernstes den Vorschlag machte, die Staatszuschüsse der großen Städte noch mehr zu kürzen. Prinzipiell stimmt der Kultusminister Dr. Soffe mit dieser Anschauung überein, da die großen Städte durch die Ueberweisung der Realsteuern große Vorteile hätten; namentlich der Stadt Berlin fallen die Millionen direkt in den Schooß, während die armen Gemeinden auf dem platten Lande feuigen. Man hörte es aus seinen Worten deutlich heraus, daß er sich nur der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Trieb, in die der vorigen Vorlage gegenüber geringere Belastung der Städte geschickt hat, um das Gesetz nicht scheitern zu lassen. Ueberwiegend war es, daß sich der Abg. v. Kardorf, vermutlich aus Popularitätsbhascherie, als einen warmen Freund der Lehrer entpuppte und die Erklärung abgab, er werde für keine Gehaltserhöhung von Beamten stimmen, falls das Gesetz wieder abgelehnt werden sollte. — Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

Zusatzkoffer. Sie sind in Erfurt beisammen gewesen und sind wieder auseinander gegangen — das wird so ziemlich alles sein, was man in einem Jahrzehnt von dem Erfurter Kongreß der Naumann und Genossen erzählen wird — falls man dann von dem Kongreß und den Herren überhaupt noch etwas weiß.

Daß sich die Herren für ihre Jungenaubungen den Saal, in welchem einst die deutsche Sozialdemokratie getagt hat, zum Lammplatz wählten, bringt das Komische der Komödie nur zu besserer Geltung. Die uns „ablösen“ wollen, haben sich wenigstens einmal auf dieselben Stühle gesetzt, auf denen wir vor fünf Jahren gesessen.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben, unmöglich, ernst zu schreiben. In einem Roman ist zwar nichts, aber durch Weglassen des Wortes „christlich“, und an die Stelle setzen des Wortes „national“ haben die „christlichen“ Herren den letzten Anspruch auf ernsthafte Beurteilung verloren. Der — freilich utopistische — Gedanke des christlichen Sozialismus wurzelt in allen christlichen Christen und hat unzweifelhaft eine gewisse Berechtigung. Aber „nationaler“ Sozialismus! Noch weniger unvernünftig wäre es gewesen, wenn die Herren von einem „nationalen“ Christenthum gesprochen hätten. Denn der Sozialismus ist etwas allgemein Menschliches, und von einer „nationalen“ Menschheit oder einem „nationalen“ Menschenthum kann nur ein Verwünder sprechen.

Doch unsere Herren Weltverbesserer halten sich für sehr praktisch, und gleich den nationalliberalen „Realpolitiker“ wollen sie nicht mit unwägbar und unmeßbaren Faktoren rechnen; sie wollen die feste, harte Grundlage des deutschen Reichs mit seinen Millionen Soldaten und seiner lawinenartig wachsenden Kriegsflotte unter ihren Schuhsohlen haben, und so haben sie denn ihr „statistisches (Zukunfts-)Haus“ auf den Rocher de bronco des preussischen Militarismus und „konstitutionellen“ Absolutismus gebaut.

„Demokratischer Jäsarismus!“ höhnt der „Reichsbote“. Und der „Reichsbote“ hat recht. Es ist kein neues Gebilde, das aus dem Erfurter Spargelfeld vor uns aufgeschossen ist. Alles schon dagewesen. Dagewesen in Frankreich unter Napoleon dem Kleinen. Dagewesen in Deutschland unter Bismarck dem Lagen. Dort „Napoleonische Ideen“ genannt, hier „soziales Königthum“ oder „soziales Kaiserthum“. Dort kläglich gescheitert, hier kläglich gescheitert. Und dort wie hier stand die Staatsmacht — wenigstens bis zu einem gewissen Grad — hinter dem phantastischen Gebilde.

Aber wir wollen die wunderlichen Realpolitiker von Heiligen nicht entmuthigen. Wir haben sogar einen guten Rath für sie. Sie brauchen sich nicht den Kopf mit dem Studium der Aera Napoleon und Bismarck zu zerbrechen — sie haben es leichter und angenehmer. In des trefflichen, leider jetzt halbvergessenen Zimmermann berühmtestem und schönsten Roman finden sie die Muster und das Rezept für ihr Thun: die große Luftstein-Fabrik der Firma Münchhausen, Buttervogel und Kompagnie zur Herstellung von Baumaterial für die prachtvollen Prachtbauten.

Mögen sie — nicht die Herren Münchhausen und Buttervogel, sondern die Herren Naumann und Sohn — mögen sie im

Schweiß ihres Angesichts die Luft zusammenpressen, bis sie sich zu Steinen verdichtet; und mögen sie mit den so gewonnenen Luftsteinen im Schweiß ihres Angesichts bauen — bauen — bauen!

Wir wünschen gute Berrichtung! —

Abgehängt. Die „Deutsche Tages-Zeitung“ hatte es nicht nur nicht wahr haben wollen, daß man die Bündler auf dem konservativen Delegirtenkongreß zurückgepöfien, sie thut auch nach dem Tage fortgesetzt so, als warteten die Konservativen mit Freuden darauf, die Befehle der Blöhs-konsortien auszuführen zu können. Auch in ihrem heutigen Morgenblatte renommirt sie damit, es läge nur an den Hauptleuten des Bundes, zu bestimmen, wann der Kanis-Antrag wieder eingebracht werden solle. Der Leiter des Blattes scheint nicht an Ahnungen zu leiden. Während er seine Pracht-Renommage zum besten gab, war auf ihn und seine Schächer schon der konservative Partei-Donnerkeil niedergefallen. Die neueste Nummer der „Konservativen Korrespondenz“ enthält folgende Nichtigstellung:

„Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt einige Aeußerungen über den konservativen Delegirtenkongreß, die zu Irrthümern und falschen Beurtheilungen unserer Partei Anlaß geben könnten; wir sind daher zu folgender Richtigstellung genöthigt: Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt u. a.:

„Die Ausführungen des Herrn Grafen Mirbach, die wir ausführlich mittheilten, beweisen auf das Schlagendste, wie die konservative Partei die Forderungen des Bundes der Landwirthe zu den ihren macht und ferner als die ihren zu verwechseln gedenkt.“

und ferner: „Wir freuen uns, daß irgend welche Mißstimmung zwischen der Partei und dem Bunde der Landwirthe“ auf dem Delegirtenkongreß sich auch nicht im geringsten bemerkbar gemacht hat. Wir freuen uns darüber mehr noch im Interesse der konservativen Partei, als in dem des Bundes. Was aber das Abdrücken vom Antrage Kanis anlangt, so wissen unsere Leser, daß wir es waren, die zunächst ausdrückten, daß ein nochmaliges Einbringen des Antrages während der laufenden Tagung unthunlich und erfolglos sei. Es ist erfreulich, daß die konservative Partei diesen Erwägungen das Zugeständniß der Berechtigung nicht verweigert hat. Es ist aber kein Mensch vom Antrage Kanis abgerückt. Er ist nur noch unserm Vorschlage bis zur nächsten Tagung hinausgeschoben worden. Dann kommt er wieder.“

Davon, daß die konservative Partei die Forderungen des Bundes der Landwirthe zu den ihren mache, kann keine Rede sein. Die vom Herrn Grafen v. Mirbach ausgeprochenen Wünsche und Anregungen entstammen durchweg der Initiative der konservativen Partei, die nach der von dem genannten Referenten bezeichneten Richtung schon vorgegangen ist, ehe an die Gründung des „Bundes der Landwirthe“ zu denken war. Auch die Behauptung, die konservative Partei habe sich zum Nichteinbringen des Antrages Graf Kanis erst nach dem Vorschlage der „Deutschen Tageszeitung“ entschlossen, ist absolut unbegründet. In der Partei war man sich über die Stellungnahme zu dem erwähnten Antrage schon längst klar, als das genannte Organ des Bundes der Landwirthe“ noch dessen Wiederbringen beschworerte. Ob der Antrag aber „widerkommen“ werde, darüber hat zu allererst die Redaktion der „Tages-Zeitung“ zu entscheiden. — Im Interesse des Bundes der Landwirthe“ liegen Auslassungen wie die vorstehend richtiggestellten nicht, denn die „Germania“ hat ganz recht, wenn sie den Einbruch derselben dahin charakterisirt, daß dadurch festgestellt werde, daß ein konservativer Anhänger des Bundes der Landwirthe“ eigentlich nur Mitläufer der konservativen Partei und Herr Graf v. Mirbach „Generalbevollmächtigter der vereinigten Firmen“ sei. Einen solchen Einbruch wird aber die konservative Partei um keinen Preis auskommen lassen.“

Die „Tages-Zeitung“ hat auf diese Abfrage noch nicht geantwortet. Fällt ihre Erwiderung gleich höflich aus, dann kann man sich auf ein paar kräftige Wirtlein gefast machen. Oder die Herren ziehen es vor, die Faust nur in der Tasche zu machen. Auch möglich. —

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte die dritte Strafkammer des Landgerichts I gegen den Arbeiter Joseph Jankowski. Aus der Urtheilsverhandlung ging hervor, daß der Angeklagte in trunkenem Zustande beschimpfende Aeußerungen über den Kaiser ausgesprochen hatte. Mit Rücksicht auf den Zustand des Angeklagten, welcher sich wohl kaum der Tragweite seiner Worte bewußt gewesen, sah sich der Rechtschef nicht veranlaßt, über das zulässig niedrigste Strafmaß — zwei Monate Gefängniß — hinauszugehen.

Deutsches Reich.

— Anlaßlich der Konvertirungs-Vorlage schreibt die „Soziale Praxis“ in ihrer letzten Nummer: Allein die Rücksicht auf die Arbeiterinteressen trifft in keiner Weise zu, da dieses Interesse durch Verwendung der Staatsersparnisse für eine in Preußen fast gänzlich fehlende Arbeiterpolitik weit besser gewahrt werden könnte. Die Verminderung der Einkünfte der tothen Hand ist bei dem erschreckenden Wachsthum derselben in Preußen geradezu wünschenswerth. Der durchschlagende Grund ist, daß im preussischen Landtage ausschließlich die besitzenden Klassen vertreten sind, und daß deren Interessen zum theil (Rentenbesitzer) für Verbeibaltung von 4 pCt., zum theil (agrarische Hypothekenschuldner) für Herabdrückung auf jeden Zinsfußes auf 3 pCt. sprechen, und daß zwischen ihnen das arithmetische Mittel gefunden wird, ohne daß das allgemeine Interesse den Anschlag giebt. Die 4prozentige Staatsschuld beträgt 3500,1 Mill. Mark, die Ersparniß bei Konvertirung auf 3 1/2 pCt. = jährlich 18,0 Mill. Bei Herabziehung sowohl der 4 wie der 3 1/2prozentigen auf 3 pCt. würden jährlich 45,5 Mill. erspart. Auf 3 pCt. haben bereits konvertirt: Bremen, Dänemark, Belgien, Holland, Kanton Bern, ferner eine Anzahl Pfandbrief-Institute. —

— Zur Frage des Gerichtsstandes der Presse wird in letzter Zeit vielfach Material beigebracht. Außer im Falle Noth haben wir noch hierbei die Verfolgung zahlreicher sozialdemokratischer Redakteure wegen Beilegung der „Neuen Welt“, in der angeblich strafbarer Artikel enthalten sein sollen, zu registriren. Die Auffassungen der Gerichte weichen in diesem Falle vielfach von einander ab. Während gegen den verantwortlichen Redakteur des „Dänoverschen Volkswillen“ die Anklage wegen Gotteslästerung zurückgezogen wurde, wird aus Nürnberg berichtet:

„In Sachen der „Frankischen Tagespost“ wegen Gotteslästerung hat bereits die Verweisung vor das Schwurgericht stattgefunden. Nun handelt es sich um eine für die Presse prinzipiell wichtige Frage. Der inkriminirte Artikel erschien in der in Leipzig redigirten, von einem eigenen Redakteur geleiteten „Neuen Welt“, welche den meisten sozialistischen Zeitungen als Unterhaltungsblatt beziehungsweise Beilage beigegeben wird. Während nun nach früheren Kommentaren der Redakteur des Blattes, dem die Beilage beigegeben wird, nicht für den Inhalt der Beilage, die einen eigenen Redakteur hat, verantwortlich zu machen ist, sind neuere Kommentare der gegentheiligen Ansicht.“

Der verantwortliche Redakteur der „Neuen Welt“, Genosse Edgar Steiger, hat sich am 3. Dezember vor der

Dresdener Strafkammer zu verantworten. Es handelt sich um eine angebliche Ausweisung verschiedener Bekleidungsarten durch ein in Nr. 43 der „Neuen Welt“ stehendes Gedicht. (§ 180 des Strafgesetzbuchs.)

— In dem bekannten Zeugniszwangsverfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ ist gegen den verantwortlichen Redakteur Alexander Wiesen eine Geldstrafe von 200 M. verhängt und zugleich eine Zwangshaft vom 4. Dezember an verfügt worden. Gegen diese Entscheidung hat der Betroffene Beschwerde eingelegt.

Nun muß aber die „Frankfurter Zeitung“ ihre Drohung bezüglich der Denunziation der „Hamburger Nachrichten“ wegen Landesverrats auch rasch ausführen.

— Zum Kapitel „Konduitenlisten“. Ein Zufall spielte kürzlich — wie man der „Volks-Zeitung“ aus Westpreußen vom gestrigen Tage schreibt — einem Lehrer im Regierungsbezirk Danzig ein Schriftstück in die Hände, das an einen Gemeindevorsteher gerichtet war und das um gewissenhafte Auskunft darüber ersuchte, welches die politische Gesinnung des Lehrers A. sei; ob er diese Gesinnung öffentlich zur Schau trage; welche Zeitungen er lese; mit wem er Umgang pflege; was dem Gemeindevorsteher über das ansehnliche Betragen des Lehrers sonst noch bekannt sei. Die Auskunft sei durch Vermittlung des Landrates an die Regierung einzufenden.

Was wird nun die „Verl. Korr.“, die einen früheren Fall als Ausnahmefall bezeichnete, zu dieser Meldung sagen? Die Konduitenlisten scheinen also doch auf allgemeine Anordnung des Unterrichtsministers angelegt zu werden. Dies erscheint um so wahrscheinlicher, als der Oberpräsident von Westpreußen der früheren Unterrichtsminister Göhler ist.

Leipzig, 26. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heute vorgenommenen Stadtverordneten-Wahlen in der dritten Klasse erhielten im 1. Kreise die Sozialdemokraten 1085 (1895: 1081), die Gegner 1418 (1895: 1463), im 2. Kreise wir 1308 (1895: 1224), die Gegner 1678 (1895: 1608), im dritten Kreise unsere Genossen 2754 (1895: 8035), die Gegner 1404 (1895: 1087), und im vierten Kreise unsere Partei 2764 (1895: 2907), die Gegner 1661 (1895: 1416) Stimmen.

In ersten und zweiten Kreise, inneren Stadtbezirken, sind unsere Kandidaten, wie kaum anders zu erwarten war, unterlegen, im dritten und vierten Bezirke wurden die Genossen Heinze, Lehmann, Bernstein, Schulze und Niemann gewählt. Im Stadtverordneten-Kollegium sitzen jetzt 14 Sozialdemokraten. Bei der heutigen Wahl haben wir einen Stimmenverlust von 888 und die Gegner einen Zuwachs von 588 Stimmen zu verzeichnen.

Rudolstadt, 26. November. (Wg. Ver.) Der am Dienstag zusammengetretene Landtag wurde mit einer „Thronrede“ eröffnet, welche die gegenwärtige Finanzlage des Landes im Gegensatz zu der vor drei Jahren als befriedigend bezeichnet. Allerdings schließt auch der diesjährige Etat (dreijährig) wieder mit einem Defizit von 82 900 M. ab, jedoch werde dasselbe voraussichtlich ausgeglichen durch die infolge günstiger Holzverkäufe unerwartet hohen Bestände der Landesforsten. Der Landtag, welcher durch 16 Abgeordnete gebildet wird (12 aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangen, 4 als Vertreter der Höchstbesteuerten), findet reiche Arbeit vor, denn nicht weniger als 29 Vorlagen sind zu erledigen, darunter die Gehaltsregelungen der Geistlichen und Lehrer. Welcher Art die „Gesetzesvorlagen“ in solch einem Duodezstaat sind, davon kann man sich ein Bild machen, wenn man u. a. liest: „Einverleibung des Forstortes „Schabscheide“ in den Thiergarten“, oder: „Umbau des Gastwirtschaftsgebäudes auf dem Rathshaus“, oder: „Beihilfen zu den Kosten des Neubaus eines Schulsaales in Berigau und eines Neubaus für zwei Klassen in Oberhain“ u. s. w. Der Vorkommendenrathes-Tagesordnung des Landtages entspricht auch die Aufstellung des Sitzungssaales. Winkeltiger als die Kammer, in welcher die Rudolstädter „Kammer“ tagt, kann eine in Raffinen befindliche Dorfschänke nicht sein; dies leuchtet wohl am besten daraus hervor, daß, trotzdem es nur 16 Abgeordnete sind, diese in dem winkligen Räume so sitzen, daß die Hälfte der Abgeordneten die andere Hälfte gar nicht sehen, höchstens einmal hören kann, d. h. soweit die nicht sichtbaren Herren nicht etwa die Rederollen eines Automaten markieren. — Unsere Parteigenossen im Landtage werden die Regierung über diverse Vorkommnisse interpellieren, so unter anderem über die Niederstichung des Geistlichen Rammel durch Gen darm Koch in Neuhaus, ganz besonders aber wegen der pingeligen Versammlungsverhalte. Dies werden auch die einzigen wenigen Punkte sein, bei welchen etwas Leben in der „Bude“ sein wird. Daß dadurch viel an der Sache geändert werde, kann nur der glauben, welcher die Schwarzburg-Rudolstädtische Regierung „kann“ nicht kennt; es wird eben weitergewurstelt und mehr als auf irgendwelche andere Verhältnisse paßt hier des schwedischen Kanzlers Ogensterna's Wort von der geringen Weisheit, welche zum Regieren benötigt wird.

— Ueber die Vorgänge im Landtage von Schwarzburg-Rudolstadt, über die wir in unserer letzten Nummer berichteten, wird uns durch Anfrage telegraphisch:

„In der gestrigen Sitzung des Landtages Schwarzburg-Rudolstadt stellte es sich heraus, daß der mit sozialdemokratischer Hilfe gewählte Abgeordnete Wilhelm Königsee nur durch unläutere Mandatverträge die Unterstützung unserer Partei erschieden habe. Genosse Apel erklärte in der Sitzung des Landtages, daß er und die Partei jede Beziehung mit Wilhelm lösen, die Parteigenossen werden es verstehen, Wilhelm zur Niederlegung seines Mandats zu zwingen.“

— Bequadt ist, wie die „Braunschweigische Landes-Zeitung“ zu melden weiß, der im Jahre 1898 wegen Unterschlagung amtlicher Gelder und Urkundenfälschung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte ehemalige Sekretär der herzoglichen Staatsanwaltschaft Knyath.

Diesfeld, 26. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Ergebnis der Wahl zum lippe'schen Landtag in der dritten Abteilung des Wahlkreises Demgo-Saljußen-Barntrup-Blomberg ist folgendes: Der sozialdemokratische Kandidat Schmutz erhielt 518, der Kandidat der vereinigten Gegner 550 Stimmen. Lehterer ist somit gewählt. Wir gewannen gegen die Hauptwahl 263, die Gegner 204 Stimmen. An der Wahl beteiligten sich bloß 45 pCt. der Wahlberechtigten.

— Zum Kapitel Soldatenmißhandlungen. Kürzlich ging ein Fall Bauer durch die Presse. Der Soldat Bauer vom württembergischen Infanterie-Regiment Nr. 122 beging Selbstmord und als Ursache hierfür wurde die ihm zu teil gewordene Behandlung bezeichnet. Wie der „Frankfurter Kurier“ nun mitteilt, sei Lieutenant Rabe am 18. November in Zusammenhang mit dieser Affäre in Haft genommen worden. Tags darauf wurden zwei Zeugen eidlich vernommen.

Vor der Strafkammer in Ulm wurde gegen den Lehrer Hinderer von Finsterlohe und die Redakteure Schmidt-Stuttgart, Schwarz-Ulm und Hainle-Heidenheim wegen Preßvergehen verhandelt. Es handelte sich um die Veröffentlichung eines Soldatenbriefes, den der Grenadier Koch von Finsterlohe an seine Eltern geschrieben und in welchem er über die Behandlung des ver-

storbenen Grenadiers Baumann berichtete, dessen Tod angeblich durch Ueberanstrengung erfolgt sein soll. Hierin sah das Regimentskommando des Grenadierregiments eine Verleumdung des Feldwebels Schmid, in dessen Kompanie Baumann stand. Durch die Zeugenaufnahme wurde festgestellt, daß Baumann schon mehrere Tage vor seinem Tode sich unwohl fühlte (Kopfschmerz), daß er nach der am Nachmittag vor seinem Tode mitgemachten Uebung sich äußerte: „Wenn ich nochmals so geschlaucht (geschunden) werde, muß ich sterben.“ Diese Uebung bestand darin, daß die Kompanie, in der Baumann stand, drei Viertelstunden lang Gewehrlübungen machen mußte, ohne daß Feldwebel Schmid auch nur einmal hatte „rühren“ lassen; ferner ist bezeugt, daß Schmid Redensarten gebrauchte wie: „Ich zer-trete Euch“, „Ihr müßt Euch krümmen wie ein Wurm“. Im übrigen sei bemerkt, daß der Zuhörer unbedingt den Eindruck gewann, daß die Zeugen — wie gewöhnlich — nicht recht herauswollten mit der Sprache. — Der als Sachverständiger anwesende Oberstabsarzt Dr. Albrecht konstatierte, daß der Tod des Baumann untrüglich durch Genickstarre erfolgt sei; es seien sogar die Anzeichen vorhanden gewesen, die sonst bei einem raschen Verlauf der Krankheit fehlen. Auf Befragen giebt Albrecht zu, es sei möglich, daß der Verlauf der Krankheit durch die Uebung am vorangegangenen Tage beschleunigt worden sein könne. Sonnabend, den 28. v. M., findet die Urtheilsvollziehung statt.

— Wozu treiben wir Kolonialpolitik? In einem bei den Kolonialfreunden äußerst seltenen Anlasse von Wahrheitsliebe beantwortet das Organ der Schröder-Pöggelow und Genossen, das „Deutsche Wochenblatt“, die Frage: „Wozu treiben wir Kolonialpolitik?“ folgendermaßen:

Nicht um Neger zu kaufen, zu lehren, zu zivilisieren gingen wir nach Afrika, sondern um zu erobern; nicht ideale und sittliche Zwecke standen an der Spitze der kolonialen Bewegung, so sehr sie auch an sich in betracht kommen mögen, sondern solche materieller und staatlicher Natur. Wer meint zu kolonisieren, um wilden Völkern das irdische oder himmlische Glück zu bringen, der sollte sich die Sache erst zweimal überlegen. Unsere vielgepriesene Kultur ist keineswegs der launere Betrug, für den gedankenlose Thoren ihn oft halten; wer ihn trinkt, nimmt ein Gift auf, das auf dem Grunde des verführerischen Bechers ruht, und dem Trinker für immer die Ruhe raubt, die dem Kulturlosen als das werthvollste zu erscheinen pflegt. Wir sind die Friedensengel nicht, die Segen spenden, wo sie erscheinen, sondern ein harter Fruch treibt uns, treibt das Menschengeschlecht, treibt die gesamte Natur zu unaufhörlichem Kampf, zur Vernichtung des Schwachen, zu Leben durch den Tod anderer. Wo der Weiße mit seiner Kultur sich festsetzt, da wird der Schwarze sein Knecht oder er muß seine Heimath verlassen. Wir Deutsche wollen wachsen an Zahl, Macht und an Besitz. In diesem Kampf aber steht die Gewalt obenan, erst hinter ihr steht Menschlichkeit, Christenthum, Moral.

Und da thun die Herren erstaunt, daß die Sozialdemokratie, als eine Partei der Kultur und der Menschlichkeit, von Anfang an jede Forderung für die Zwecke der Kolonialpolitik abgelehnt hat!

Oesterreich. — Im Abgeordnetenhaus wird gegenwärtig eine Gesetzesvorlage beraten, welche die Regulierung der Beamtengehälter bezweckt. Das Gesetz sollte nach einem Antragsantrag mit dem 1. Juli 1897 in kraft treten. Am Dienstag erklärte der Finanzminister, er könnte dem nicht zustimmen, da eine Bedingung der durch die Vorlage bedingten Mehraufgaben nicht möglich sei. Das heißt: Die Verbesserung der Lage der Beamten soll davon abhängig gemacht werden, ob das nächste Abgeordnetenhaus die Erhöhung der Verzehrersteuern, der Branntwein- und Biersteuer, bewilligen wird.

— Kronawetter und Bernerforser brachten im Abgeordnetenhaus einen Dringlichkeitsantrag ein betreffend strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Ausübung des Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrechtes sowie der freien Meinungsäußerung.

Ungarn. — Die Thronrede, mit der heute das Parlament eröffnet wurde, betont die Nothwendigkeit der Erneuerung des Ausgleiches mit Oesterreich und des finanziellen Uebereinkommens mit Kroatien sowie die Dringlichkeit der Verwaltungsreform. Die Thronrede kündigt dann eine größere Reihe von Gesetzen an, unter den besonders hervorzuheben sind der Entwurf eines allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs und eines Gesetzes, betreffend die katholische Kirchenautonomie. Die Förderung des Binnenhandels und der Industrie, heißt es dann weiter, sowie die Förderung der Konkurrenzfähigkeit des Kleingewerbes, die Investitionen der Staatsbahnen, die Weiterentwicklung des Eisenbahn-Gesetzes, die Besserung der Lage der Landwirtschaft, die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit des Großgrundbesitzes bilden für die Regierung den Gegenstand fortwährender Fürsorge. Zur Erreichung dieses Zweckes seien verschiedene Verfügungen geplant, u. a. in bezug auf die Verstaatlichung des Veterinärwesens, Sicherung des Verkehrs mit Thieren, die Entwicklung des Kreditwesens und auf die Hebung der Viehzucht. Auf dem Gebiete des Finanzwesens werde eine der wichtigsten Aufgaben die Beendigung des großen Wertes der Solatarguldrung und die Aufnahme der Saatzahlung sein. Schließlich kündigt die Thronrede eine Reform der direkten Steuern an, welche eine dauernde Erstarkung der auch jetzt vollkommen befriedigenden Finanzlage herbeiführen werde, und endlich Vorlagen betreffend eine Militär-Strasprozeß-Ordnung, in welcher, soweit dies ohne Schädigung des militärischen Dienstes und der Subordination möglich sei, die Grundsätze der modernen Rechtswissenschaft zur Geltung gelangen sollen, und eine Vorlage betreffend die Verfassung des Verraths militärischer Geheimnisse und Bestrafung der Spionage.

Von gesetzgeberischen Maßnahmen im Interesse der Arbeiterklasse und von einer Beleuchtung der auswärtigen Politik enthält der telegraphisch übermittelte Auszug aus der Thronrede kein Sterbenswörtchen.

Frankreich. — Paris, 26. November. Die Mitglieder der Kommission, welche der Senat gestern zur Prüfung seiner Wahlreform erwählte, sind sammt und sonders der Vorlage feindlich gesinnt. In einer der nächsten Sitzungen wählt die Kommission ihren Präsidenten und ihren Berichterstatter. Der Bericht soll demnächst vorgelegt werden und die Diskussion sobald als möglich stattfinden.

— Ein neuer Panama-Prozeß in Sicht — das ist die Schreckensnachricht, welche seit vorgestern das kapitalistische Frankreich erschauern läßt. Die Andeutungen Arton's haben ein solches Aufsehen gemacht, daß die Regierung genöthigt war, etwas zu thun. Sie fragte in London an, ob die englische Regierung einwillige, daß der Prozeß gegen Arton auch auf die Panama-Angelegenheit ausgedehnt werde. Wider alles Erwarten verweigerte die englische Regierung sich nicht gegen ein derartiges Vorgehen. Sie sprach auch keine Willigung aus, sondern unterließ es einfach, zu protestieren. Das war auch eine Antwort. Und die französische Regierung, die A gesagt hatte, mußte nun auch B sagen: Die Untersuchung über den Panama-Scandal ist wieder eröffnet. Und Duhenbe von Gesellschaftskräften und Regierungs-fürsten zittern und wackeln. Die Zahl der französischen

Kammer-Panamisten ist weit größer als die Majorität des Ministeriums Meline. Hieraus allein schon erhellt die hohe politische Bedeutung des neuen Panama-Prozesses.

Thon, 26. Nov. Die Mitglieder des Antifreimaurer-Kongresses geriethen, als sie unter Vorantragung einer verbotenen Kongressfahne den Versammlungslokal verließen, in ein Handgemenge mit den Polizisten. Die Fahne wurde beschlagnahmt, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

England. — London, 25. November. Bezüglich der auch von uns wieder-gegebenen Meldung der „Ball Mail Gazette“, daß die Regierung von dem Parlamente eine Erhöhung der Forderung für das Heer und die Reserve verlangen werde, erzählt „Meuter's Bureau“ aus amtlicher Quelle, daß hinsichtlich der Voranschläge für die nächste Tagung des Parlaments noch nichts festgestellt, daß somit die Meldung durchaus verfrüht sei.

— Zum Sudanfeldzug. Nach einer Meldung der „Magd. Ztg.“ hat England sich an die Dreibundmächte um deren Zustimmung zu einem weiteren Vorstoß auf der ägyptischen Schuldenkasse gewendet, um den Sudanfeldzug energischer zu betreiben. Italien habe bereits Zustimmung geantwortet.

Spanien. — Barcelona. Die Prozeßverhandlungen gegen die angeklagten Anarchisten werden demnächst vor dem Kriegsgericht beginnen. Die Regierungskommissäre haben beantragt, 28 Angeklagte zum Tode, 69 zur Zwangsarbeit zu verurtheilen.

Aus Kuba laufen die Nachrichten jetzt in Hülle ein, sie widerprechen einander aber dermaßen, daß wir nur eines klar zu erkennen vermögen: es finden bedeutungsschwere Operationen statt. Fest steht — in diesem Punkt stimmen die über Amerika und über Spanien kommenden Nachrichten überein —, daß die Insurgenten im Osten und im Westen der Insel sehr bedeutende Streitkräfte haben. Im Osten, wo nach früheren Berichten nur wenig Insurgenten standen, haben die Russländischen also an Macht und Terrain gewonnen. Der Führer der Russländischen, Gomez, schreibt aus Villa (Santa Clara), daß er über 35 000 wohlbewaffnete und ausgerüstete Leute verfüge, mit welchen er nach der Provinz Havana zu marschieren beabsichtige. — Einem New-Yorker Telegramm zufolge sollen die Kubaner auf den Kopf Weyler's 5000 Dollars ausgelegt haben. Wir trauen ihnen eine solche Dummheit nicht zu — einen unfähigeren Gegner können sie sich nicht wünschen.

General Weyler hat jetzt selber das Fiasco seines Feldzuges zugegeben. Im Gespräch mit einem Abgesandten der kubanischen Zeitung „Lucha“ hat er vor drei Tagen zugegeben, daß es ihm nicht gelungen sei, Maceo zu einer Schlacht zu zwingen, die Rebellen, die sich gerührt hätten, die Spanier aufzusuchen, seien ausgewichen, und da keine Aussicht sei, der Rebellen in nächster Zeit habhaft zu werden, so seien die Operationen der Spanier für diesen Winter als beendet anzusehen.

Herr Weyler verstaute die Bitternis dieser Wahrheit durch begrifferte Hobeihymnen auf seine Generale und Soldaten, die Wunder der Tapferkeit verrichtet hätten und vor Kampflust brennen — leider aber auch von der Bluth des gelben Fiebers, das sie tausendweise hinwegroß.

Türkei. — Verzweifelte Mittel. Die über orientalische Verhältnisse in der Regel gut unterrichtete „Vol. Korr.“ schreibt: Die türkische Regierung läßt schon jetzt in den anatolischen Provinzen Steuern und Abgaben für das Finanzjahr 1897, das mit dem 18. März 1897 beginnt, eintreiben, und zwar mit großer Härte, wodurch besonders diejenigen Türken, die bei der Mobilmachung als Rekruten eingezogen waren und eine Familie zu versorgen haben, schwer getroffen werden.

Konstantinopel, 24. November. Gegen 19 Armenier wurden Haftbefehle erlassen, 16 sind wegen Bombenversens auf die Truppen am 26. August, drei wegen Theilnahme an Revolutionärsauschuss angeklagt, darunter der reiche Bankier Gadjia, der mit seiner Familie in Paris weilte. Wenn er sich nicht binnen zehn Tagen stellt, werden seine Liegenschaften eingezogen.

Asien. — Freiheit wie in Japan“, dürfte es bald heißen, wenn die Worte, die Okuma, der Minister des Innern im neuen Kabinet Majufata, in seiner Antrittsrede gesprochen, sich auch in Thaten umsetzen. Der Minister sagte unter großem Beifall seiner sämmtlichen Kollegen:

Die Minister in Japan sind dem Volke nicht verantwortlich. Diese Regierungswiese muß abgeschafft werden. Unsere Aufgabe muß es sein, unsere Verfassung dahin abzuändern, daß die Volksvertretung Bedeutung gewinne. Wir müssen deshalb das Prinzip der Minister-Verantwortlichkeit proklamieren, um die Rechte der Volksvertretung zu erhöhen. Aus Japan muß alles verjagt werden, was an den Absolutismus erinnert. Die Presse muß unbeschränkte Freiheit erhalten. Die Presse drückt die Meinung des Volkes aus, und ich frage, haben wir Diener des Volkes das Recht, diese Meinung irgendwie zu beschränken? Ich will den Augenblick erleben, wo jeder Japaner seine Meinung völlig frei äußern kann; darin erblicke ich das Unterband für die große Zukunft unseres Landes. Unser Municipalwesen muß ebenfalls dahin reorganisiert werden, daß alles verschwinde, was das Recht und die Freiheit der Person irgendwie beschränkt. Dieses Programm wird unser Vaterland zu noch größerem Ruhm führen.

Afrika. — Beschränkung der Einwanderung. Wie den „Times“ aus Kapstadt gemeldet wird, soll dem Volkstaat von Transvaal ein Gesetzentwurf über Einwanderung unterbreitet werden, nach welchem alle die Republik betretenden Ausländer mit einem gültigen Auslandspasse versehen sein müssen, aus welchem hervorgeht, daß sie im Lande sind, sich selbst zu erhalten.

Partei-Nachrichten.

Der Sozialdemokratische Volksverein in Elberfeld hat in einer Sitzung einstimmig beschlossen, an die Stadtverordneten-Versammlung den Antrag zu richten: 1. zu dem privaterseits projektirten Bismarckdenkmal angefaßt die jüngsten hochpolitischen Enthaltungen Bismarck's den in Aussicht genommenen städtischen Platz an der Schloßbleiche sowie überhaupt einen Platz auf städtischen Grundstücken zu versagen, 2. die dem Fürsten Bismarck im vorigen Jahre von der Stadtverordneten-Versammlung zuerkannte Würde eines „Ehrenbürgers“ für Elberfeld aus demselben Grunde wieder zu entziehen.

Würde denn der Volksverein, wenn Bismarck die „hochpolitischen Enthaltungen“ nicht gemacht hätte, für den Platz und für den „Ehrenbürger“ votirt haben? Fast scheint es so.

In Wiesbaden unterlag bei der Wahl der Arbeitervertreter zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse die sozialdemokratische Liste mit 590 gegen 635 Stimmen einer vorwiegend christlich-sozialen Koalition, die sich pfiffigerweise den Titel „Mitgliedervereinigung gegen Beitragserhöhung“ beigelegt hatte. Von sozialdemokratischer Seite war freie Kerkzählung, Familienversicherung, Herabsetzung der Karenzzeit, höhere Krankenrente und bessere Klassifikation nach dem Vorbild der Städte Mainz und Frankfurt als Programm aufgestellt. Bei der Wahl der Unternehmervertreter erhielt der sozialdemokratische Vorschlag 30, die Liste des Vorstandes 167 Stimmen.

Bei der Orts-Krankenkassen-Wahl in Schwellingen in Baden erlangen die sozialdemokratischen Kandidaten einen glänzenden Sieg.

Aus Apolda. In der letzten Parteiversammlung wurde als Vertrauensmann Genosse August Bändert, als dessen Stellvertreter Genosse Paul Deutert gewählt. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitag in Gotha einverstanden. Den dort gegebenen Hinweis des Genossen Auer, daß eine große Anzahl Orte ihrer Parteipflicht betreffs der Beiträge nicht nachgekommen seien, gelobte man alleseitig zu reparablem.

Ein vollständiges Fiasko erlebte der Marx-„Vernichter“ Lorenz in Bernburg. Der Naumannsche „Deutsche Volksverein“ hatte sich den Herrn verschrieben, damit er über die „Ausführlichkeit der Sozialdemokratie“ spreche. Das that der Herr, aber den Erfolg hatten wir. Unsere Genossen Abrecht aus Halle und Adler aus Halberstadt gaben's ihm so gründlich, daß ein bürgerliches Blatt Bernburgs, die „Morgen-Ztg.“, insbesondere über die wichtige Erwidern unserer Genossen Abrecht sagt, er habe nicht nur den Beifall der Sozialdemokraten, sondern auch im allgemeinen die Lächer von rechts auf seiner Seite gehabt. Dasselbe bürgerliche Blatt charakterisiert den Vortrag des Herrn Lorenz wie folgt: „Seine Ausführungen sind überzeugunglos, es fehlt ihnen jeder warme Pulsschlag des Herzens und man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, daß dieser Apostel ohne allen schweren innere Kämpfe der lehrerigen Fahne untreu geworden sei.“ Das Blatt beendet seinen Bericht mit der humorvollen Wendung: „Die Sozialisten stimmten ein Arbeiterleben an, während die Mitglieder des Volksvereins „Deutschland, Deutschland über alles“ zu singen versuchten. Aber auch in diesem gesanglichen Wettstreit blieben die (nach der Behauptung des Herrn Lorenz) „aktionsunfähigen“ Marxisten die Sieger.“

Aus Elsaß-Lothringen. In Straßburg haben bei den Delegiertenwahlen zur Orts-Krankenkasse unsere Genossen in der Klasse der Arbeitervertreter glänzend über die vereinigten Gegner gesiegt.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen der in der „Neuen Welt“ veröffentlichten Arbeit „Der Nazarener“ war auch gegen den Redakteur des „Volkswillen“, Genossen Tbielhorn in Hannover, ein Verfahren auf Grund des § 166 eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt Tbielhorn die Mitteilung gemacht, daß das Verfahren eingestellt ist.

— Wegen Veröffentlichung eines Leitartikels, überschrieben: „Der Nord des Vientenants v. Bräsewisch“, ist gegen die „Volksstimme“ in Burgstädt i. S. ein Verfahren anhängig. Durch den Artikel soll „ausgereizt“ und zu strafbaren Handlungen aufgefordert sein (§§ 130 und 111 des Strafgesetzbuchs).

— **Sächsisches.** Eine Anzahl junger Turner aus Grimmitzschau machten im Monat August d. J. einen Ausflug nach Gersau bei Glauchau, wobei drei von ihnen rote Kutscherwesten unter ihren Röcken trugen. Dafür sind die jugendlichen Freuler mit einem Strafbefehl folgendes Inhalts bedacht worden:

Auf den Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Verschuldigung, daß Sie am 30. August 1896 gelegentlich eines gemeinschaftlich mit anderen Personen von hier nach Gersau unternommenen Ausflugs eine rote Weste offen sichtbar getragen, sonach öffentlich ein anderes Abzeichen getragen haben, das nach allgemein verbreiteten Ansichten und Ihrer unzweifelhaften Absicht republikanische Gesinnungen und Tendenzen an den Tag legen sollte, Vergehen gegen die königliche sächsische Verordnung vom 14. Juli 1849, wofür als Beweismittel bezeichnet ist: Ihr Geständnis, eine Geldstrafe von fünfzig Mark und im Falle dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens aufgelegt. Die Geldstrafe und die nachverzeichneten Kosten sind an die Gerichtskasse zu Grimmitzschau zu zahlen. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gerichte schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben.

Königliches Amtsgericht.
Kramer.
Gebühr für den Strafbefehl 4,00 M.
Schreibgebühr 0,10 „
Sonstige Auslagen 0,30 „
Strafe 50,00 „
In 54,40 M.

An den Fabrikweber Arthur Hirsch
Hier
Auguststr. 17.

Natürlich ist Berufung angemeldet. Man sieht aber, daß die sächsischen Behörden ihren einst so „gemüthlichen“ Staat noch immer für sehr gebrechlich und schwach halten. Armer Staat!

— In den Druckerei-Lokalitäten des „Sächsischen Volksblatts“ in Zwickau wurde am Mittwoch eine gründliche Haussuchung nach dem Manuskript eines Flugblattes vorgenommen, das in der Sonntagsnacht im Nachbarort Paplau verbreitet worden ist. Es betraf den Bogen des Gasthofes zum Bogenstein, dessen Saal den Genossen nicht zur Verfügung steht. Gefunden wurde nichts, auch ist es bisher nicht gelungen, einen der Verbreiter auffindig zu machen.

Gewerkschaftliches.

An die Gewerkschafts-Kartelle und Gewerkschaften! Genossen! Wir wenden uns noch einmal an Euch und zwar in Sachen des Streiks der Steinseher und Berufsgenossen Hamburgs. Derselbe ist immer noch nicht beendet. Obwohl infolge der mangelhaft eingelaufenen Gelder wiederholt nur recht geringe Unterstufungen ausgezahlt werden konnten (Verheirathete belamen 9 M., Unverheirathete 6 M.), so haben die Streikenden doch wiederholt erklärt, daß sie unter allen Umständen an den aufgestellten Forderungen festhalten wollen. Die Sache liegt nun aber so: Am den Unternehmern entgegen zu kommen, ist der Senat stillschweigend bereit, falls der Streik nicht noch vor dem Eintritt anhaltenden Frostwetters beendet ist, die für dieses Jahr projektirten Straßenpflasterungen bis zum Frühjahr aufzuschieben — genau so, wie es in Stettin vor zwei Jahren geschehen ist. Genossen! Seht die Steinseherstreik geschicht. Damals haben wir volle 18 (dreizehn) Monate kämpfen müssen, ehe sich das Unternehmertum für besieg erklärt. Es geschah dies im Frühjahr 1895, als sich die Arbeiter beim besten Willen nicht mehr hinausziehen ließen. Ganz genau so wird es auch in Hamburg kommen. Können wir nun die Streikenden bis zum Einfrieren halten, dann haben wir im Frühjahr gesiegt! Aber, wie schon früher mitgeteilt, die Zahl der Streikenden ist zu groß, als daß sie der Verband allein erhalten könnte; es sind immer noch zwischen 350 und 450 Mann zu unterstützen. Deshalb appelliren wir noch einmal an die organisierte Arbeiterschaft: Helft uns! Unterstützt die Streikenden! Selber nimmt der unterzeichnete Verbandsvorsitzende entgegen, auch schickt derselbe auf Verlangen Sammellisten. A. Knoll in Berlin NW., Waldenstraße 18.

Die gestrige Delegiertenwahl zur Orts-Krankenkasse der Gastwirthe und verwandten Gewerbe zu Berlin wurde, nachdem von den organisierten Gastwirthsgehilfen 62 Delegierte aufgestellt und gewählt worden waren, von der Versammlung für ungültig erklärt, da von der gegnerischen Seite angeblich wegen eines Formfehlers Protest erhoben worden war. Dem

Proteste schlossen sich auch die organisierten Gastwirthsgehilfen an, in der bestimmten Voraussetzung, bei dem nächsten Wahlgang sämtliche 100 Delegirte aufstellen und auch durchbringen zu können.

Zur Schneidbewegung. Die „Fachzeitung für Schneider“ berichtet über 88, in den verschiedensten Orten Deutschlands abgehaltene Versammlungen, die sich mit den an die Gesehung zu stellenden Forderungen beschäftigten. Ueberall wurde, im Sinne der auf dem Eisenacher Schneidertongreß gefassten Beschlüsse (siehe „Vorwärts“ v. 15. Juli 89.), ein durchgreifender gesetzlicher Arbeiterschutz für alle im Schneidergewerbe thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen verlangt. In der Diskussion über die Vorschläge theiligten sich mehrfach Personen aus bürgerlichen Kreisen. In der Versammlung in Kassel bedauerte der Reichstags-Abgeordnete Prof. Hupeden, daß die Berliner Zeitungen, mit Ausnahme des „Vorwärts“, die Berichte über die Erhebungen des Einigungsamtes fast ganz totgeschwiegen hätten. Er ist der Meinung, daß, um den ungesunden, regellosen Zuständen in der Schneiderei ein Ende zu machen, eine gute Organisation der Arbeiter unumgänglich nöthig sei.

In Brandenburg sind die streikenden Arbeiter der Fabrik von Lieps u. Preetz, die verhaftet wurden, weil in dieser Fabrik während der Nacht Treibriemen zerschnitten und Wasserhähne geöffnet worden waren, sämtlich wieder auf freien Fuß gesetzt. Das zeigt wohl deutlich genug, daß der Verdacht vollständig unbegründet war.

Aus Barmen wird zur Lohnbewegung der Lithographen und Stein drucker gemeldet, daß sich die Unternehmer auch dort zu einem Ring zusammenschließen wollen. Nur ein Theil der Firmen hat sich den Arbeiterforderungen entgegenkommend erwiesen. Bei Gebr. Schlechtendahl ist die Arbeit niedergelegt worden, ebenso in der Koverfabrik von Blanke. Zugang ist fernzuhalten.

Aufgelöst wurde in Hannover eine Mitgliederversammlung der dortigen Zahlstelle des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, weil der Vorsitzende der Anordnung des überwachenden Beamten nicht nachkam, die Frauen aus der Versammlung zu entfernen. Die Polizeidirektion dagegen hat den Verein noch nicht für einen politischen erklärt, sondern seinerzeit ausstandslos bescheinigt, daß ihm auch eine größere Anzahl Frauen angehört.

Zum Streik der Thonwaaren-Arbeiter in Friedrichsfeld in Baden theilt der Vorstand des allgemeinen Vereins der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands mit, daß die Aussperrung der Arbeiter, wie jetzt bestimmt feststeht, nur wegen der Zugehörigkeit zur Organisation erfolgt ist. Von der Aussperrung betroffen sind 48 Arbeiter, darunter 32 Familienväter mit 86 Kindern. Ein Einigungsversuch, an dem auch der Fabrikuspektor Wörtschoffer theilnahm, verlief resultatlos, indem die Direktion der Steingewerwaaren-Fabrik in Friedrichsfeld kurz erklärte, organisierte Arbeiter überhaupt nicht mehr einstellen zu wollen. Der Zentralvorstand des genannten Vereins fordert seine Mitglieder auf, für die nöthige Unterstützung zu sorgen und zu diesem Zwecke Entschlüssen vorzunehmen, und das Fachorgan „Der Töpfer“ schreibt: Der Willkür der Unternehmer, die Arbeiter zu zwingen, das Koalitionsrecht aufzugeben, muß zurückgewiesen werden. Die Darstellungen der Unternehmerseite über die Entstehung des Streiks beruhen auf Unwahrheit. Niemand gehe jetzt nach Friedrichsfeld, dort Arbeit zu nehmen!

In der Zuderfabrik in Frankenthal in der Rheinpfalz sind, wie schon im „Vorwärts“ berichtet worden ist, Differenzen ausgebrochen. Dieselben haben ihre Ursache darin, daß 89 Arbeiter wegen Wahrung des Koalitionsrechts auf Pfahler gesetzt wurden. In verschiedenen Blättern sucht die Zuderfabrik Arbeiter mit dem Versprechen dauernder und lohnender Beschäftigung. Die Beschäftigung ist allerdings sehr „dauernd“. Sie währt, wie die „Pfalz Post“ berichtet, von morgens 6 bis abends 9, 10 und 12 Uhr und dafür erhalten die Arbeiter einen Tagelohn von 3,50—3,90 M.

In Karlsruhe ist das Gewerkschaftskartell — so melben bürgerliche Blätter — mit der Brauereigesellschaft zum Münchener Rindl zum Zwecke des Ankaufs des „Reichshallen-Theaters“ in der Marienstraße in Verbindung getreten. Das Anwesen soll in eine Zentral-Herberge umgewandelt und den Gewerkschaften in Mithie gegeben werden.

Lohnbewegung in der Schweiz. Aus Jürich wird uns geschrieben: Die hiesigen Buchbindergehilfen haben folgende Forderungen aufgestellt: Jehnkundentag, Sonnabend eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug, 24 Fr. wöchentlichen Minimallohn und 25 pCt. Lohnzuschlag für Ueberzeitarbeit. Die meisten dieser Forderungen — nur der Zuschlag betrug bloß 15 pCt. — wurden bereits vor drei Jahren zwischen Gehilfen und Unternehmern vereinbart, aber vielfach nicht eingehalten. Den erhöhten Lohnzuschlag haben die Meister bewilligt. — In Lausanne stehen die Hafner in der Lohnbewegung.

Die Gasarbeiter in Bourdeau erlangten eine Lohn-erhöhung von 50 Cts. pro Tag für das gesammte Personal, die unentgeltliche Vertheilung von 4 Dekoliter Coax und die Schaffung einer Alterskasse, über deren Grundlag die Gesellschaft mit dem Gemeinderath sich zu verständigen haben wird. Nur die Bezahlung des wöchentlichen Ruhetages wurde von der Gesellschaft abgelehnt.

Soziales.

Auf ihr Gesuch um Verlängerung der Arbeitszeit an Sonntagen hat der Regierungspräsident zu Lüneburg den Väterinnungen der Orte Lüneburg-Celle, Uelzen, Winsen, Walsrode, Bewensen, Dannenberg und Burgdorf mitgeteilt, daß er sich von dem Bedürfnis nach verlängerter Sonntagsarbeit der Bäckergehilfen und Lehrlinge nicht habe überzeugen können. Durch die Bundesraths-Verordnung sei zwar eine Höchstzahl von Arbeitsstunden für jede Arbeitsschicht, nicht aber für den Tag festgesetzt und weiter bestimmt, daß zwischen je zwei Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens acht Stunden genähert werden soll. Die Befugnis der Bäckermeister aber, zur Herstellung der Sonntagswaare am Sonnabend die Arbeitszeit zu vermindern, sei durch diese Vorschrift des Bundesraths keineswegs beseitigt. Es sei zwar nicht zu verkennen, daß durch diese Mehrarbeit am Sonnabend der Vortheil einer langen Sonntagsruhe für die Gehilfen einigermassen aufgewogen werde und daß dies zu gunsten des Antrages der Bäckerinnungen sprechen könnte. Immerhin schienen aber die Gehilfen die jetzt geltende Regelung der Sonntagsruhe vorzuziehen, da von ihrer Seite Wenderungen nicht beantragt seien. Im Interesse der Betriebsunternehmer würde die gewünschte Vermehrung der Arbeitsstunden am Sonntag erst dann in erneute Erwägung gezogen werden können, wenn das durch den früheren Beginn der Backarbeit am Sonnabend Abend gegebene Auskunftsmitel sich als unzureichend erweisen sollte.

Die „Grenzboten“ beschäftigen sich mit den Mißständen in der Kleider- und Wäsche-Industrie. Von sachmännischer Seite wird uns dazu geschrieben: Die Besprechung der Frage ist, wie der Verfasser i. S. „Grenzboten“-Artikels hervorhebt, in der Hauptsache veranlaßt durch eingehendes Studium der an amtlicher Stelle gegebenen Auskünfte, sie gründet sich außerdem auf die in neuerer Zeit recht reichliche Literatur zur Sache und nicht minder auf eigene Wahrnehmungen. Soweit das Thatsachenmaterial der amtlichen Vernehmungen in dem Artikel berücksichtigt wurde, erbalten die sozialen Zustände dieser blühenden Industriezweige eine objektive Würdigung. Der Verfasser stellt fest, daß die Vernehmungen vor der Kommission für Arbeiterstatistik das trübe Bild, wie es in mehreren Privatarbeiten neuerer Zeit, u. a. von Oda Olberg, gezeichnet

worben war, nicht wesentlich freundslicher zu gestalten vermocht haben. Die persönlichen Wahrnehmungen des Verfassers leiden sehr stark darunter, daß er Einzelfälle zu sehr verallgemeinert und dadurch ein ganz verzerrtes Bild giebt; hierbei bekommen die Sozialdemokraten von völlig unmotivierten Aurenmpelungen ihr Theil ab. An einer Stelle heißt es: „Die Arbeitslast dieser armen Frauen und Mütter ist theilweise ganz entsetzlich, freilich durchaus nicht immer in den sogenannten „Verhältnissen“ begründet, sondern sehr häufig Schuld des Ehemannes, der in Kneipe und Verein eine Leuchte unter den Genossen spielt, aber von seinem Bogenverdienst von 27 M., wie die Protokolle in einem Falle ausweisen, für den Familienunterhalt, es sind 5 Kinder im Hause, im ganzen nur 6—7 M. abgiebt. Solche Fälle haben wir persönlich leider recht viele kennen gelernt, haben aber nie erfahren, daß sich die „Genossen“ der armen Weiber angenommen hätten. Hier war eben die Rücksicht auf die Familie schon überwundener Standpunkt.“

Pharisier, gehe in Dich! Wann und wo haben „Genossen“ solche Fälle in Schutz genommen? Wir brauchen keine Rücksicht zu nehmen und nebenbei gesagt, die Kreise, wo sich solche Fälle, wie der Verfasser schildert, abspielen, stehen unserer Partei am entferntesten. In punkto „Rücksicht auf die Familie“ ist gerade außerhalb der Sozialdemokratie sehr viel zu besseern. Beispiele anzuführen, können wir uns schenken. Gleich schief beurtheilt der Verfasser die soziale Lage der ledigen Arbeiterinnen in der Konfektion. Im Gesindedienst steht er die Rettung, aber freilich, wiederum sind die Sozialdemokraten schuld, daß es damit nicht so recht geht. Man höre: „Wir wissen sehr wohl, wie groß die Menge der Unterlassungsfünden bei den Dienstherrschäften ist, unverzeihliche himmelschreiende Sünden, aber wir wissen auch, wie unverantwortlich von sozialdemokratischen Volksbegleitern den Mädchen der Gesindedienst verleidet wird. Gerade in Berlin, und gerade bei dem Vergleich der Lage der Dienstmädchen und der der „Mamsells“ in der Konfektion muß man sich über die Dummheit oder Bosheit der Volksverderber empören.“

Durch solche Ausfälle liefert der Verfasser lediglich den Beweis, daß er nicht im Stande ist, soziale Erscheinungen richtig zu beurtheilen. Würde der Mann die Statistik kennen, so müßte er wissen, daß die in der Konfektions- und Wäsche-Industrie beschäftigten ledigen Arbeiterinnen auch nicht entfernt im Gesindedienst untergebracht werden können. In einem weiteren Artikel soll dargelegt werden, wie in der Konfektion eine Reihe besonderer Mißstände und Ausartungen zu unterdrücken oder abzumildern sind. Nach den gebrachten Proben hat man schon den Vorgeschmack, wie diese Vorschläge ausfallen werden.

Ein neues Grubenunglück, dessen Schauplatz Jengorze in Rußisch-Polen ist, wird gemeldet. 30 Bergleute sollen dabei ums Leben gekommen sein. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 26. November. (W. Z. B.) Nach einer Bekanntmachung der hiesigen Handelskammer werden die Empfänger der mit der Bahn hier eingehenden Güter aufgefordert, schleuestig Anordnung zu treffen, um die Waaren von den Güterschuppen der Bahn abholen zu lassen und möglichst alles zu Lager zu nehmen, da eine Ueberfüllung der Schuppen die Eisenbahnverwaltung zu anderweitigen Maßnahmen veranlassen könnte. Um die Zuführung von Waaren unter den augenblicklichen Verhältnissen einzuschränken, wird in der Bekanntmachung anheimgegeben, die Vbshendung von zur Verschiffung bestimmten Gütern aus dem Binnenlande thunlichst hinauszuschieben.

Hamburg, 26. November. (W. Z. B.) Veranlaßt durch den Ausstand der Schauerleute hat sich für Hamburg und Altona ein Verein der Importeure englischer Kohlen gebildet. Derselbe hat in Uebereinstimmung mit den Schiffsgesellschaften beschlossen, daß Arbeiter nur auf Grund eines revidierten Tarifes wieder zugelassen werden sollen.

Hamburg, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Zahl der Streikenden wird auf 11 000 geschätzt. Donnerstags Abend fanden drei Branchen-Versammlungen statt. 3000 Speicherarbeiter werden wahrscheinlich in den Streik eintreten, die Quaiarbeiter haben den Streik abgelehnt. Tom Mann, der Führer der englischen Seeleute, wollte Freitag hier in einer Versammlung sprechen, er wurde Donnerstag Nachmittag verhaftet und abends mittels Schiff nach England gebracht. Der heutige Tag wird die Entscheidung über den Generalfreist bringen. Die großen Amerikasahrer mühten ohne Frachten abfahren, weil Mannschost zum Stauen fehlte.

Breslau, 26. November. (B. G.) Heute Vormittag wurde der „Breslauer General-Anzeiger“ berichtet, in der Zuderfabrik in Lüben ein Brand aus, der den Dachstuhl vollständig zerstörte. Nur dem Umstande, daß das Wasser des Reservoirs sich auf den Boden ergoß, ist es zu danken, daß die Fabrik vor dem gänzlichen Abrennen verschont blieb. Der Betrieb ist auf jetzt acht Tage gestört.

Breslau, 26. November. (B. G.) Wie der „Breslauer General-Anzeiger“ meldet, hat heute der Eindruck in das Domkapitel zu Breslau vor der Strafkammer seine Erledigung gefunden. Bekanntlich wurde in der Nacht vom 18. zum 19. Juli d. J. im Domkapitel zu Breslau eingebracht. Vorgeführt wurden als Thäter die Arbeiter Max Kull, Wilhelm Rietzke, Bruno Schubnecht und Adolf Lehmann. Sämmtliche Angeklagten befinden sich im Alter von 18 bis 20 Jahren. Das Gericht verurtheilte Kull zu vier Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, Rietzke zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und Schubnecht zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis. Der Fall Lehmann wurde verlag, da noch weitere Zeugen geladen werden sollen.

Posen, Donnerstag, 26. November. (W. Z. B.) Bei den heutigen Stadtverordneten-Wahlen in der dritten Abtheilung legten die deutschen Kandidaten im ersten Bezirk mit Knapper, im zweiten und dritten Bezirk mit großer Majorität, dagegen den vierten Bezirk (Ballische) ein Pole behauptete. Im ganzen wurden sechs Deutsche und ein Pole gewählt. Rithin haben die Polen ein Mandat von den bisher innegehabten verloren.

Wien, 26. November. (B. G.) Wie aus Lissib gemeldet wird, hat das dortige Gericht den Fünften Tuffweg wegen Entführung eines jungen Mädchens zu 10 Jahren Verbannung nach dem Gouvernement Archangel verurtheilt.

Wien, 26. November. (W. Z. B.) Abgeordnetenhaus. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde der Gesetzentwurf, betreffend die provisorische Regelung der Besätze der Staatsdiener unverändert nach der Ausschussvorlage angenommen, nach welcher der Gesetzentwurf am 1. Juli 1897 in Kraft tritt. Im Laufe der Debatte trat der Finanzminister Dr. v. Bilinski entscheidend für die Regierungsvorlage ein, welche bestimmt, daß das Gesetz erst mit einer Veröffentlichung in Kraft tritt. Der Minister erklärte ferner, die Regierung beabsichtige, für einen großen Theil der Diurnisten niedrig dotirte Posten zu schaffen. Die Frage der Alters- und Invaliditäts-Versicherung der Diurnisten werde demnächst geregelt werden.

Triest, 26. November. („Frankf. Ztg.“) Die seit gestern herrschende Bora gehört zu den heftigsten der letzten Jahre. Seit den geizigen Abendstunden ist der Verkehr gelähmt; auch der Wagenverkehr hat eingestellt werden müssen. Zahlreiche Personen sind verunglückt. Im Hafen ereigneten sich mehrere nicht unbedeutende Unglücksfälle. Die Schiffsahrt ist unterbrochen.

Warschau, 26. November. (B. G.) Großfeuer richtete in der Bezirk der Weichselbahn einen Schaden an, der auf über 1/2 Millionen Rubel geschätzt wird.

Reichstag.

183. Sitzung vom 26. November 1896.

Am Bundesratsstische: v. Bötticher.
Der erste Vizepräsident Schmidt-Wingen eröffnet die Sitzung um 1 1/4 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlesung der folgenden Interpellation der Sozialdemokraten (Kuer und Genossen):

Die Unterzeichneten fragen hiermit den Herrn Reichskanzler, welche Schritte die Reichsregierung gethan hat, um die Verlesung des russischen Zolldepartements vom 22. August (8. September) d. J., betreffend die Zollbehandlung seiner Bedenken zu rückgängig zu machen, und wie weit die eventuellen Schritte gediehen sind?

Staatssekretär v. Bötticher: Zu meinem lebhaften Bedauern sehe ich mich genöthigt, die Beantwortung abzulehnen. Es schweben zur Zeit hier in Berlin internationale Verhandlungen rüchlich der Wünsche und Beschwerden, welche bezüglich des Handelsvertrages mit Rußland laut geworden sind. Bevor diese Verhandlungen abgeschlossen und die Vereinbarungen, die getroffen werden, die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden haben, erscheint es nicht im Interesse der deutschen Wirtschaftspolitik, daß ein Gegenstand hier öffentlich verhandelt wird, der einen Theil dieser Verhandlungen ausmacht. Wenn ich mit einiger Sicherheit den Termin, wo ich mich später über die Sache äußern könnte, zu übersehen im Stande wäre, würde ich einen solchen angeben. Die Beratungen haben aber eben erst begonnen. Es befehlt ja auch die Möglichkeit, daß der Gegenstand der Interpellation durch die Berathung erledigt wird. Ich kann also zunächst nur die Ablehnung der Beantwortung erklären.

Abg. Ulrich (Soz.) beantragt trotz der Ablehnung die Beantwortung der Interpellation. Es sei nöthig zu erörtern, was bisher in der streitigen Frage geschehen ist.

Der Präsident stellt die Unterstützungsfrage. Zur Beantwortung ist die Unterstützung von 50 Mitgliedern nöthig. Von den Sozialdemokraten sind etwa 15 Mitglieder anwesend. Andere Mitglieder des Hauses erheben sich nicht, die Unterstützung reicht mithin nicht aus; der Gegenstand wird verlassen.

Hierauf kommt die zweite sozialdemokratische Interpellation zur Verlesung, welche die Besteuerung der Konsumvereine im Königreich Sachsen betrifft. Die Interpellation nimmt Bezug auf den Beschluß der sächsischen II. Ständekammer vom 27. März d. J., worin die Regierung zur Herbeiführung einer Prozentualbesteuerung auch der Erwerbsgenossenschaften aufgefordert wird, erwähnt, daß das sächsische Ministerium des Innern an die untersten Kreishauptmannschaften eine Verfügung erlassen hat, worin angeregt wird, die Gemeinden zu veranlassen, im Sinne dieses Beschlusses vorzugehen, und daß bereits eine größere Zahl von Gemeindevertretungen die Einführung einer solchen Umsatzsteuer beschlossen haben; schließlich wird der Reichskanzler befragt, was er gegen diese die Gewerbe-Ordnung, die Reichsverfassung und das Genossenschaftsgesetz verletzenden Maßnahmen zu thun gedenke.

Staatssekretär v. Bötticher: Die Interpellation wird sogleich beantwortet werden.

Abg. Webel (Soz.): Die Erörterung der durch die Interpellation angeregten Frage ist um so dringlicher, als inzwischen in Bayern ein ähnlicher Antrag seitens unseres Kollegen eingebracht und auch in Preußen ein analoger Antrag auf Besteuerung der großen Waaren-Verkaufshäuser und Filialgeschäfte diskutiert worden ist. Es erscheint notwendig, diese Frage hier in ihrer ganzen Ausdehnung zu verhandeln, denn das Vorgehen der partikularen Vertretungen ist in seiner Konsequenz geeignet, die bestehende Reichs-Gewerbe-Ordnung völlig aufzuheben. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt einen kolossalen Konzentrationsprozeß des Kapitals erkennen; aus der Berufsstatistik und aus der Produktionsstatistik ergibt sich gleichmäßig, daß die Zahl der selbstständigen Existenzen zurückgegangen, die gesammte Ausdehnung der Produktion aber ganz ungeheuer gewachsen ist. Während im Jahre 1882 auf 100 im Handel und Verkehr beschäftigte Personen noch 44,67 Selbständige kommen, ist 1895 diese Zahl auf 35,07 herabgesunken. In der Industrie und im Gewerbe kamen 1882 auf 100 Beschäftigte 34,41 Selbständige, 1895 nur noch 24,20, 28 pCt. im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung. Das bezeugt, was die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten von der Auffassung des kleineren und mittleren Gewerbes behauptet hat. Redner illustriert diese Thatsache an der Hand der offiziellen Statistik für das Brauereigewerbe und die Schiffbauerei, wo die Zahl der Betriebe gesunken, aber die Produktion gestiegen ist, ohne daß die Zahl der Arbeiter gestiegen wäre. Der Aufzugsprozeß der kleinen Existenzen durch das Großkapital ist auf allen Gebieten der gewerblichen Thätigkeit gleich rapide; in Zukunft wird er sich noch viel rascher als bisher vollziehen, da die Widerstandsfähigkeit der kleinen Betriebe immer geringer wird. Sie sollen mit unserer Interpellation vor die Frage gestellt werden: wie Sie eines solchen großartigen, rapiden, für weite Schichten der Gesellschaft verhängnisvollen Entwicklungsprozesses Herr werden wollen.

Die bayerische Kammer hat über den Antrag Luz zwei Tage lang heftig diskutiert. Herr Luz hat da ausgeführt, daß ein Hofbäcker und Kommerzienrath, der neben seinem Münchener Hauptgeschäft noch 90 Filialen hat und besonders gegen den Antrag eiferte, in die Liste der gemeingefährlichen Leute aufgenommen und zu den Hauptbieren gerechnet werden müßte. Schlimmer hätte sich noch allgemeiner Anschauung auch ein Sozialdemokrat nicht ausdrücken können. In einer Versammlung hat Herr Luz den großkapitalistischen Unternehmern den Vernichtungskrieg angedroht.

In der sächsischen Kammer wurde die Frage weitergesponnen. Dort war die Auflegung einer Umsatzsteuer von 3 pCt. beantragt worden; das Ende der betreffenden Aktion war die Annahme des in der Interpellation zuerst erwähnten Beschlusses. Ueber die Zulässigkeit einer solchen Umsatzsteuer ließ sich die Regierung dahin aus, daß sie in der sächsischen Gewerbe-Gesetzgebung kein Hinderniß für den Antrag sehe. „Auf dem Wege der freien Interpretation“ sei die Regierung zu dieser Auffassung gekommen, erklärte später einer der Freunde des Antrages in der Kammer. Weitere Aufklärung über diesen Punkt ist nicht gegeben worden. Nach dem bestehenden Reichsgesetz ist doch die sächsische Regierung gar nicht ohne weiteres in der Lage, eine solche Steuer einzuführen oder zuzulassen; jedenfalls befreite ich das auf das allerentschiedenste. Man nimmt auf § 7 der Gewerbe-Ordnung Bezug; aber der dortige Vorbehalt trifft nicht die Einführung einer neuen, bei Erlaß der Gewerbe-Ordnung nicht vorhandenen Steuer. Auch gehen nach der Reichsverfassung Art. II die Reichsgesetze den Landesgesetzen vor, und keine Regierung darf Gesetze erlassen, welche mit den Reichsgesetzen in Widerspruch stehen. Auch das Genossenschaftsgesetz giebt keine Handhabe für solche Steuern und Umlagen. Unsere Auffassung wird als die richtige auch durch die Verhandlung im preussischen Abgeordnetenhaus im April dieses Jahres bezeugt. Dasselbe hat in der Kommission der General-Steuerdirektor

Burghardt ausdrücklich auf die Gewerbe-Ordnung sich bezogen und erklärt, die beantragte Sonderbesteuerung sei als eine Gewerbesteuer im Sinne des § 7 der Gewerbe-Ordnung kaum noch anzusehen. Im Plenum hat er diese Auffassung noch schärfer präzisirt, sodas die Mehrheit des Abgeordnetenhauses von der scharfen Fassung des Antrages abfiel und sich darauf beschränkte, die Regierung zu ersuchen, etwaige gesetzgeberische Maßnahmen zu erwägen. Nach den Anschlüssen des Generalsteuereinsichters hat das Reich auf diesem Gebiete die volle und ausschließliche Kompetenz. Daß dieser Standpunkt der richtige ist, geht aus der Geschichte der Gewerbe-Ordnung und des ihr vorausgegangenen Reichsgesetzes von 1893 auf das deutlichste hervor. Gerade von der damaligen Fortschrittspartei wurde der betreffende Passus beantragt, der jetzt in § 7 der Gewerbe-Ordnung steht. Durch dieses Einschleichen wurde erst das durch die Vorlage nicht ganz aufgehobene Sonderbesteuerrecht der Einzelstaaten völlig beseitigt, und der betreffende Antrag wurde vom Reichstage mit großer Mehrheit angenommen. Die sächsische Regierung hat also mit ihrem Vorgehen weit über das Ziel hinausgeschossen und einem Beschluß ihre Zustimmung gegeben, den sie nie gutheissen durfte. Die Proxis der Ausführung des Beschlusses aber ist das interessanteste an der ganzen Sache. Zuerst war die Absicht des Antrages auf die Heranziehung der großkapitalistischen Unternehmungen im Detailverkauf, der großen Waarenhäuser und Magazars, sowie der Genossenschaften gerichtet; noch in der Kommission wurde ausdrücklich ausgesprochen, daß die Konsumvereine nicht darunter zu begreifen seien. Die Regierung hatte ihrerseits ein Gutachten über die Konsumvereine abgegeben, welches auf beiden Schultern trägt, es anerkennt die Bedeutung der Konsumvereine für die ärmeren Bevölkerungsklassen, klagt aber gleichzeitig über die dadurch den kleinen Kaufleuten und Gewerbetreibenden erwachsende Konkurrenz. Daß man die Konsumvereine in erster Linie treffen wollte, ist in dem schließlichen Beschluß der Kammer nirgends ausgesprochen, aber je weiter die daraufhin ergangene Verfügung nach unten drang, um so mehr veränderte sie ihren Charakter. Als sie an die Amtshauptmannschaften herabgelangt war, und von diesen an die Gemeinden, war von der Besteuerung der großen Aktiengesellschaften gar keine Rede mehr, jetzt handelte es sich nur noch um die möglichst scharfe Auffassung der Konsumvereine. Eine große Zahl von Gemeindevertretungen hat einfach den Weisungen der Amtshauptmannschaften Folge geleistet. In Chemnitz hat man allerdings versucht, die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften u. s. w. zur Umsatzsteuer heranzuziehen, die Verhandlungen sind aber noch meinen Informationen zu keinem Abschluß gelangt. Der Amtshauptmann von Chemnitz ist auf einer Inspektionsreise auch in ein kleines Städtchen im Erzgebirge gekommen und hat die Gemeindevertretung direkt aufgefordert, für den dortigen Konsumverein eine Umsatzsteuer einzuführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zufällig gehörten die Gemeindevorstände zum Konsumverein, und da haben sich die Herren gesagt, das lassen wir schön bleiben. (Weiterer!) Aber in Burgstädt, Crotenhof, Aue, Annaberg, Großenhain, Großhartmannsdorf, Groß-Jschocher bei Leipzig, Marienthal, Rauschel, Kohnstein, Siebenlehn, Waldheim, Thum u. s. w. wurde die Konsumsteuer angenommen. Abgelehnt wurde sie in Oberplanitz, Madeweil, Wilkau u. a. O., aber diese sind in der Minorität. Und wie hoch wurde die Steuer beschloßen? 2, 3, ja sogar einmal 4 pCt. und 5 pCt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), das letztere in dem industriereichen Marienthal und da wurde zugleich auf Antrag eines Großbauern beschloßen, dementsprechend die Grundsteuer zu ermäßigen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Etwas Skandalöses kann ich mir kaum denken. Diese Beschlüsse bedürfen freilich der Genehmigung; die Besteuerung in Höhe von 2 v. H. ist mittlerweile von der Kreis-hauptmannschaft Leipzig genehmigt worden. Von einem Konsumverein, der 150 000 Mark umsetzt, sind danach 3000 Mark Steuer zu entrichten; das Vermögen des Vereins beträgt aber nur 10 000 M., erspartes Vermögen der ärmeren Mitglieder der Bevölkerung, die Steuer verschlingt also 3/10 des ganzen mühsam erworbenen Vermögens des Vereins. Eine Regierung, die vorgiebt, eine Regierung der Armen zu sein, hat solche Beschlüsse gut heißen! (Lachen bei den Sozialdemokraten. Auf: Sozialreform!) Die sächsische Regierung nimmt ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens hierauf eine Steuer von 20 pCt. während die Sozialdemokraten in ihren ähsten Träumen erst bei einem Einkommen von 1 Million 10 pCt. nehmen wollen. Als im preussischen Landtage die Einkommensteuer gemacht und beantragt wurde, die großen Einkommen über 100 000 M. mit 4 pCt. zu besteuern, erklärte die große Mehrheit, daß sei eine Konfiskation der großen Vermögen, und als Herr Nieme mit seiner Ergänzungsteuer kam und von 100 M. 50 Pf. Vermögenssteuer verlangte, meinte die „Rheinische Zeitung“, angesichts einer solchen Haltung einer monarchischen Regierung könnte es allerdings geboten sein, daß die Liberalen ihre monarchischen Ueberzeugungen revidiren und lieber Republikaner würden. (Weiterer! bei den Sozialdemokraten.)

Hier in Sachsen werden fasten Blutes 20 pCt. des Einkommens genommen, es wird den Armen auch das letzte geraubt! Gerade in Sachsen, und dort erstensweise gerade in der Landwirtschaft, hat das Genossenschaftswesen die größten Fortschritte gemacht. Die sächsischen 148 Konsumvereine zahlen an Staats-Einkommensteuern 81 000, Gemeindesteuer 109 000, Grundsteuer 7000, Schanksteuer 3000, zusammen etwa 200 000 M. Der Reingewinn beträgt etwa 3 Millionen, also zahlen sie an diesen Steuern lediglich 6 pCt., also dasselbe, was ein Mann von 10 000—100 000 M. Einkommen in Sachsen zu zahlen hat. Dagegen ist nichts einzuwenden; das Vorgehen mit der Umsatzsteuer ist aber nur zu verstehen, wenn man die ganze Politik der sächsischen Regierung gegen die Arbeiter im Auge behält. Das Koalitionsrecht ist augenblicklich in Sachsen völlig aufgehoben; das Wahlrecht ist den Arbeitern verkümmert, bisher waren 15 Sozialdemokraten im Landtag, nach dem jetzigen Wahlrecht kommt überhaupt kein Sozialdemokrat mehr in den Landtag. Alles dies steht in einer Verbindung mit den Maßregelungen der Konsumvereine. Alles wird aufgeboten, um diese mit Nähe und schwerer Arbeit ins Leben gerufenen Organisationen der Arbeiter im Interesse der Staatsraison zu unterdrücken. Das Malheur ist, daß Sozialdemokraten an ihrer Spitze stehen, das ist das Böse, darum müssen sie vernichtet werden!

Die Partei als solche steht den Konsumvereinen ganz neutral gegenüber. Wäre es so, wie die Antifeministen behaupten, daß diese Vereinsgründungen Produkte der Sozialdemokratie seien, bestimmt, den kleinen Gewerbe- und Handelsstand zu zerstören, dann würden wir doch die Parole ausgeben müssen: Gründet überall Konsumvereine! Davon ist keine Rede. Wir sehen noch heute auf dem Standpunkt, den Lassalle in seinem offenen Antwortschreiben von März 1863 entwickelte. Wenigstens ist der weitaus größte Theil der Partei noch heute nicht gewillt, seine Mittel und Kräfte für solche Unternehmungen herzugeben. Lassalle schrieb damals, je mehr die Arbeiter durch die Gründung von Konsumvereinen in die Lage kommen ihre Lebensmittel billiger einzukaufen zu können,

wird es nothwendig, die Wirkung sein, daß in jedem Augenblick der Krise, wo das Arbeitsangebot höher ist als die Arbeitsnachfrage, die Arbeiter mit dem Gewinn aus den Konsumvereinen rechnen und, um den Betrag des Gewinns aus den Konsumvereinen auf niedrigere Löhne sich einlassen und sich so selber schädigen. Ich für meine Person habe die Gründung von Konsumvereinen nicht nur nicht unterstüht, sondern alles aufgeboten, es zu veranlassen, daß sie unterblieb.

Thatsächlich bestehen manche Konsumvereine, welche sich in höchsten Blüthe befinden, so der große Leipziger Konsumverein mit 11 000 Mitgliedern und 3 Millionen Umsatz, der sich bereits eine eigene Bäckerei errichtet und in dieser den Achtstundentag eingeführt hat. Gewiß schädigt ein so großer Verein einen Theil der kleinen Geschäftsleute; aber wie wollen Sie ihm das verbieten, was bei dem Großkapital selbstverständlich ist? Die größte Dummheit, die unsere Staatsmänner begehen können, ist, derartige Existenzen zu untergraben. Von diesem Verein in Leipzig sind 2000 Personen in ihrer Existenz abhängig. Glauben Sie, daß dieser Verein, wenn er auch in der Hauptsache aus Sozialdemokraten besteht, irgend ein Interesse daran hat, die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung verschwinden zu sehen? Nicht mit unrecht ist einmal von gegnerischer Seite gesagt worden: statt derartigen Bestrebungen der Arbeiter entgegenzutreten, sollte man sie unterstützen; je mehr die Arbeiter selber Eigentümer werden, werden sie nicht revolutionärer, sondern konservativer. Und wie eigenhümlich ist heute die Haltung der Parteien im Vergleich zu früher! Als Lassalle sich damals absprechend über die Schulze-Delebsch'schen Genossenschaften äußerte, war die gesammte bürgerliche Gesellschaft von links nach rechts in der Auffassung, daß er damit eine ganz gefährliche Agitation in die Massen werfe. Im Norddeutschen Reichstag brachten Schulze-Delebsch und seine Freunde einen Gesetzentwurf ein, welcher alle Schranken der Landesgesetzgebung hinsichtlich der Genossenschaften beseitigen sollte; Selbsthilfe war die Parole gegen Lassalle's Staatshilfe, und darum Erwerbsgenossenschaften für die Arbeiter — auch ich war anfangs gegen Lassalle, bis ich durch die Erfahrung und meine Studien weitergeführt wurde — und heute sieht man diese Genossenschaften als staats- und gesellschaftsgefährlich an! Ich bin überzeugt, diese Frage wird uns noch öfter beschäftigen, sie schreitet von Tag zu Tag weiter und Sie als die Hauptvertreter der deutschen Nation werden wohl oder übel gezwungen werden, sich damit zu beschäftigen. Jedemfalls hat heute keine Regierung ein Recht, im Widerspruch mit den bestehenden Reichsgesetzen die Vereine in der Weise zu diskreditiren und zu malträtiren, wie es in Sachsen geschieht. Wir protestiren auf das entschiedenste gegen diese Zurücksetzung seitens der kapitalistischen Vereine. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Auf das Gebiet der Wirtschaftspolitik kann ich dem Vordränger nicht folgen. Wenn er uns gefragt hat, wie wir den großen Entwicklungsprozeß hemmen wollen, durch welchen die Arbeit des Handarbeiters immer mehr in den Hintergrund gedrängt wird, so gebe ich ihm die Frage zurück und frage ihn: was gedenkt er denn vorzuschlagen, um diesen Entwicklungsprozeß aufzuhalten. Und wenn er mich etwa auf den sozialdemokratischen Zukunftsstaat verweist, so halte ich ihn für viel zu intelligent, als daß er die Mittel, die in diesem Entwicklungsprozeß eine Hauptrolle spielen, die Maschine, den Dampf und die Elektrizität außer Wirksamkeit setzen würde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Was die Interpellation betrifft, so hat der Reichskanzler amtlich nur auf diplomatischem Wege Kenntnis bekommen von dem Beschluß der zweiten sächsischen Ständekammer. Ueber die Maßregeln, die in Anknüpfung an diesen Beschluß von den sächsischen Behörden getroffen sind, ist eine Mittheilung hierher nicht gelangt. Als ich die Interpellation empfing, habe ich sofort die königlich sächsische Regierung um Mittheilung des Materials und der Motive der Behörden gebeten. Die sächsische Regierung legt Werth darauf, dieses Material durch einen Bevollmächtigten dem Reichstag vorzulegen, und ich bitte den Herrn Präsidenten, nachher dem Geh. Rath Fischer das Wort zu geben. Ich habe es aber nicht unterlassen können, die Frage zu prüfen, und ich bin zu dem Resultat gekommen, daß eine Verletzung der Verfassung oder eines Reichsgesetzes nicht vorliegt. Die Frage liegt nicht so, ob das Genossenschaftsgesetz den Behörden einen Anhalt bietet für eine Heranziehung der Konsumvereine oder nicht, sondern ob es eine solche Besteuerung verbietet. In dieser Beziehung enthält das Genossenschaftsgesetz keine Bestimmung, welche die Auffassung des Abg. Webel stüht. In § 7 Nr. 6 der Gewerbe-Ordnung hingegen ist ausdrücklich der Vorbehalt gemacht, daß die an den Staat bezu. die Gemeinden zu entrichtenden Gewerbesteuer auch weiter erhoben werden dürfen. Es fragt sich nur, ob die Umsatzsteuer eine Gewerbesteuer ist oder nicht. Ist es eine solche, so haben die sächsischen Behörden zweifellos das Recht, ihre Erhebung zuzulassen. Ob diese sächsische Steuer den Charakter einer Gewerbesteuer hat oder nicht, darüber wird sich mein verehrter sächsischer Kollege äußern.

Sächsischer Geheimer Regierungsrath Fischer: Die Interpellation ist der sächsischen Regierung weder unerwartet noch unerwünscht gekommen. In der Presse wurde bereits mit mehr oder weniger heftigen Ausfällen gegen die sächsische Regierung verhandelt, daß man diese im Reichstag wegen ihres Verhaltens in Sachen der Besteuerung der Konsumvereine anklagen werde, und zwar sollte die Anklage lauten je nach der verschiedenen scharfen Stellung der Blätter auf Zuwiderhandlung oder auf Vergehen oder gar auf Verbrechen gegen die Reichsgesetzgebung. Davon kann nicht die Rede sein. Ich könnte geltend machen, daß die Gemeindebesteuerung Sache der Einzelstaaten ist und daher der Reichstag nicht der richtige Ort zu solchen Beschwerden ist, aber ich will mich hinter diesem Ausweg nicht verstecken. Es ist meiner Regierung nur erwünscht, daß nicht nur die Interpellanten, sondern die weite Oeffentlichkeit über den wahren Sachverhalt klar ist. Der Beschluß der zweiten sächsischen Kammer, den Herr Webel richtig zitiert hat, hat seine Vorgeschichte, aus der er allein richtig verstanden werden kann. Es waren in dieser Sache Petitionen an den sächsischen Landtag gekommen, die einen wünschigen eine Besteuerung der Konsumvereine, die anderen beklagten sich, daß die kapitalistischen Vereinigungen viel zu wenig zur Staats- und Gemeindesteuer herangezogen werden. Einige Abgeordnete nahmen sich der Sache an und stellten den Antrag, gesetzlich eine dreiprozentige Umsatzsteuer einzuführen, und zwar als Sonderbesteuerung, ohne Rücksicht auf die anderen Steuern, die von diesen Vereinigungen zu zahlen seien. Damit sollte ein Ausgleich zwischen dem eminenten Nutzen, der dem Großkapital durch diese Veranstaltungen erwachse, und dem großen Schaden der Gewerbetreibenden und Kaufleute geschaffen werden. Nun wird es so dargestellt, als ob die sächsische Regierung nicht eiligere zu thun gehabt hätte, als sich diesem Antrag freundlich gegenüberzustellen und den Konsumvereinen ein auszuweisen. Wie niedrig — in objektivem Sinne — denkt man doch von der sächsischen Regierung! (Lachen bei den Soz.) Die sächsische Regierung hat bei dieser Gelegenheit Licht und Schatten gleichmäßig vertheilt und sowohl den wirtschaftlichen Werth und die Bedeutung der Konsumvereine anerkannt, als auch auf der andern Seite die

Auswärtige bezeichnet, die beseitigt werden müssen. (Redner verliest die diesbezüglichen Erklärungen der Regierung in der sächsischen Kammer.) Die sächsische Regierung hat also keineswegs einen Vernichtungskrieg gegen die Konsumvereine beabsichtigt, sondern Licht und Schatten sachgemäß verteilt. Die Regierung hat nachgewiesen, daß es zur Besteuerung der Filialgeschäfte und Konsumvereine keines Gesetzes bedarf, sondern dieselbe der Autonomie der Gemeinden unterliegt. Nach dem Beschluß der zweiten Kammer mußte die Regierung eine Verordnung an die Kreishauptmannschaften erlassen, worin diese aufgefordert wurden, sich darüber zu erklären, ob und in welcher Weise von diesem autonomen Rechte Gebrauch gemacht werde.

Nach der Interpellation mußte es den Anzeichen gewinnen, als wenn die Regierung die Kreishauptmannschaften und Gemeinden zur Einführung der Steuer anreize. Das ist nicht der Fall, erfreulicherweise auch von den Interpellanten nicht behauptet worden. Die Verordnung an die Kreishauptmannschaften wurde übrigens vom „Vorwärts“ als ein geheimes Aktenstück bezeichnet, welches ein günstiger Wind auf den Redaktionstisch geweht habe. In Wirklichkeit war sie längst publiziert und lag im Druck vor. Die Regierung hat Kenntnis davon, daß die Amtshauptmannschaft Zwickau den Erlaß an die Gemeinden mit dem besonderen Hinweis auf die Konsumvereine mitgeteilt hat. Der Amtshauptmann von Chemnitz soll einen Gemeinderath direkt zur Besteuerung eines Konsumvereins aufgefordert haben, aber erfolglos. Sie sehen also, was es mit solchen Verfügungen auf sich hat. (Sachen bei den Sozialdemokraten.) Die Gemeinden können eben auf keinen Fall zu einem solchen Vorgehen gezwungen werden. Daß die eingeführte Sonderbesteuerung mit der Gewerbe-Ordnung in Widerspruch steht, davon kann gar keine Rede sein. Was der Abg. Bebel für jene Behauptung angeführt hat, ist für die Frage völlig belanglos. In § 7, Ziffer 6 der Gewerbe-Ordnung ist gesagt, daß Staats- und Gemeinde-Abgaben, welche gewerbesteuerartiger Natur sind, weiterhin unter das Landesrecht fallen, und nach der Auslegung des Begriffes „Abgabe“ durch das Reichsgericht kann die Berechtigung des Vorgehens der Regierung nicht zweifelhaft sein. Die Auferlegung einer Abgabe, welche einem Konsumverein das Leben ausbläsen würde, würde zwar nicht dem Buchstaben, aber dem Geiste der Gewerbe-Ordnung widersprechend sein. Dasselbe wird aber niemand von einer mäßigen Abgabe behaupten können. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Einige Konsumvereine haben sich direkt und freiwillig dazu erbötet, eine solche Abgabe von 2 pCt. zu tragen. Ein großer Theil der Ausführungen des Abg. Bebel erledigt sich damit. Von einem brutalen Vorgehen der Regierung darf also nicht gesprochen werden. Dem Beschluß des Gemeinderaths zu Burgstädt, 3 pCt. Umsatzsteuer aufzuerlegen, hat die Kreishauptmannschaft die Befähigung verweigert; es ist Beschwerde an das Ministerium eingeleitet worden, der Entscheid steht noch aus. Sie dürfen versichert sein, daß er der Reichsregierung geben wird, was ihr gebührt, aber auch der Landes-Gesetzgebung vorbehalten wird, was dieser zusteht.

Auf Antrag des Abg. Singer wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Fuchs (3.): Solange es sich nicht um eine Prohibitivsteuer handelt, kann von einem Einbruch in die Reichs-Gesetzgebung nicht die Rede sein. Diesen Standpunkt hat auch der preussische Generalsteuerrichter eingenommen. In Preußen war tatsächlich von den Antragstellern eine solche Prohibitivsteuer in Aussicht genommen worden. Der Frage der Besteuerung der Konsumvereine stehe ich durchaus sympathisch gegenüber. Die Zeit ist vorbei, wo man in diesen Vereinen eine gemeinnützige Einrichtung hatte. In ihrer jetzigen Entwicklung bedeuten sie eine schwere Schädigung des Mittelstandes und in ihrer konsequenten Entwicklung den Ruin desselben.

Herr Bebel hat sich selber widersprochen. Einmal will er den Werth der Konsumvereine für die Arbeiter negieren, andererseits weist er uns ausführlich nach, wie schwer geschädigt der Arbeiter sei durch die Unterdrückung der Vereine. Ich bin mit Befriedigung der Ansicht, daß in der Entwicklung dieser Konsumvereinswesens kein Heil für den Arbeiter zu suchen ist. Die Höhe der Löhne hängt wesentlich ab von der Höhe der Lebensmittelpreise; gelänge es den Vereinen, diese Preise herabzudrücken, so würde das seinen Einfluß auf die Höhe der Löhne nicht verfehlen. Daß das Centrum die Interessen der Arbeiter wirklich fördern will, brauche ich wohl nicht zu betheuern. Das Panier der Sozialreform wird von uns nach wie vor hochgehalten.

Liegt hier bei dem Vorgehen der sächsischen Regierung eine Tendenz oder eine sozialpolitische Maßnahme vor? Wenn sich Herr Bebel über die Sache so aufregt, dann muß das doch seinen andern Zweck haben. Die Konsumvereine haben durch ihre Organisation und ihren finanziellen Ertrag großen Werth für die Parteizwecke der Sozialdemokraten. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie haben eben die Konsumvereine zu einem Kampfmittel in ihrem Klassenkampf gemacht. Aber die Frage der Besteuerung liegt auch für mich einigermaßen bedenklich. Wenn man die Konsumvereine besteuert, weshalb dann nicht die großkapitalistischen Betriebe, gegen welche sich die Resolution in erster Linie wendet. Das läßt mich allerdings auf Tendenzen schließen. Unzweifelhaft besteht bei dem Bebel geschilderte Entwicklungsprozess und unzweifelhaft hat der Gang der Entwicklung in den letzten Jahrzehnten einen rapiden Charakter angenommen. In Köln haben wir das große Baarenhaus Tief, hinter welcher Firma 20 jüdische Großkapitalisten stehen. Diese Firma hat in der Mitte der Stadt ein Millionenhaus errichtet und geht jetzt auch mit der Gründung von Filialen vor. Da sieht man ganz deutlich den Weg zum Ruin des Mittelstandes. Das Geschäft Tief hat 72 Filialen außerhalb, das Hamburger Engros-Geschäft 200, die Firma Schneider 85 Filialen. Wir stehen vor einer Dezimierung des Mittelstandes, das haben die Zahlen des Abgeordneten Bebel aus der Statistik dargelegt. Wollen wir dieser Entwicklung mit veränderten Armen zusehen, dann treiben wir allmählich in den großen Kladderadatsch hinein. Können und sollen wir diese Entwicklung hemmen? Im Interesse der Gesamtheit sollen wir es. Der Mittelstand ist keine Klasse, sondern rekrutirt sich aus allen Ständen; alle Stände haben Interesse an seiner Erhaltung; noch viel mehr Interesse aber der Staat. Herr Bebel meint nun, wir können die Mittel nicht finden; ich meine ja und habe schon dem preussischen Abgeordnetenhaus einen dahingehenden Gesetzentwurf vorgelegt. Um den Staat vor einer Katastrophe und die menschliche Gesellschaft vor tiefem Schaden zu bewahren, müssen wir zu einer Prohibitivbesteuerung dieser großkapitalistischen Unternehmungen greifen. Der Staat muß die Gewerbsverhältnisse so regeln, daß das allgemeine Wohl erreicht wird, das Wohl möglichst breiter Schichten des Volkes. Die Großbetriebe müssen niedergebunden werden, dem Mittelstande muß Luft und Licht gelassen werden. Zum Mittelstand gehören nur die selbständigen Existenzen, also nicht die Beamten. Freilich wird darum die soziale Frage nicht gelöst. Das Grundübel unserer Zeit ist der materialistische Geist, das Schwinden des Glaubens an Gott und das Jenenseits. Wenn der Genuß einziger Daseinszweck ist, wozu Geld, Geld und wieder Geld gehört, so erklärt sich die unglückliche Jagd nach dem Geld, erklärt es sich, daß die Enterbten vor den Karren gespannt werden, um dem Reichen mehr Geld zu schaffen, daß die Enterbten rasen vor Wuth und Verzweiflung, so daß das Ende sein wird die soziale Revolution. Die Kirche allein kann die schwebenden Fragen lösen! Ich schreie, wenn auch etwas pathetisch, aber doch zutreffend: Caveant consules! (Beifall im Centrum.)

Abg. Stoffe (Soz.): Wenn wir von dem sächsischen Vertreter auf die Entscheidung des Ministeriums vertrieben werden,

so ist dieser Trost ein sehr prekärer, denn das Ministerium entscheidet hier in eigener Sache als Richter. Aus der Kammerbesprechung geht hervor, daß die Regierung ganz im Widerspruch mit dem Willen der Deputation und des Plenums ihre Verfügung an die nachgeordneten Behörden erlassen hat, soweit die Besteuerung der Konsumvereine in Frage kommt. Die Deputation hat ausgesprochen, daß die Konsumvereine nicht besteuert werden sollten, die Regierung hat direkt durch die Kreishauptmannschaften dazu anregen lassen. Nun wird auch noch der Beweis versucht, daß die sächsischen Gemeinden das Recht besonderer Gewerbesteuerung besitzen. Aber auch in dieser Frage hat die Regierung die bedeutendsten Juristen Sachsens gegen sich. Es wird auf die revidirte Städte- und Landgemeinde-Ordnung für Sachsen verwiesen. Wo bleibt die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn man dem Chemnitzer Konsumverein, der schon 15 000 M. Gemeindesteuer und 13 000 M. Einkommensteuer trägt, jezt noch 90 000 M. Umsatzsteuer, also alles in allem noch dem Einkommen berechnet eine Steuer von 50 pCt. auferlegen kann? Es ist in der That eine „sehr freie Interpretation“ der Städte- und Gemeinde-Ordnung, wenn man die den Gemeinden belassene Befugniß, im Wege des Umlage-regulativs überhaupt eine Gemeindesteuer zu erheben, in dieser Weise gegen die Genossenschaften mobil macht! Die Konsumvereine, nicht aber die Detailgeschäfte sind zur Steuer herangezogen worden; nur den Arbeiter hat man treffen wollen und hat ihn getroffen. In den Gemeindesteuern hat jedes Gemeindeglied nach der Städte-Ordnung nur „verhältnismäßig“ beizutragen; — steht das im Einklang mit einer Umsatzsteuer von 3 pCt. gegen die Konsumvereine? Kraft der Gesetze Sachsens kann die Regierung nie und nimmer diese ungleichmäßige Steuerbelastung ins Leben treten lassen; das Vorgehen der Regierung ist also verfassungswidrig.

In ausführlicher Weise widerlegt Redner dann die Kritik, welche die sächsische Regierung in ihrem Gutachten an den angeblichen Auswüchsen der Konsumvereine geübt hat. Dem Arbeiter wolle man, selbst mit ungeseligen Mitteln verwehren, was dem Großkapital selbstverständlich erlaubt sei, namentlich alle Chancen des Großbetriebes und Großvertriebes auszunutzen zu können. Daß die Kosten des Großbetriebes geringer sind, wissen wir aus den Bilanzen der großen Pariser Geschäftsbauern. Gewiß könnte der Umfang des Zwickauer Konsumvereins 25 kleinen Händlern eine auskömmliche Existenz gewähren, aber wo blieben dann die Interessen der 5000 Arbeiter, welche gegenwärtig den Vortheil von den Einrichtungen dieses Vereins haben? Für welchen Theil soll die Gesetzgebung sorgen? Keine der 22 oder 23 deutlichen Regierungen ist so fanatisch gegen den Arbeiterstand eingenommen als die königlich sächsische! (Verheißene Zustimmung links.) Wo trägt man in Sachsen noch nach der Reichs-Gewerbe-Ordnung oder dem Koalitionsrecht! In Sachsen regiert ja nicht die Regierung, sondern die Beheme Oberhofraths-Partei; daher die Erscheinung, daß die Beschlüsse der sächsischen Kammer schließlich fast in ihr Gegentheil verkehrt erscheinen. Ich hoffe, daß die hunderttausende sächsischer Arbeiter geschätzt werden gegen die verhängnisvollen Folgen dieser einseitigen, ungleichmäßigen, ungerechtfertigten Besteuerung, daß der Reichstag sich zu einem entsprechenden Beschlusse aufrafft!

Sächsischer Beheimrath Dr. Fischer: Die Ausführungen des Vorredners bedürfen einiger Korrekturen. Ich habe schon vorher erklärt, daß die sächsische Regierung die Frage der Einführung einer Umsatzsteuer noch garnicht entschieden hat. Das ignoriert Herr Stoffe völlig. Die Behauptung der einseitigen Besteuerung der Konsumvereine ist auf eine Verfügung der Amtshauptmannschaft Zwickau gestützt worden, welche ich nicht mit der Autorität der Regierung gedeckt habe. Gegen den Vorwurf, daß die Regierung nur die Arbeiter unterdrücken wolle, muß ich meine Regierung ebenso entschieden vermahnen wie dagegen, daß in Sachsen eine Nebenregierung bestehen soll.

Abg. Zimmermann (deutsch-soz. Reform-P.): Die sächsische Regierung ist thatsächlich keine grundsätzliche Gegnerin des Genossenschaftswesens und auch wir sind es nicht. Aber die Auswüchse des Genossenschaftswesens sind nirgends so groß geworden, wie in Sachsen. Aus Grund der Gewerbe-Ordnung kann kein Zweifel sein, daß das Vorgehen der sächsischen Regierung berechtigt ist; auch in Preußen hat man ja den gleichen Weg mit der Besteuerung des Schankgewerbes, der Wänderlager u. s. w. beschritten. Mit dem „geheimen Aktenstück“ hat der „Vorwärts“ bloß wieder einmal sein Sensationsbedürfnis befriedigen wollen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Konsumvereine verkaufen vielfach noch theurer als die kleinen Geschäfte, ein Bedürfnis für diese Einrichtung besteht also in Sachsen überhaupt nicht. Die Gemeinden brauchen Ersatz für den Ausfall, den ihnen die Konsumvereine verursacht haben, denn sie haben eine ganze Menge Steuerzahler in Wegfall gebracht. In Dresden spricht man von einer Verlustliste von 50 Firmen, welche sich auflösen lassen als Wirkung der verheerenden und vernichtenden Thätigkeit der Konsumvereine. Durch eine prozentuale Gewerbesteuer diesen Betrieben zu Erbe zu geben, ist also einfach ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit. Trotz der Versicherung des Herrn Bebel ist die sozialdemokratische Presse die eifrigste Förderer der Konsumvereine. Nicht Mittel und Kräfte will die Sozialdemokratie hergeben für die Konsumvereine, nein, noch heranzuholen wollen Sie sie! (Heiterkeit, Lärm bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Wurm hat auch eine besondere Schrift für die Konsumvereine verfaßt. Thatsächlich haben auch Mitglieder und bekannte Führer der Partei solche Organisationen begründet. Sind die Lagerhalter nicht ihre Agitatoren? (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokraten unterdrücken gerade da, wo sie die Macht haben, die freie Meinung. (Sachen bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführung der Sozialdemokraten haben aber deshalb Anklage gefunden, weil das Unheil zum großen Theil von oben kommt. Die Baarenhäuser für Offiziere und Beamte sind ebenso zu verdammen wie die anderen Auswüchse; sie erregen ganz in demselben Maße den Mißmuth weiter Kreise der Bevölkerung. Die Offizier- und Beamten-Baarenhäuser sind keine Nothwendigkeit, Offiziere und Beamte bedürfen keiner Erziehung zur Sparsamkeit mehr. (Heiterkeit und Widerspruch.) Es muß auf dem Wege, der in Sachsen beschritten worden ist, im ganzen Reich vorgegangen werden, bis wir zur prohibitiven Besteuerung kommen. Die unheimliche Entwicklung des Großkapitalismus muß verlangsamt werden. Eine progressive Umsatzsteuer ist das einzige Heilmittel. Der sächsischen Regierung und dem Landtage können wir für ihr Vorgehen dankbar sein. Die Stärke Deutschlands liegt in seinem Mittelstande, und darum setzt hier die Sozialdemokratie den Bohrer an. Wer diese Gefahr sieht, muß mit aller Energie die kleinen und mittleren Existenzen leistungsfähig zu erhalten streben. Es ist der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen. Wir halten es für möglich und berechtigt, jener unheilvollen Entwicklung rechtzeitig durch geeignete Maßregeln zu begegnen; das ist unser Gegensatz zur Sozialdemokratie. Die deutsche Natur muß ihren Geist und ihren Willen einengen, um im Interesse ihrer Selbsthaltung die Existenz des Mittelstandes zu sichern.

Abg. Schneider (fr. Sp.): Die von dem Abg. Fuchs vorgeschlagene Maßregel der Prohibitivsteuer ist doch nach seiner eigenen Darlegung durchaus ungeeignet, den bellagten Schaden abzuheilen. Der angeblich bedrohte kleine Mittelstand kann sich ebenso gut durch Bildung von Genossenschaften helfen, wie es die Arbeiter durch die Konsumvereine gethan haben.

*) Der „Vorwärts“ hat unter genauer Angabe seiner Quelle den von einem anderen Blatt als geheimes Aktenstück veröffentlichten Erlaß wiedergegeben. N. d. V.

Statt dessen schreien Sie nach der Hilfe der Gesetzgebung und nach neuen Steuern, welche die unbedeutsame Konkurrenz todtnachen sollen. Was dem einen recht ist, soll dem andern billig sein. Es handelt sich für uns zunächst um die Frage, ob die Kompetenz des Reiches oder des Einzelstaates vorliegt; wir hören heute nur ein non liquet, die sächsische Regierung erwaagt noch, was sie bezüglich der Umsatzsteuer thun wird. Der Begriff der Gewerbesteuer deckt sich unmöglich mit der hier geplanten Umsatzsteuer. Herr Zimmermann scheint die Steuer nach der Summe der Existenzen bemessen zu wollen, welche durch die Konkurrenz des Konsumvereins außer Brot gefehrt werden; ernstlich wird der Reichstag sich wohl nicht mit diesem Vorschlage beschäftigen.

Abg. Hausmann (südd. Sp.): Die Reichsfrage spielt sich zu auf die Auslegung der Worte „vorbehaltlich der in den Gemeinden und Einzelstaaten erhobenen Gemeindesteuern“, in § 7, Ziffer 6 der Gewerbe-Ordnung. Hieraus allein kommt es an. Nach meiner Meinung war der Wille des Gesetzes nur der, daß alle diejenigen öffentlichen Lasten, welche den Namen einer Gewerbesteuer verdienen, zugelassen bleiben sollten, andere nicht, zunächst also diejenigen, welche sich als Gewerbesteuer bezeichnen. Damit erhebt sich die Frage, ob es nicht gegen Wortlaut und Sinn des Gesetzes verstößt, wenn man einzelne Gewerbe oder gar innerhalb eines einzelnen Gewerbes einzelne Gewerbetreibende herausnimmt. (Sehr richtig! links!) Gerade „Sondersteuern“ hat man damals unter allen Umständen ausschließen wollen. Prohibitivsteuern sind nach allgemeiner Meinung verboten. Damit ergibt sich die Frage: Ist das, was in Sachsen eingeführt ist, eine solche Steuer? Nach dem, was Abg. Bebel ausgeführt hat, scheint es so. Bei dieser Sachlage bedauere ich, daß der Vertreter der Reichsregierung sich die Sache so leicht gemacht hat. (Zustimmung links.) Die Regierung hatte auszusprechen, welche Interessen die überwiegenden seien, die der Konsumvereine oder der anderen großkapitalistischen Vereinigungen und Unternehmungen; indem Sie sich dieser Entscheidung entziehen, lassen Sie all dem Reiz und all der Mißgunst gegen die letzteren weiter die Zügel schießen. Die Antifemiten dagegen bringen es bei ihrem Sturm auf gegen das Großkapital nicht weiter, als daß sie die nützliche Form der Selbsthilfe in den Vereinigungen der Kleinen und Kleinsten zerstören. Derselben Uebertriebung machte sich der Zentrumsredner schuldig und zugleich eines Verstoßes gegen sein eigenes Programm, welches doch auf die Beilegung, auf die Ausrottung des Zwischenhändlergerichtes ist. Niemand kann wünschen, daß der wirtschaftliche Entwicklungsgang aufgehalten werde, der die menschliche Arbeitskraft in immer geringerer Maße erforderlich macht; dieser Entwicklungsgang ist ein gesunder und würde ungesund nur sein, wenn Hand in Hand mit dieser Entwicklung ein Rückgang im Wohlstand einträte. Das ist in der That nicht der Fall. Man möge doch nicht den Fehler begehen, hier an diesem Punkte, wo sich gerade Anknüpfungspunkte mit dem Arbeiterstande für die übrigen Klassen der Bevölkerung bieten, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Abg. Wurm (Soz.) erhält kurz vor 8 Uhr noch das Wort. Er führt aus, daß die Behauptungen des Abgeordneten Zimmermann bezüglich der Geschäftsführung und der politischen Tendenz der Konsumvereine in Sachsen zum größten Theil ohne thatsächlichen Inhalt sind. Der Brief aus Chemnitz besage gar nichts. Die Veranziehung einzelner Gewerbetreibender zu einer Sonderbesteuerung bleibt eine ungerechte und zudem ungeseliche Maßregel. Die Vertheidigung des Verfahrens der sächsischen Regierung durch ihren Vertreter sei sehr lahm ausgefallen. Er leugnete, daß die Regierung den Konsumvereinen feindlich gegenüberstehe. Die sächsischen Militärvereine haben doch ihre Mitglieder zum Austritt aus den Konsumvereinen gezwungen. Allerdings ist darüber auch dieser oder jener Militärverein in Städte gegangen. Im Reichstag sprechen die Antifemiten davon, daß sie das Großkapital überhaupt bekämpfen; draußen im Lande hört man es nicht so deutlich; da wird nur gegen die Konsumvereine geeifert, welche hunderttausende von selbständigen Existenzen vernichten. Die Behauptung ist auch eine ungeheure Uebertreibung. Wenn Sie die Konsumvereine zerstören, wird auch nicht ein einziger kleiner Krämer den Vortheil haben, das Großkapital wird sich der Sache bemächtigen. Damit schließt die Besprechung.

In persönlicher Bemerkung ländigt Abg. Bebel an, daß die Sozialdemokraten die Angelegenheit durch einen besonderen Antrag wieder aufnehmen werden.

Schluss 7/7 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Zustimmung.)

Parlamentarisches.

Bundesrath. In der gestrigen Sitzung wurde die Vorlage betreffend die Aufhebung des Brauntweinsteuer-Grenzbezirks gegen Luxemburg durch Kenntnissnahme erledigt. Dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen zur Gewerbe-Ordnung wurde die Zustimmung ertheilt.

Die sozialdemokratische Partei beschloß in ihrer Fraktions-sitzung am Donnerstag Abend, von ihren Initiativentwürfen die Resolution betreffend den Achtkundentag an erste Stelle zu setzen. Zu Reducen wurden Degien und Fischer ernannt.

Der Etat für den Reichstag ist jetzt nachträglich eingegangen. Bei den „Besoldungen“ werden zwei Stellen für Senographen mit je 3000 M. neu gefordert, da sich die Anstellung von zwei älteren und erfahrenen Reichstags-Senographen als ein nicht abzuweihendes dringendes Bedürfnis herausgestellt hat. Gegenwärtig sind neben drei etatsmäßigen Beamten dieser Klasse 11 Diätare beschäftigt. Ferner ist für die sehr umfangreichen Heizung-, Ventilations- und sonstigen maschinellen Einrichtungen im Reichstagsgebäude die Anstellung eines akademisch gebildeten Technikers mit einer Besoldung von 2400—3400 M. beabsichtigt. In der umfangreichen Bibliothek soll statt eines Assistenten noch ein dritter Bibliothekar angestellt werden. Im ganzen verursacht der Reichstag eine Ausgabe von 638 190 M., gegen das Vorjahr um 3330 M. mehr.

Forderungen für die Kolonien. Dem Reichstage wird noch ein Nachtragsetat zugehen, in dem die Mittel für die Uebernahme der Vandeshoheit über Neu-Guinea auf das Reich gefordert werden. Nachdem der Reichstag im ersten Theile dieser Session diese Forderung mit überwiegender Mehrheit abgelehnt hat, wird die Forderung diesmal kaum mehr Aussicht auf Annahme haben. In diesem zweiten Nachtragsetat dürfte wahrscheinlich auch eine Forderung für eine Landungsbrücke in Logo enthalten sein, für die sich der Kolonialrath ausgesprochen hat, nachdem Geheimrath Kroyer erklärt hatte, daß auch ein Bahnbau zu Stande kommen werde, vielleicht sogar ohne Reichszuschuß.

Dem Abgeordnetenshaufe ist die Uebersicht der von der Staatsregierung gefassten Entschliessungen auf Anträge und Resolutionen des Hauses aus der Session vom 15. Januar bis 20. Juni 1896 zugegangen.

Der Antrag Langerhans betreffend die „Aufhebung der vielbesprochenen Visitations- und Konfiskations-Ordnung des Kurfürsten Johann George vom Jahre 1578“ und der „Flecken-, Dorf- und Acker-Ordnung“ vom 16. Dezember 1709 findet nach der „Volks-Zig.“ im Abgeordnetenshaufe eine solche Zustimmung, daß seine Annahme mit ziemlicher Gewissheit zu erwarten steht. Außer der freimüthigen Volkspartei und der freimüthigen Vereinigung werden nach dem, was die „Volks-Zig.“ darüber aus parlamentarischen Kreisen hört, für den Antrag

nicht bloß die Nationalliberalen, sondern ebenso auch das Zentrum und die Polen stimmen, so daß damit schon die Majorität gegeben wäre. Wie die Freikonservativen sich stellen werden, ist mit Sicherheit nicht zu sagen, indes herrscht auch bei ihnen die Meinung vor, daß so derallerte und für unsere Zeit und Verhältnisse gar nicht mehr gerechtfertigte Bestimmungen, wie sie in jenen Ordnungen niedergelegt sind, keinesfalls weiter aufrecht erhalten werden können. Ob sie sich aber dem Antrag ohne weiteres anschließen werden, scheint nach dem, wie sich namhafte Mitglieder der Freikonservativen vorläufig zur Sache äußern, allerdings zweifelhaft zu sein. Wahrscheinlicher ist es vielmehr, daß sie mit gewissen Bedingungen, unter denen die Aufhebung erfolgen müßte, kommen werden, Bedingungen, bei denen eine „Abfindungssumme“ an die Kirche zu gewähren sein würde. Eine derartige Regelung der ganzen Angelegenheit liegt bekanntlich auch in den Wünschen der kirchlichen Kreise, wie dies bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht worden ist. Was die konservative Partei betrifft, so wird auch sie aller Voraussicht nach in diesem Sinne Stellung nehmen, andernfalls aber den Antrag Langenhan sicher ablehnen.

Lehrerbefordrungs-Gesetz. Die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses beschloß, beim Lehrerbefordrungs-Gesetz für eine Erhöhung des Anfangsgehalts auf 1000 M. zu wirken, wozu die Mittel nöthigenfalls durch eine entsprechende Kürzung bei den Hilfslehrstellen aufgebracht werden sollen.

Der Hamburger Hafnarbeiter-Streik

gewinnt fortgesetzt an Ausdehnung. Unser Korrespondent berichtet darüber vom Donnerstag: Die Zahl der Streikenden beträgt heute Morgen über 12 000 Mann. Der Bewegung gehören jetzt an sämtliche Schauerleute von Hamburg-Altona, sämtliche Ewerführer, Kohlenarbeiter, Korn-Akkordarbeiter und Kesselreiniger, ein Theil der Quai-Arbeiter, Seeleute, Kranführer und Stauer-vice. Heute Abend wird es sich entscheiden, ob sämtliche Quai-Arbeiter, die Speicherarbeiter und Maschinisten der Bewegung beitreten werden. Der Beitritt der letzteren Arbeiterkategorie ist sehr wichtig. Streikbrecher haben sich bisher etwa 100 Mann gefunden. Eine größere Anzahl Arbeiter, die sich von fremden Hafnplätzen nach Hamburg locken lassen, sind gestern Nachmittag und heute Morgen ohne Ausnahme wieder abgereist. Gestern Nachmittag wurde von Seiten der Stauer das Gerücht eifrig kolportiert, in Bergedorf seien 500 Italiener eingetroffen. Sofortige Ermittlungen der Streikkommission ergaben, daß die Nachricht erfunden war. Polizei-Intermezzis sind in Hamburg fast gar nicht vorgekommen. Die Streikenden bewahren aber auch eine geradezu musterhafte Haltung. Es finden keine Ansammlungen auf den Straßen statt und die aufgestellten Posten sind äußerst vorsichtig und ruhig. Jeden Morgen wird, wie der „Vorwärts“ schon mittheilte, eine Versammlung der Ausständigen abgehalten. Die Nachricht, daß auch die Kieler Hafnarbeiter den Streik erklärt haben, wurde mit begeistertem Bravo von der heutigen Versammlung aufgenommen, wie denn die Ausständigen überhaupt voller Begeisterung sind. Natürlich stehen die bürgerlichen Zeitungen und Kreise Hamburgs dem Ausstand, der immer größere Dimensionen anzunehmen droht, entschieden feindselig gegenüber. Fortwährend wird in den Spalten der Zeitungen (redaktionellem Theil) mit Einstellung fremder Arbeiter gedroht und den Ausständigen ins Gewissen geredet, nicht „großes Unglück“ über die Vaterstadt zu bringen. — Sollten die Quai- und Speicherarbeiter und die Maschinisten heute Abend den Streik beschließen, so wird die Zahl der Ausständigen ungefähr 17 bis 18 000 Mann betragen.

Eine **Wolff'sche Depesche** vom Donnerstag Morgen meldet: Gestern wurde auf 27 Dampfern und auf einem Segelschiffe gearbeitet (sonst auf 100 Schiffen und mehr. N. d. W.) Von Schweden und England trafen mehrere Dampfer mit Arbeitern ein. Durch den Ausstand der Ewerführer ist das Heranbringen der Boaten an die Schiffe sehr erschwert; auch fehlen Leichterfahrzeuge, die jetzt von Kiel und anderen Orten beschafft werden. Der Abheerdei-Verein fordert die Kaufleute auf, wegen des Ausstandes der Ewerführer die an den Quais lagernden Boaten schleunigst durch Kollfuhwerk abholen zu lassen. — Nach hier vorliegenden Meldungen sind in Bremen außer den Arbeitern der Lagerhaus-Gesellschaft sämtliche Hafnarbeiter ausständig; in Kiel werden die Schauerleute morgen die Arbeit niederlegen.

Unter der Hafnarbeiterbevölkerung ist ein von Tom Mann in London, dem Vorsitzenden des Internationalen Verbandes der Hafnarbeiter, unterzeichnetes, vom 24. November datirtes Flugblatt in vielen Tausenden von Exemplaren verbreitet worden, das folgendermaßen lautet:

„An die Hafnarbeiter Hamburgs. Arbeitskollegen! Infolge der Umstände haben zur Zeit 10 000 Arbeiter die Arbeit im Hafen eingestellt. Die gerechten und bescheidenen Forderungen derselben sind: Anhalt 4,20 Mark Lohn, 5 Mark für einen Arbeitstag von 10 Stunden, und für die Nacht von 8 1/2 Stunden Arbeit 6 Mark anstatt 5,40 Mark, und denselben Lohn für Sonntagsarbeit. Der Unterzeichnete wurde durch den Vorstand der Internationalen Föderation, mit welcher der Vorstand des Deutschen Hafnarbeiter-Verbandes sich in ständiger schriftlicher Verbindung befindet, autorisiert, die obwaltenden Verhältnisse zu untersuchen. Nachdem dies von mir geschehen, kann ich sämtlichen Branchen der Hamburger Hafnarbeiter nur raten, gemeinsame Sache zu machen und die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis sämtliche Forderungen bewilligt sind. Ich versichere Euch, daß, falls es notwendig werden sollte, die Kollegen in Antwerpen, Rotterdam, Christiania, Gotenburg und in den englischen Hafnplätzen völlig vorbereitet sind, Euch zu Hilfe zu kommen. 5000 Mann sind während der letzten Woche der Gewerkschaft beigetreten. Dies ist die beste Gelegenheit für Euch, vielleicht auf Jahre hinaus, eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Haltet fest zusammen und der Sieg ist Euch sicher! Zene Nicht-Union-Seeleute und Feuerleute auf einigen britischen Schiffen, welche ihre Mässigkeit so weit vergessen haben, daß sie zu Verräthern an ihrer Klasse wurden, fordere ich im Namen ihrer Landsleute auf, sofort derartige gemeine Praktiken zu unterlassen. Unseren deutschen Kollegen versichere ich, daß 90 pCt. der britischen Arbeiter erstreut sind über den Vorstoß der Hamburger Arbeiter für die Sache der Gewerkschaftsbewegung und denselben in ihrem Kampfe zur Seite stehen werden. Das Geschäft geht zur Zeit gut, die Löhne dagegen sind schlecht; die Löhne müssen erhöht werden und jetzt ist die rechte Zeit, es in Hamburg zu vollbringen. Möge jeder Mann der Gewerkschaft beitreten und denselben treu bleiben und dadurch die Sache der Arbeiter in der ganzen Welt fördern.“

Die Arbeiter des Staatslagers haben ihren Arbeitsausgang beantragt, der Direktion folgende Forderungen zu unterbreiten: Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 10 Stunden und der Lohn für sechs Arbeiter, Hilfsarbeiter, Wächter und Förstler pro Tag und 10 Stunden 4,50 M. Nacharbeit bis 12 Uhr wird mit 60 Pf. und von 12 bis 4 Uhr nachts mit 75 Pf. pro Stunde bezahlt. Länger wie bis 4 Uhr nachts darf niemand zur Arbeit gezwungen werden.

Auf die (in gestriger Nummer mitgetheilten) Forderungen der Seeleute haben die Abheerdei abgelehnt geantwortet. Eine stark besuchte Seemannsversammlung sah darauf einstimmig den Beschluß, die Forderungen durch Arbeitseinstellung zur Geltung zu bringen.

Den Arbeitern Berlins zur Beachtung, daß das Arbeitsnachweis-Bureau von Marschall-Invalidenstraße, Leute für Hamburg anwirbt. Sorge jeder organisierte Arbeiter Berlins dafür, daß sich die Indifferenten nicht nach Hamburg oder den übrigen Hafenstädten verlocken lassen.

In Bremen beträgt, nach Angabe der „Bremer Bürgerztg.“, die Gesamtzahl der Streikenden bis jetzt über 800, wovon unter 400 Arbeiter der Lagerhaus-Gesellschaft. Geordert wird: Erhöhung des jetzigen Tagelohns von 3 M. auf 3,50 M., Verlängerung der Arbeitszeit im Sommer um eine Stunde und Verlegung derselben im Winter auf die Zeit von früh 6 bis abends 6 Uhr. Bisher war die Arbeitszeit im Sommer von 6—7, im Winter von 7 bis 7 Uhr. Die Lagerhaus-Gesellschaft sucht Streikbrecher zum Tagelohn von 3,50 M. bei der bisherigen Arbeitszeit. Die Kranführer der Lagerhaus-Gesellschaft beschlossen in einer Versammlung einstimmig, so lange die Arbeit ruhen zu lassen, bis die Forderungen der Schuppenarbeiter bewilligt sind; weiter erklärten sie die bestehende Lohnkommission als die zur Regelung der ganzen Angelegenheit einzig kompetente Körperschaft. Die Hafnarbeiter Bremerhavens stellen ebenfalls Forderungen.

Die Hafnarbeiter Lübecks beschloßen, Arbeit auf dem angeforderten Hamburger Kohlendampfer „Unbügig Possehl“ nicht zu verrichten und den ausständigen Hamburger Kameraden überhaupt mit allen gesetzlichen Mitteln beizustehen. Daß die Lübecker die Arbeit niederlegen würden, wird vom dortigen Gewerksmann des „Hamb. Kor.“ als ausgeschlossen erklärt; an einen Ausstand sei nicht zu denken.

Auch die französischen Hafnarbeiter üben die Pflicht der Solidarität. In Havre verweigerten sie den Hamburger Dampfern die Arbeit; das Schiff „California“ vermachte infolge dessen seine Ladung nicht zu kompletieren.

Kommunales.

Der Stadtverordnete Singer hat in dem Ausschuss, welcher zur Vorbereitung der vom Magistrat beantragten Reorganisation der Armenpflege (versuchsweise Errichtung von zwei Armenämtern in dem Umfange der Standesamtsbezirke) eingesetzt ist, folgende Anträge gestellt, die am nächsten Sonnabend zur Beratung gelangen werden:

Der Ausschuss wolle beschließen:
1. In dem Beschlusse des Magistrats vom 1. Oktober 1897 die Worte „spätestens am 1. April 1897“ zu streichen.
2. Der Magistratsvorlage folgenden Zusatz zu geben:
„Gleichzeitig erlaubt die Versammlung den Magistrat um eine Vorlage zur Herbeiführung eines Gemeindebeschlusses, wonach für jede Armenkommission eine Anzahl weiblicher Mitglieder von der Stadtverordneten-Versammlung zu wählen sind.“

3. In dem Beschlusse betr. die „Errichtung von Armenämtern“ folgende Änderungen vorzunehmen:
a) In Nummer 4 Absatz 1 Zeile 4 statt „Armenkommissions-Vorsteher“ zu setzen „Armenkommissions-Mitglieder“.
b) Im Absatz 2 Zeile 2 derselben Nummer die Worte „wegen Unwürdigkeit“ zu streichen.
4. Der Versammlung folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemeinsamer Deputation darüber zu berathen, ob und in wie weit es notwendig erscheint, eine Erhöhung der von der Armenverwaltung gezahlten Baarunterstützungen vorzunehmen.“

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage wegen Aufhebung der Bauplatzsteuer, Erweiterung der Umfangsteuer und Änderung der Steuerordnungen, hielt Mittwoch Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten Justizrath Meyer in Anwesenheit der Magistratskommissare Kammerer Maack und der Stadträte Hirsfort und Wilde eine mehrtägige Sitzung ab. Zu den Magistratsanträgen waren folgende Änderungsanträge gestellt worden: I. den Magistrat aufzufordern, der Versammlung eine neue Gemeinde-Grund- und Gebäudesteuerordnung vorzulegen, die alles städtische Areal nach Lageklassen auf Grundlage des periodisch festzustellenden Durchschnittswertes zu einem zu bestimmenden Normalmaße, alle Gebäude und sonstigen Nutzungen nach dem jährlichen Nutzungswerte besteuert. II. Den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen zur Herbeiführung eines Gemeindebeschlusses, durch den, unter Aufhebung der jetzigen geltenden Gemeindegemeinschaftsteuer, gemäß § 25 des Kommunalabgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1899 eine Gemeindegrundsteuer für die Stadt Berlin eingeführt wird, deren Umlegung nach dem gemeinen Werth der bebauten und un bebauten Grundstücke zu erfolgen hat. III. Die Bauplatzsteuer wird nur von denjenigen un bebauten Grundstücken erhoben, für die nach dem 1. April 1895 Bauplatzlinien festgesetzt sind. Die Rückzahlung bereits entrichteter Bauplatzsteuer-Beträge für Grundstücke, deren Bauplatzlinien vor dem 1. April festgesetzt sind, erfolgt auch dann, wenn gegen die Veranlagung nicht rechtzeitig Einspruch erhoben ist, sobald die bezüglichen Grundstückebesitzer bis 1. Januar 1897 die Rückzahlung beantragen. Alle diese Anträge wurden ebenso wie folgende Erklärung abgelehnt: Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit der Staatsregierung darüber in Verhandlung zu treten, ob und in welcher Weise sich durch eine Abänderung des Kommunalabgaben-Gesetzes ein Ersatz für die aus rechtlichen und thatsächlichen Gründen für die Stadtgemeinde unmögliche Bauplatzsteuer des § 27 Abs. 2 des genannten Gesetzes schaffen läßt. Dagegen wurden die Anträge des Magistrats unverändert angenommen.

Lokales.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenreinigungs-Arbeiter werden, obwohl für das nächste Jahr eine kleine Aufbesserung der Löhne bedacht sein soll, also vermuthlich auch als notwendig angesehen wird, in dem neuesten Verwaltungsbericht über die Straßenreinigung wieder als durchaus günstig dargestellt. Gegenwärtig erhalten Vorarbeiter 8,75 M., Arbeiter 1. Klasse 3,25 M., Arbeiter 2. Klasse 2,75 M., Wurschen 1,80 pro Tag. Dazu bemerkt der Bericht, daß diese Löhne, nicht nur den hiesigen Verhältnissen entsprechen, sondern über den behördlich festgesetzten ordentlichen Tagelohn nicht unerheblich hinausgehen, vergißt jedoch, hervorzuheben, daß bei der Straßenreinigung vorwiegend verheiratete Leute beschäftigt werden, die mit dem ordentlichen Lohn nicht bestehen könnten. Auf die sonstigen, den Arbeitern gewählten Vortheile (Dienstkleidung, Gerath, Lohn auch für Sonn- und Festtage, besonders Kranken- und eventuell auch Invaliditätsgeld neben dem gesetzlichen) wird in dem Bericht mit Nachdruck hingewiesen. Das entgegenge setzte Verfahren wird andererseits bei den Mittheilungen über die geforderte Arbeitsleistung eingeleitet. Hier bemerkt man sich, nachzuweisen, daß im allgemeinen bei den regelmäßigen Reinigungsarbeiten die Arbeitsdauer als eine 8 stündige bezeichnet werden kann. Die regelmäßigen Arbeiten dauern von 12 Uhr nachts bis 8 Uhr morgens, einschl. 1/2 Stunde Frühstückspause, bei normalem Wetter oder wenn nicht besondere Umstände eintreten. Am Tage dauert der Dienst von 7—7 oder auch von 8—8, einschl. 3 Stunden für Frühstück, Mittag und Vesper, jedoch auch hier nur höchstens 9 Stunden, wenn man den kürzeren Dienst der Sonn- und Festtage berücksichtigt, nach Angabe des Berichts „im allgemeinen“ sogar nur 8 Stunden herauskommen. Allerdings kommen zuweilen noch besondere Arbeiten vor, die „außerhalb der eigentlichen Arbeit und Arbeitszeit liegen, aber doch besorgt werden

müssen“, z. B. beim Geröthewechsel im Hauptdepot, bei plötzlichen starken Regens u. s. w. Aber auch sie sind angeblich unbedeutend, „wenn es auch wirklich dann und wann vorkommen kann, daß Leute, welche vielleicht kaum ihren Dienst beenden, auf neue in ihren Bezirk eilen müssen.“ Die Direktion hat einen kleinen Fonds zu Zulagen für besondere Arbeiten, meint aber, „es würde selbstverständlich nicht angängig sein, wenn dem ohnehin ohnehin gestellten Arbeitern jede etwa vorkommende besondere Dienstleistung noch besonders bezahlt werden müßte.“ Die Arbeiter seien daran gewöhnt, „jede ihnen etwa gewährte Lohnzulage als eine ganz freiwillige Anerkennung ihrer Leistungen anzusehen und zu schätzen.“ Diese Bemerkungen, die Straßenreinigungs-Arbeiter als auskömmlich bezahlt und mit ihrem Lohne zufrieden hinzustellen, sind so auffällig, daß man schon deshalb das Gegentheil annehmen müßte.

Gegen die Sonntagsruhe an den beiden Sonntagen vor Weihnachten, die ohnehin schon eine rücksichtsvolle Erweiterung gegen andere Sonntage erfahren hat, wird wieder einmal Sturm gelaufen, wie in Berlin, so in anderen Städten, wie im Schwarzweissen Preußenlande so in anderen deutschen Vaterländern. Die Wünsche der Sonntagskürmer gehen dahin, daß „im Interesse der Detaillisten“ die Geschäfte an beiden Sonntagen vor Weihnachten und zum Ueberflusse auch am Sonntag vor Neujahr bis 10 Uhr abends geöffnet bleiben dürfen. In Berlin hat der Zentral-Ausschuss kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine eine entsprechende Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet. Im Interesse der Detaillisten! Nun wohl, sie sind nicht auf Rosen geteigt, die Detaillisten, und viele von ihnen führen einen harten Kampf um Dasein. Es geht ihnen wie den Handwerkern, das Großkapital macht sie alle todt. Sie erwarten ihre Rettung von einem guten Weihnachts-Geschäft, nicht zum mindesten von dem „silbernen“ und dem „goldenen“ Sonntage, obgleich sie in dieser Beziehung von Jahr zu Jahr eine größere Enttäuschung erfahren. Auch in diesem Jahre wird es nicht besser, wohl eher noch schlechter werden. Nur die breite Masse der Bevölkerung, die sogenannten „kleinen Leute“ können die betreffenden Sonntage „vergoldern“ oder „vergolden“. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind aber keineswegs hierzu angethan. Die Arbeitsnoth ist unter der arbeitenden Bevölkerung eine große, und hat der Arbeiter keine Arbeit, so hat er auch kein Geld. Und hat der Arbeiter kein Geld, so zerplatzt das Aufschloß von dem „silbernen“ und „goldenen“ Sonntage wie eine Seifenblase und die Detaillisten können ihre Geschäfte so lange offen halten, wie sie wollen, die erhofften Erfolge werden doch ausbleiben. Ueberdies vergeffen sie ganz, daß die großen Bazare ihnen den größten Theil der Kundschaft fortnehmen und daß für sie nur wenig übrig bleibt. Sollte den Besuche um Verlängerung der Geschäftszeit entgegengekommen werden, so würden die großen Bazare davon den Vortheil, die Detaillisten aber doch nur das Nachsehen haben. Im Interesse der vielgeplagten kaufmännischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen muß gegen die geforderte Verlängerung der Geschäftszeit entschieden protestirt werden.

Reaktionärer Kampf gegen die Arbeiter-Rückfahrtskarten. Die brandenburgische Gewerkschaft beschloß, der „N. N. Z.“ zufolge, in Sachen der Beschränkung der Arbeiter-Eisenbahn-Rückfahrtskarten: „Durch die Ausgabe der Arbeiter-Rückfahrtskarten auf eine Entfernung bis zu 90 Kilometer von Berlin werden die Interessen der Landwirtschaft in der Provinz Brandenburg erheblich geschädigt. Die Begrenzung der Rückfahrtskarten auf den Vorortverkehr erscheint ausreichend.“ Für diesen Antrag stimmte auch der größte Theil der Mitglieder der Abteilung für die Industrie, die ursprünglich einen divergirenden Standpunkt eingenommen hatte. — Warum verlangen die Oliebier nicht, daß allen Personen, die nicht ein Einkommen von mindestens 1500 M. verdienen, das Fahren auf der Eisenbahn bei Zuchthausstraße verboten werde? Eine gleiche Strafe sollte für jeden Landarbeiter festgesetzt werden, der Neigung zeigt, sich aus dem Bereiche der Peitsche seines Gutsherrn zu entfernen.

Der Berliner Lehrerverein hat in seiner letzten Sitzung in einer Resolution Stellung genommen gegen die kürzlich stattgefundene Wahl eines Bürgerdeputirten in die Schuldeputation. Uns wird zu der Angelegenheit aus Lehrerkreisen geschrieben: Der Lehrerverein hatte bereits im Jahre 1894 an die Stadtverordneten-Versammlung die in jeder Beziehung gerechtfertigte Petition gerichtet, daß bei zukünftigen Wahlen in die Schuldeputation auch ein Gemeindefullehrer gewählt werden solle. Da die Stadtverordneten-Versammlung ihr Einverständnis hiermit erklärt hatte, glaubten die Lehrer um so zuverlässiger, daß bei der in diesen Tagen stattgefundenen Wahl eines Bürgerdeputirten der frühere langjährige Vorsitzende des „deutschen Lehrervereins“, Lehrer Gallee, der sich durchaus des Vertrauens der Berliner Lehrerschaft erfreut, gewählt werden würde. Die Majorität hat jedoch einen Apotheker gewählt, da, wie bürgerliche Blätter begünstigend schreiben, „die gegenwärtig vakante Stelle eines Bürgerdeputirten ein umfassendes Degenrat, Inspektion über äußere Schulangelegenheiten umfaßt, zu dessen Wahrnehmung man nicht ausreichend freie Zeit bei Lehrer Gallee voraussetzte.“ Diese Begründung kann nicht gut albern sein, als sie ist. Höchstwahrscheinlich dürfte ein Lehrer für derartige wichtige Sachen ebenso viel freie Zeit haben wie ein Apotheker. Und sollte Gallee wirklich etwas weniger Zeit haben, so wird ihm als alten bewährten Fachmann die Erledigung der schultechnischen Geschäfte weit rascher und — weit besser von der Hand gehen als einem Apotheker. Die Lehrerfreundlichkeit des Liberalismus ist dadurch den Lehrern wieder recht unweidentlich klar gemacht worden. Die scharfe Absufe, die der Begründer der Resolution, Lehrer Fechner, dem Liberalismus zu theil werden ließ, war daher wohl verdient und läßt erwarten, daß die Lehrer, wenigstens die großstädtischen doch allmählig immer mehr zu der Einsicht von der Unfruchtbarkeit des Liberalismus kommen. In der einstimmig angenommenen Resolution heißt es zum Schluß: „Die Mitglieder des Berliner Lehrervereins bedauern es aufrichtig, daß durch diese Wahl, die im Interesse der Schule und des Lehrerstandes erhoben und allseitig als berechtigt anerkannter Forderung auf Vertretung in der städtischen Schuldeputation wiederum nicht berücksichtigt worden ist. Sie empfinden das absehbare Verhalten seitens der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung umso peinlicher als sie darin eine völlig ungerechte Zurücksetzung der Gemeindefullehrer erblicken müssen.“

Das Defizit der Gewerbe-Ausstellung wird voraussichtlich noch zu vielfachen Forderungen Anlaß geben. Wie ein hiesiges Blatt mittheilt, wollen sich nämlich die Garantiefondszeichner keineswegs ohne weiteres in ihr Schicksal ergeben. Sie verlangen nach dem Wortlaut des von ihnen unterzeichneten Garantiefonds-juridisch Erhaltung der Schlussrechnung und wollen erst, nachdem dieselbe von ihnen geprüft und anerkannt ist, ihren Verpflichtungen nachkommen. Namentlich auch verlangen sie Auskunft darüber, was zur endgültigen Begleichung des Defizits noch gesehen solle.

Die Verfrömmung Berlins kam in der letzten Versammlung des Vereins der Saalbesitzer von Berlin zur Sprache. Hauptächlich wurde über die ungleichmäßige Handhabung der Versammlungs-Verordnung geklagt. Während die Polizei auf der Berliner Bodendruckerei ein Konzert gestattete, wurde dem Dekonomen der Livoldbräuerer, welche zu einem anderen Polizeirevier gehört, dies nicht erlaubt. Im Feuerstein'schen Saale in der Alten Jakobstraße war einem Vereine die Veranstaltung eines Theater-Vergnügens genehmigt, wogegen einem anderen Vereine, der ein erstes Stück in der Tonhalle zur Aufführung bringen wollte, die Erlaubniß verweigert wurde. Herr Wolter (Wasser-Salon) machte der Versammlung die noch nicht bekannt ge-

wordene Mittheilung, daß vom 1. Januar 1897 ab die sämtlichen generellen Langerlaubnisse ausfallen und daß dann für jede Luftbarkeit, sie möge einen Namen haben wie sie wolle, Stempelsteuer erhoben wird. — Wo ist die schöne Harmonie geblieben, die vor zwei Jahren, zur Zeit des Boykotts, zwischen Polizei und Saalbesitzern bestand?

Wegen Entziehung der kriminalpolizeilichen Mittheilungen durch die Polizeibehörde führte die „Märkische Volkszeitung“ am 30. Oktober Beschwerde beim Polizeipräsidenten. Dieser hat dem Blatt am 24. November folgendes geantwortet: „Der Redaktion erwidere ich auf die Eingaben vom 30. v. M. und 13. d. M. ergeht, daß ich es zur Zeit ablehnen muß, über die gegen den Bescheid der diesseitigen Abtheilung IV vom 26. v. M. geführte Beschwerde eine Entscheidung zu treffen, weil bezüglich des Verkehrs zwischen der Kriminalpolizei und der hiesigen Presse gegenwärtig allgemeine Erwägungen stattfinden, von deren Ergebnis jene Entscheidung abhängig sein wird. von Windheim.“ — Es muß abgewartet werden, ob dieser Bescheid durch noch mehr Prozeße als bisher oder durch ein Hinneigen zu der Einsicht, daß selbst die „übelgerinnenden“ Zeitungen von der Polizei nicht entbehrt werden können, in die Erscheinung tritt.

Tabula rasa in der Privatpost. In der am 24. d. M. abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsraths der Berliner Privatpost- und Expeditons-Aktiengesellschaft ist beschlossen worden, die Kündigung des Direktors Puhmann zu genehmigen, denselben sofort seiner Amtsbefähigung zu entziehen, sowie auch den Direktor Isaak von seinem Amte zu suspendiren. Ein Prokurist der Gesellschaft hat infolge dieser Ereignisse seine Stellung gekündigt. Als einziges Vorstandsmitglied fungirt nunmehr der früher suspendirt gewesene Direktor Hinke.

Der „Fall Rothenburg“ hat, wie das „Voll“ meldet, jetzt folgenden merkwürdigen Verlauf genommen: Der Magistrat der Stadt Berlin verweigert nach wie vor die selbständige endgültige Freilassung der Frau Baumeister Rothenburg. Bekanntlich hat der bisherige Vormund, Herr Brauer, sein Amt niedergelegt. Der Antrag des Sohnes, ihn selbst nunmehr zum Vormund zu machen, ist seitens des Vormundschaftsgerichts, Amtsgericht I Berlin, Abtheilung 107, abgelehnt. Dagegen wurde der zuständige Waisenrath amtlich zum Vorschlag eines neuen Vormundes unter Mitwirkung des Referendar Rothenburg angewiesen. Selbstamweise ist der Waisenrath dem nicht nachgekommen, hat vielmehr als Vormund eine in diesen Dingen völlig fernstehende Persönlichkeit, den Herrn Königsfin und Polizeikommissarius a. D. H., in Vorschlag gebracht. Ob das Gericht dem Folge giebt, dürfte abzuwarten sein. Seitens des Sohnes ist Beschwerde gegen diese Maßnahmen an das zuständige Obergericht eingelegt.

In Fabriken und größeren Verkaufsgeschäften haben hiesigen Blättern zufolge in den letzten Tagen bedrückliche Ermittlungen darüber stattgefunden, ob das von dem Personal getrunkene Bier vom einem mit der Schankerlaubnis versehenen Wirthe geliefert oder durch einen Angestellten von einer Brauerei bezogen wird. In letzterem Fall soll der Angestellte zur Erwerbung der Schankerlaubnis angehalten und zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Nach unferm Dafürhalten brauchen die Arbeiter in Fabriken nicht zu wissen, in welchem Verhältnis ihr Bierlieferant zur Brauerei steht. Dasselbe gilt für die Geschäftsinhaber.

Die Firma Jacob u. Valentin, deren Menschenfreundlichkeit unsern Lesern aus früheren Artikeln schon bekannt sein dürfte, fährt fort, ihren Mitbürgern in dieser Beziehung mit leuchtendem Beispiel voranzugehen. Kein Wunder! Ist doch dem Herrn Jacob für seine Verdienste um das Wohl seiner Mitbürger (der Mann ist nämlich Vorsitzender der Expeditons-, Speicherei- und Kellerei-Vereinsgenossenschaft) der Titel als Kommerzienrath und vom König von Württemberg der Oiga-Orden verliehen worden. Daß diese Auszeichnung keinem Würdigeren zufallen konnte, soll nachstehendes Geschichtchen erweisen. Auf dem total finsternen Hof der Firma Jacob u. Valentin wird ein Arbeiter, der daselbst mit dem Rangiren von Wagen beschäftigt war, derartig gequetscht, daß er einen Bruch von vier Rippen erleidet. Der unglückliche wird auf den Speicher getragen und muß dort unter den größten Schmerzen liegen bleiben, bis sich endlich um 6 Uhr früh ein zur Arbeit antretender Kutscher erbarmt und ihn nach der nächstgelegenen Unfallstation bringt. Der vorsichtige Herr Jacob hat nun die Einrichtung getroffen, daß einer großen Anzahl seiner Arbeiter der Lohn täglich ausgezahlt wird. Dieselben gelten dann nur als vorübergehend beschäftigt, bedürfen der Anmeldung bei der Krankenkasse nicht, und der Herr Jacob spart dadurch die Beiträge für dieselbe. Das Unfallversicherungs-Gesetz schreibt zwar vor, daß der Arbeitgeber die in seinem Geschäftse verunglückten Arbeiter, wenn sie nicht einer Krankenkasse angehören, zu unterstützen hat. Dazu kann sich der Herr Kommerzienrath aber nicht verstehen, er läßt vielmehr die an ihn gerichteten Bitten unbeantwortet. Da es auf dem Hofe finstern war, hat ja niemand den Unfall gesehen, und das muß erst bewiesen werden. Die Berufsgenossenschaft, an welche sich der Unglückliche wendet, weist ihn natürlich ebenfalls ab. So liegt nun der arme Verunglückte, der Frau und Kinder hat, seit dem 6. September krank darnieder. Vielleicht geben diese Zeiten bei dem Reichs-Versicherungsausschuss Veranlassung, einmal nach dem Rechten zu sehen und sich des Verunglückten anzunehmen.

Die Einführung von Gasglühlicht-Belichtung in den Stadtbahnwagen wird von der Verwaltung der Stadt und Ringbahn geplant. Es sollen zunächst probeweise einige Wagen der Stadtbahn mit Glühlichtbrennern behufs Prüfung der Haltbarkeit der Apparate in den Waggons versehen werden.

Ein vergrabenes Diebstahl-Lager, bestehend aus Metallsachen der verschiedensten Art, hat der Wächter Franz Halpap, der erst in der Sonntag-Nacht einen Kampf mit vier Eindringern bestand und einen von ihnen anschoß, am Dienstag auf dem Gelände des Vergnügungs-Parkes der Gewerbe-Ausstellung entdeckt. Da das Lager sich an derselben Stelle befindet, wo der Einbruch stattfand, also da, wo der Fesselballon seinen Platz hatte, geht man wohl in der Annahme nicht fehl, daß es den am Sonntag entkommenen Dieben um Hebung des jedenfalls zur Zeit der Ausstellung von ihnen selbst vergrabenen Schatzes zu thun war. Infolge der Auffindung des Lagers und wegen der vielen in letzter Zeit verübten Einbrüche an Stellen, an denen anscheinend nichts zu holen ist, werden sowohl auf dem eigentlichen Gelände der Ausstellung, sowie auf dem Vergnügungspark an verdächtigen Plätzen Nachgrabungen vorgenommen. Die mit Schusswaffen versehenen Wächter bewachen jetzt das Gelände Tag und Nacht auf das Schärfste. Wie nothwendig dies ist, geht daraus hervor, daß bereits wieder am Dienstag an der Südseite des Vergnügungsparkes ein Einbruch versucht worden ist. Ein von der Polizei festgenommener Mann, der der Theilnahme an dem am Sonntag erfolgten Einbrüche dringend verdächtig erscheint, konnte von dem Wächter Halpap nicht mit Bestimmtheit wiedererkannt werden.

Aus dem Polizeibericht vom 26. November. Mittwoch Nachmittag lief der sechsjährige Sohn des Arbeiters Brandt vor dem Hause Brunnenstr. 112 gegen einen Arbeitswagen, gerieth unter die Räder und erlitt einen Bruch des linken Oberarms. Er fand im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme. — Auf dem Boden des von ihm bewohnten Hauses in der Falkensteinstraße wurde abends der 51 Jahre alte Arbeiter Friedrich E. erhängt vorgefunden. Stummer über eine mißrathene Tochter hat ihn vermutlich in den Tod getrieben. — An der Ecke der Marien- und Luisenstraße fuhr abends ein Post-Paketwagen gegen eine Droschke, so daß diese umstürzte und stark be-

schädigt wurde. Der Kutscher, der dabei vom Boocke geschleudert wurde, blieb unverletzt. — Die von ihrem Manne getrennt lebende 54-jährige Pauline E. vergiftete sich in ihrer Wohnung in der Insterburgerstraße mit Kieesalz. Sie wurde noch lebend in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Heute früh verstarb der Klempnermeister Gustav G. in seiner Wohnung in der Prinzenstraße sich zu erhängen, wurde jedoch noch rechtzeitig abgehängt und ins Leben zurückgerufen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Bestellungen auf den „Vorwärts“, das „Volksblatt“, den „Wahren Jakob“, „Postillon“ u. wolle man nur an den Parteiposteur G. Scharnberg, Pechlozzstr. 27, richten oder an nachstehenden Stellen einreichen: Gaswirth Beyer, Wallstr. 96; Bredlow, Augsburgerstr. 78; Dörre, Krummstr. 19; Sempel, Osnabrückerstr. 28; Veder, Wismarstr. 74; Wolter, Magazinstr. 15; Röhr, Goethestr. 67a. Bücher und Werke sind stets vorräthig.

Die Erörterung der Zustände auf dem der Gemeinde Rixdorf gehörigen Gute Wasmannsdorf, die vor kurzem auf Veranlassung der sozialistischen Gemeinderathmitglieder in der Gemeindevertretung zu Rixdorf erfolgt ist, hat anscheinend bereits eine Wirkung ausgeübt, trotzdem der Antrag auf Entlassung des Gutsvorwalters mit knapper Stimmenmehrheit abgelehnt wurde. Wie das „Rixdorfer Tageblatt“ meldet, hat der Verwalter zum 1. April n. J. seine Stellung gekündigt. Warum so früh? War er sich selber der Unhaltbarkeit seiner Stellung bewußt geworden?

Im Kreise Ostbavelland ist unter dem Rindvieh eine Lungenentzündung ausgebrochen, die zahlreiche Opfer fordert und an den brandenburgischen Provinzialverband betreffs der Entschädigungen große Anforderungen stellt. Bis jetzt sind in wenigen Monaten 226 Rinder, meist bester Qualität, an der Seuche eingegangen, für die 73 484 M. Entschädigungsgelder an die betreffenden Landwirthe gezahlt wurden. Im vorigen Jahre betrug in der ganzen Provinz die gesammte Entschädigung für Vieh nur 84 928 M. Um der Gefahr einer weiteren Ausbreitung der Seuche wirksam entgegen zu treten, wird sich der Provinzial-Ausschuß demnächst mit der Angelegenheit beschäftigen und über geeignete Maßregeln zur Unterdrückung Beschluß fassen.

Kunst und Wissenschaft.

In der alten Urania, Invalidenstraße, veranstaltet die Arbeiter-Bildungsschule am nächsten Sonntag Vormittag um 10 Uhr einen großen Projektionsvortrag über das interessante Thema „Genossenschaftsleben in Thier- und Pflanzenreich“. Da auch Mitglieder anderer Vereine teilnehmen können, so weisen wir diese hierauf hin, indem wir ihnen gleichzeitig den Besuch dieser Vorlesung empfehlen. Den Vortrag hält Herr Prof. Dr. Müller.

Ueber Berliner Theater-Sagen vor hundert Jahren giebt eine Tabelle vom Jahre 1796, welche sich im Archiv des königlichen Schauspielhauses befindet, interessanten Aufschluß. Es heißt darin: An Jahresgabe (außer Benefize) Mad. Baranits 1040 Thaler, Hardt und Fran 936 Thaler, Mattausch 936 Thaler, Böhmeim und Fran 936 Thaler, Beshort und Frau 1144 Thaler, Kaffels 936 Thaler, Reinwald 728 Thaler. — Von der Oper: Madame Schid 1200 Thaler, Lippert 1196 Thaler, Ambrosch 1040 Thaler, Ennide 936 Thaler, Madame Ennide 936 Thaler. Der Sagenat des Theaters betrug im Jahre 1796 im ganzen 38 500 Thaler, die Gesamtausgaben beliefen sich auf 63 394 Thaler. Heute soll der Etat über zehnmal so hoch sein. Es fragt sich aber, ob die Mehrzahl der Mitwirkenden sich besser stellt, als damals.

In Zürich sind zwei Damen in den Studenten-Ausschuß gewählt worden; der internationale Studentinnenverein hat neuer durch sein zweijähriges Bestehen das Recht erlangt, zwei Vertreter in den Delegirtenconvent (D. C.) zu entsenden. Bereits im Vorjahre hatten die philosophischen Finken, wie uns geschrieben wird, eine Dame als Stellvertreterin in den D. C. gewählt; sie ist aber nicht zur Ausübung ihres Amtes gekommen; denn erst in diesem Semester entsetzte sich angeführt der zwei weiblichen Mitglieder des D. C. der Standa, daß die Vertreter der Jofingia und Karolingia rumbwegs erklärten, mit Weiberröden nicht lagern zu können; um das zu vermeiden, soll durch Beschluß der Korporationen das Statut des D. C. dahin geändert werden, daß der Begriff Student nur für den männlichen Studirenden gelte; andernfalls erklärten die Jof. u. Kar. vor dem Rektor, würden sie den D. C. sprengen. (!) — Die Jofingia galt bisher für fortschrittlich und ist die älteste schweizerische Studentenvereinigung, während die Karolingia katholischen Tendenzen huldigt. — Uebrigens hatte sich schon im Herbst des Zentralblattes der Jofinger der Marasmus des schweizerischen Fortschritts fögar bei diesen jungen Leuten anlässlich einer Diskussion über das Frauen-Wahlrecht gezeigt. — Jetzt offenbart sich die praktische Anwendung. Wie nur die Universität Zürich und die ganze Wissenschaft das übersehen wird?

Die erste Aufführung von Gerhart Hauptmanns neuer Bühnendichtung „Die versunkene Glocke“ wird nicht am 6., sondern schon am 2. Dezember im „Deutschen Theater“ stattfinden. Das Schiller-Theater bringt Anfang der nächsten Woche die erste Aufführung von Ernst Kosamer's veraltetem Lustspiel „Teden u. m.“. Heute geht Holms dramatisches Gedicht „Der Sohn der Wildnis“ in Szene; die beiden Hauptrollen werden von Paulin Pauls und Herrn Satry gespielt. — Im Bürgerloale des Rathhauses findet am Sonntag, den 29. d. M. ein „Carl Lohmeyer-Abend“ statt, an welchem die Damen Jeanne Goltz und Maria Schmidt und die Herren Emil Severin und Julius Janetow mitwirken. Das Programm besteht aus Vokalstücken und Liedern des Komponisten, unter denen natürlich auch die bekanntesten, wie Prinz Eugen, Der Befehl, O süße Mutter u. s. w. vertreten sind.

Gerichts-Beitrag.

Eine Privat-Beseidigungs-Klage, welche der ehemalige Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“, Philipp v. Nathusius, v. d. om gegen den Premierlieutenant Haas gerichtet hatte, sollte gestern vor dem Berliner Schöffengericht zum Austrag kommen. Haas hatte dem Privatkläger Betrugsgeltern zum Vorwurf gemacht. Die Sache wurde vertagt.

Die Voruntersuchung gegen den in Haft genommenen Bürgermeister Platsche aus Straußberg ist noch nicht abgeschlossen, es werden vielmehr noch immer neue Zeugen aus Straußberg und Umgegend durch den Untersuchungsrichter Landgerichtsrath Friedberg vernommen. Gegen die Ablehnung des Haftentlassungs-Antrages hat Rechtsanwalt Dr. Schwandt Beschwerde erhoben. Inzwischen ist dem Vertheidiger noch der Rechtsanwalt Dr. Sello zur Seite getreten und neuerdings die Haftentlassung gegen eine Bürgschaft von 20 000 M. beantragt worden.

Als Tiffi wird berichtet: In dem Beseidigungsprozeß des ehemaligen Hofpredigers Sieder gegen den Rechtsanwalt Medem, welcher Donnerstag in der Berufungsinstanz vor der hiesigen Strafkammer verhandelt wurde, wurde die Berufung des Rechtsanwalts Medem verworfen, dagegen wurde auf generische Berufung das Urtheil abgeändert und auf 100 Mark Geldstrafe sowie Publikationsbefugnis in den Zeitungen „Deutsche Warte“ und „Täglich Allgemeine Zeitung“ erkannt.

Vermischtes.

Also das ist des Pudels Kern? Die „Bormser Jg.“ schreibt: „Der Mohr, Bahrenseld, der Rosenkläger gegen 400 deutsche Zeitungen, hat inzwischen einen guten Einfall gemacht. Einem Blatte in Sachsen hat er den Vorschlag gemacht, gegen 50 M. Sühne und 20 M. Kostenzuschuß und gegen eine

Erklärung, daß die mitgetheilten Thatsachen durchweg auf Unwahrheit beruhen, das Verfahren einzustellen. Einem Schwarzwald-Blatte gegenüber hat Herr Mohr eine etwas gelindere Taxe: da soll es nur 20 Mark Sühne und 25 M. für Gerichtskosten ausmachen und außerdem öffentliche Abbitte. Obwohl unsere Mohr-Korrespondenz nur zwei solche Fälle erzählt, scheint doch auch dieses Angebot, wie die Klage, vermittelt gedruckter Formulare zu geschehen. Wahrscheinlich ist Herr Mohr durch Nr. 10 der „Vereinszeitung“ der Zeitungsverleger etwas flugsig geworden, welche vorschlägt, daß in Zukunft die ganze deutsche Presse die Inserate und Klamen der Firma Mohr nicht mehr aufnehmen möge.“

Ein seltsamer Eisenbahnunfall. Gestern Vormittag gegen 8 1/2 Uhr ist auf der eingleisigen Bahnstrecke Plaue-Zinnenaun unter dem Geis ein alter verlassener Bergwerkschacht eingestürzt, wodurch der Güterverkehr auf vorläufig noch unbestimmte Zeit unterbrochen wird. Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Einbruchsstelle anrecht erhalten. Ein Unfall ist dabei nicht vorgekommen.

Ein Streik im Zuchthaus. Unser Parteiblatt in Kassel schreibt vom 25. November: Ein Streik im Zuchthaus dürfte wohl noch etwas seither nicht Dagewesenes sein. Im Arbeits-saal des Kasseler Zuchthaus an der Fulda, in welchem nur die schwersten Verbrecher internirt sind, kam es gestern zu einer Meuterei der mit Schneiderarbeiten beschäftigten Zuchtlinge, welche verlangten, daß die Arbeitszeit herabgesetzt werde. Die Aufsichtsbauten wurden so arg bedroht, daß das hiesige Kommando des Hessischen Feldartillerie-Regiments Nr. 11 gegen 11 Uhr vormittags um Hilfe angegangen werden mußte. In wenigen Minuten erschien eine Artillerie-Abtheilung mit scharf geladenen Revolvern. Ein weiteres größeres Sicherheits-Kommando, ebenfalls mit scharf geladenen Revolvern bewaffnet, wurde auf dem Kasernenplatz für den Fall der Noth aufgestellt. Gegen 1 Uhr war die Meuterei gedämpft. Gegen die Häufelsführer wurde mit harten Strafen eingeschritten. — Wie lang mag die Arbeitszeit im Zuchthaus zu Kassel sein?

Ein frommer Sittenverbreher. Wie die „Bregenser Nachrichten“ melden, ist der Präsekt der Katholischen Jünglingskongregation in Kennelbach bei Bregenz nebst vier anderen Personen verhaftet und die gerichtliche Untersuchung gegen sie eingeleitet worden. Ueber die Veranlassung dieser Verhaftungen theilt das genannte Blatt folgendes mit: „Seit einiger Zeit schon wurden Gerüchte laut, daß es in der Kennelbacher Jünglingskongregation nicht gar zu erbaulich zugehe. Leider hat sich das Gerücht in recht trauriger Weise bestätigt. Seit Sonnabend sind gerichtliche Erhebungen im Zuge und es wurden auch bereits einige Kennelbacher „Jünglinge“ in Haft genommen. Es handelt sich um schwere, abscheuliche sittliche Verirrungen, und was das interessanteste an der Sache ist, der Präsekt der Jünglingskongregation, Johann Hämmerle, Weibmeier aus Kennelbach, der als ein Vertreter des katholischen Volkes beim letzten Salzburger Katholikentage war, ist der schändliche Verführer der Burschen gewesen. Der saubere Patron wurde seit Sonntag schon gesucht, konnte aber nirgends gefunden werden. Gestern gelang es nun, ihn zu verhaften.“

Und Trist wird berichtet: Eine Mittwoch Nachmittags entstandene heftige Bora, welche gestern noch fortbauerte, verursachte zahlreiche kleinere Schiffsunfälle und viele Unfälle am Lande. Der Seeverkehr ist unterbrochen, der Landverkehr erschwert.

Keine Diebe hängt man, große läßt man laufen. Aus Pest wird einem hiesigen Blatte gemeldet: Stella Szekes, welche bekanntlich auf den Namen des Erzherzogs Eugen Wechsel fälligte und zu anderthalb Jahren Kerker verurtheilt, jedoch auf freiem Fuß gelassen wurde, ist aus Pest verschwunden. Mit ihr ging gleichzeitig Graf Dunin Borkowski durch, der zuvor einer hiesigen Bürgerfrau 20 000 fl. entlockte. Das Pärchen soll sich nach Amerika gewandt haben.

Abermals ein lenkbares Luftschiff. Aus San Francisco wird gemeldet, daß ein Dr. Benjamin ein lenkbares Luftschiff erfunden haben soll, mit welchem er Fahrten über die Stadt und die Vorstädte unternimmt. Das Luftschiff erzielt eine Fahrgeschwindigkeit von fast einer englischen Meile in der Minute. Die Maschine ist 150 Fuß lang. Der Auf- und Niederstieg geht leicht von statten. Das Schiff ist aus Metall angefertigt und besitzt zwei Flügel von Segeltuch. Das Steuer ist flügelartig. Der Erfinder hat bisher noch niemandem erlaubt, Einsicht in den Mechanismus zu nehmen. — Man thut gut, dieser Meldung nicht allzustark zu vertrauen.

Der größte Prozeß, der wohl je geführt worden ist — handelt es sich doch um eine Summe 50 000 000 Dollars — 212 500 000 M. — und bereits acht Jahre dauert, scheint seinem Ende zuzuneigen und für den Verklagten, nämlich die Landesregierung der Vereinigten Staaten, einen unglücklichen Ausgang zu nehmen. Es handelt sich dabei um zu viel erhobene Zollgebühren für Pulbefah; daher führte der Prozeß auch den Namen „hat trimmings case“ (Pulbefah-Prozeß). Der oberste Gerichtshof des Landes (U. S. Supreme Court) hat, nach einer Notiz der „Nat.-Zg.“, bereits e. n. den Klägern so günstige Entscheidung getroffen, daß die Regierung sich bereit zeigt, mit den Klägern sich zu vergleichen und zwar auf Grundlage einer Rückvergütung von Zöllen in Höhe von 20 000 000 Dollars, während allerdings 50 000 000 Dollars von den Klägern zurückverlangt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffr (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

Julius Meyer. Die Erklärung dieser Unterschiede würde Abhandlungen erfordern, die den Raum des Briefkastens weit überschreiten. Sehen Sie event. in einem Besokun nach.

O. M. Theilen Sie uns mit, zu welcher Stunde und vor welcher Kammer der Gerichtstermin stattfindet. Selbstverständlich bringen wir einen K. r. d. t.

Kaufholt. Wegen Raummangels leider zurückgeblieben.

Witterungsübersicht vom 26. November 1896.

Stationen.	Barometer stand in mm. reductirt auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (50° F.).
Swinemünde . . .	779	DSD	2	heiter	-6
Hamburg . . .	776	DSD	3	halb bedekt	-3
Berlin . . .	777	DSD	4	heiter	-5
Wiesbaden . . .	769	D	2	wolkenlos	0
München . . .	768	O	4	heiter	-5
Wien . . .	776	Stiff	—	Nebel	-6
Saparanda . . .	761	Stiff	—	bedekt	0
Petersburg . . .	773	W	2	Regen	3
Got . . .	773	DSD	3	wollig	6
Aberdeen . . .	778	W	1	bedekt	5
Paris . . .	767	WD	3	wollig	-1

Wetter-Prognose für Freitag, den 27. November 1896. Trocken, vorwiegend heiteres Frostwetter mit frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom 26. November 1896. 11 Uhr.

Am Ministerische Miquel und Kommissarien.

Die erste Lesung der Schuldenentlastungs-Vorlage wird fortgesetzt.

Minister Miquel: Der Abg. Richter hat gestern gemeint, daß heute weniger als im Jahre 1869 eine Nothwendigkeit zur Schuldenentlastung vorliege, weil inzwischen das Staatsvermögen um das Sechsfache gestiegen ist. Wäre dies auch richtig, so verschiebt doch Herr Richter, daß die Staatsschulden im gleichen Verhältnis gewachsen sind. Ich bin von meinen damaligen finanz-theoretischen Ansichten bald zurückgekommen; heute wären sie garnicht haltbar, wo die Staatseinnahmen auf den schwankenden Betriebsergebnissen beruhen. Den Vorwurf, alles beweisen zu können, haben die Freisinnigen schon früher dem Abg. Oneist gemacht, dem sie vorwarfen, er könne beweisen, daß $2 \times 2 = 5$ ist; Oneist erwiderte darauf, daß er wohl glaube, daß freisinnige Einmaleins halte ihm gegenüber nicht stand. (Heiterkeit!) Das Zentrum hat sich früher stets für obligatorische Schuldenentlastung erklärt und ich gebe deshalb die Hoffnung nicht auf, daß sie der Vorlage zustimmen, auch wenn dieselbe von mir eingebracht ist. (Heiterkeit.) Die Vorwürfe, daß die Regierung die Herabsetzung der Tarife verläume, sind nicht begründet. Gegen die Staffeltarife hat sich vielfacher Widerspruch erhoben; Kosttarife sowie Tarife für industrielle und landwirtschaftliche Produkte sind ermäßigt; die Herabsetzung der Personentarife würde hier keine Mehrheit finden. (Sehr richtig!) Glauben Sie denn, daß die große Zahl von Sekundärbahnen hätte gebaut werden können, wenn wir nicht eine so sparsame Verwaltung hätten? Herr Sattler will die Verwendung der Eisenbahn-Einnahmen gesetzlich regeln; für mich wäre das sehr bequem, denn ich könnte auf alle Wünsche, die sich heute an mich drängen, einfach erwidern: Wartet ab, was die Eisenbahnen bringen! Ja noch mehr; ich könnte sagen, die Eisenbahnen hat große Ueberschüsse herausgewirtschaftet, aber für Euch sind sie nicht da! Ich vermag die Bedenken der Nationalliberalen gegen den Ausgleichsfonds nicht einzusehen; regeln wir die Dinge nach den Wünschen des Abg. Sattler, so würde das neue Gesetz in wenigen Jahren viel lebhafter angegriffen werden, als heute der bisherige Zustand.

Abg. Frhr. v. Redlig-Neulirch (l.): Die Zerstückung der staatlichen Finanzverwaltung in zwei selbständige Theile müßte zu den bedenklichsten Folgen führen; schon dem Prinzip einer solchen Theilung muß widersprochen werden und ich kann deshalb die Vorschläge des Abg. Sattler nicht in allen Punkten billigen. Dem preussischen Finanzminister zumuthen, im Reichstage gegen den Marine-Gesetz das Wort zu ergreifen, wie Herr Bachem dies gestern verlangte, ist ein komischer Gedanke. Wir halten eine kräftige Schuldenentlastung für ein dringendes Bedürfnis. Die Auffassung des Abg. Richter, daß diese Entlastung von den jeweiligen Beschläüssen des Parlaments abhängig sein müsse, theilen wir nicht; wir wünschen diese Angelegenheit frei von allen politischen Parteibedenken zu behandeln. Die Schuldenentlastung wird für uns zu einem wichtigen Faktor der Steuerpolitik werden; das ist ja auch früher von dem Abg. Richter anerkannt worden; aber es zeigt sich hier wie bei der zweijährigen Dienstzeit und bei anderen Forderungen der Freisinnigen, daß sie opponiren, wenn die Regierung ihre Forderungen bewilligt. Die Annahme der Schuldenentlastung scheint ja nicht zweifelhaft. Wenn es uns gelingen sollte, eine feste Grenze zu ziehen, bis wohin die Eisenbahn-Ueberschüsse zu allgemeinen Staatsausgaben verwendet werden dürfen, so werden wir zur dauernden Sicherung unserer Finanzen bedeutend beigetragen haben.

Abg. v. Eynern (natl.): Die Schuldenentlastung ist nöthig und wird auch der unerträglichen Finanzwirtschaft im Reiche einen Riegel vorschieben. Ueber den Charakter des Ausgleichsfonds kann man sich nach der Vorlage kein richtiges Bild machen. Sollen die 80 Millionen in Gold angelegt werden? Oder will man Anleihen dafür kaufen? Die übermäßige Sparsamkeit des Finanzministers wirkt allerdings nachtheilig auf unser Eisenbahnwesen; es sei nur an den Wagenmangel erinnert. Bis über den Ausgleichsfonds nicht nähere Aufklärungen gegeben sind, kann ich weder ja noch nein sagen, sondern muß die Aufklärungen in der Kommission abwarten. Die Zukunftsrechnungen sind unzuverlässig. Vor 50 Jahren sagten wir an, Eisenbahnen zu bauen, heute beginnt die Elektricität die Eisenbahnen abzulösen oder doch zu beeinflussen; was in 50 Jahren geschehen sein wird, wissen wir nicht. Am besten wird es sein, wir erledigen diese Dinge nach den Verhältnissen der Gegenwart.

Abg. Fritzen-Sodau (Z.): In dem Ausgleichsfonds liegt ein mir sympathischer Gedanke, dagegen kann ich eine Nothwendigkeit, daß wir uns für die Schuldenentlastung festlegen, nicht einsehen. Man hat viel gegen die willkürliche Erhöhung der Matricularbeiträge gesprochen; aber man sollte doch bedenken, daß sie den kräftigsten Zusammenhalt bilden zwischen Reich und Einzelstaaten und am besten die ungemessene Steigerung der Reichsausgaben verhindern.

Abg. Möller (natl.): Wir haben für die Eisenbahn-Verstaatlichung nur gestimmt in der festen Hoffnung, daß die Eisenbahnschuld schnell getilgt werde. Die Ansammlung solcher Fonds, wie er hier gefordert wird, kann in politisch bewegten Zeiten von großer Bedeutung werden. Wir wünschen jedenfalls, daß eine Grenze gefunden werde, über welche hinaus die Eisenbahn-Ueberschüsse nicht zu allgemeinen Ausgaben verwendet werden dürfen. Die Vorberatung der Vorlage würde besser durch eine besondere Kommission, nicht durch die Budgetkommission, stattfinden.

Damit schließt die Debatte. — Die Vorlage geht an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung des Lehrerbefoldungs-Gesetzes.

Abg. Körcke (fr. Op.): Die Vorlage befriedigt nicht alle Hoffnungen; hätte der Herr Kultusminister allein die Vorlage gemacht, so wäre sie wohl besser geworden. Man hat es sowohl bei dem Millardengesetz, wie bei der Steuerreform im Jahre 1879 versäumt, für die Dotation der Schule zu sorgen. Den Lehrern wird weder pekuniär, noch sozial die Stellung zugestanden, die ihnen anderen Beamtenkategorien gegenüber zukommt. Die niederen Postbeamten und andere Beamten stehen im Gehalte den Lehrern gleich, obwohl bei weitem nicht die gleichen Bildungsansprüche an jene gestellt werden. Hoffentlich bewilligt der Finanzminister noch etwas mehr; er hat ja schon im Jahre 1874 eine so warmempfundene Rede für die Erhöhung der Lehrgelälter gehalten.

Abg. Dr. Vorsch (Z.): Wir nehmen der Vorlage gegenüber die gleiche Stellung ein, wie gegenüber der früheren Vorlage. Obwohl wir aus prinzipiellen und taktischen Gründen gegen die Vorlage hätten stimmen müssen, haben wir uns den berechtigten Wünschen der Lehrer gegenüber nicht ablehnend verhalten können. Wir wollen dem Gesetze zustimmen, fordern aber die Regierung auf, nunmehr ungefähr ein christliches Volks-schul-Gesetz einzubringen.

Da die Regierung sich zu einer größeren Aufwendung für die größeren Städte entschlossen hat, so wird sie hoffentlich auch für die Lehrer etwas mehr thun können; wir verkennen dabei nicht, daß es zunächst Pflicht der Gemeinden ist, ihre Lehrerbefoldungen aufzubessern. An dem Grundgehalt der Lehrer wird sich kaum etwas verbessern lassen, dagegen könnte vielleicht an den Alterszulagen gebessert werden. Die Disziplinirbestimmung in § 22 gehörte nicht in das Gesetz; ich werde gegen dieselbe stimmen und hoffe, daß die Vorlage zur Annahme gelangen wird.

Abg. Tzschoppe (fr.): Wir sind erfreut, daß die Regierung durch Einbringung der Vorlage den an sie gerichteten Wünschen so schnell nachgekommen ist und anerkennt auch die Verbesserungen gegenüber der früheren Vorlage, namentlich die Berücksichtigung der von den Großstädten geäußerten Wünsche. Wir hoffen, daß die Vorlage nunmehr baldigst zu Stande kommen wird. An der Erhöhung der Alterszulagen werden meine Freunde unbedingt festhalten. (Sehr richtig!) Die Bestimmungen über die Anrechnung des Dienstalters werden wir einer nochmaligen Prüfung unterziehen; auch eine Erhöhung des Grundgehalts erscheint uns wünschenswerth.

Abg. v. Heydebrand (l.): Wir hätten erwartet, daß die Vorschläge der Vorlage Anerkennung gefunden hätten, ohne unerfüllbare Wünsche herbeizuziehen. Die Neuerung der Vorlage, wonach die Großstädte aus den Altersklassen-Verbänden aufgenommen werden können, billigen wir nicht. Die freie Ausschwehlung der Lehrer von Stadt und Land ist damit gefährdet. Man fordert die Gehaltserhöhung der Lehrer weil die wirtschaftliche Lage sich bessere; aber diese Besserung beschränkt sich auf die Industrie, sie erstreckt sich nicht auf die Landwirtschaft, der man hier neue Lasten aufbürden will (Sehr richtig!), was wir nicht billigen können, obwohl wir eine Aufbesserung der Lehrgelälter in den reiferen Jahren auch für wünschenswerth halten. Es würde sich fragen, ob die Regierung zu einer Uebernahme von Schullasten für leistungsunfähige Gemeinden in größerem Umfange bereit wäre. Auch könnte erwogen werden, ob es sich nicht empfehle, von den Zuwendungen an die Großstädte etwas herabzumindern. (Sachen links. Hört! hört!)

Minister Dr. Bosse: Die Bedeutung der Vorlage besteht darin, daß wir über den wünschenswerthen das Erreichbare nicht aus den Augen verlieren dürfen. Für mich kam alles darauf an, die Vorlage so zu gestalten, daß die beiden Häuser sie annehmen. Es muß etwas geschehen, um die berechtigten Wünsche der Lehrer zu befriedigen. Wir können die Lehrer nicht nochmals verdrängen. Es handelte sich also darum, die Opposition der großen Städte zu beseitigen. Prinzipiell stehe ich ganz auf dem früheren Standpunkt. Durch die Grund- und Gebäudesteuer sind den Großstädten Millionen in den Schooß geworfen, während die armen Landgemeinden nicht einen Pfennig davon haben. (Sehr richtig! rechts.) Nachdem aber das Gesetz an der Opposition der Großstädte gescheitert war, mußten wir mit dem Hindernis zu beseitigen suchen; das ist in der Vorlage geschehen. Die Disziplinarmassregel der Strafverletzung, die bisher nicht für Lehrer zulässig war, ist eine neue Bestimmung zu Gunsten der Lehrer; bisher konnte nur auf Amtsenthebung erkannt werden. Der Regierung liegt alles daran, die Vorlage zu Stande zu bringen; wir werden alles aufbieten, dies Ziel zu erreichen. (Bravo!)

Abg. Mölle (natl.): Mit der Vorlage sind meine Freunde im allgemeinen einverstanden. Die Disziplinirbestimmung erscheint entbehrlich, weil man sie in ihrer Tragweite nicht übersehen kann. Es ist merkwürdig, daß die Regierung alle die Aenderungen akzeptiert hat, die als Verschlechterungen der vorjährigen Vorlage zu bezeichnen sind. Meine Freunde glauben, daß die günstige Lage der Staatsfinanzen auch zu Gunsten einer höheren Befoldung der Lehrer verwendet werden kann. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (rl.): Ich glaube auch, daß die Großstädte die ihnen zugemutheten Lasten sehr wohl tragen konnten. Sollte die Vorlage infolge irgend welcher Komplikationen nochmals scheitern, so würde ich gegen jede weitere Gehaltserhöhung für andere Beamtenklassen stimmen.

Weiterberatung morgen 12 Uhr. Schluß 3½ Uhr.

Gemeindewahlen.

Ueber das Wahlergebnis in Breslau wird uns folgendes näher mitgeteilt: Die Wahlbetheiligung war ziemlich lau, leider besonders in Genossenschaftskreisen, trotzdem die regste Agitation entfaltet worden war. An ungefähr 2000 Stimmen vereinigten sich auf unsere Kandidaten, von denen für den Genossen Schüh 476 Stimmen, die höchste Zahl, abgegeben wurden. An indirekter Wahlbeeinflussung leisteten die Gegner das Möglichste. Im 23. Bezirk, wo von den Antisemitisch-Konservativen und den Freisinnigen zusammen der Fabrik-Direktor Grund aufgestellt war, hatten im Wahllokal die Postmeister der Linken Fabrik, deren Direktor Herr Grund ist, Posto gestiftet. Unter diesen Umständen wurde natürlich der Kandidat der Witsch-Maschpartei gewählt und zwar mit 955 Stimmen gegen Schüh, der 476 Stimmen erhielt. Dasselbe Mandat war im 25. Bezirk zu beobachten, wo der Direktor der großen Hoffmann'schen Wagen-Fabrik, Herr Blauel, aufgestellt war. Er erhielt 777 Stimmen, unser Kandidat Bruhns nur 191 Stimmen. Herr Blauel ist konservativ. Die Freisinnigen haben eine große Schlappe erlitten, ihre Kandidaten siegen nur dort glänzend, wo sie mit den konservativen Antisemiten gemeinsame Sache gemacht hatten. Ein Schauspiel für Götter! Auf diese Weise ist der konservativ-freisinnige-antisemitische Brennerbesitzer Suchanlle mit 834 Stimmen gewählt worden, während unser Genosse Neulirch nur 174 Stimmen erhielt. Wir hatten uns von vornherein nicht mit großen Hoffnungen getragen, war es doch der erste Versuch unsererseits nach der Herabsetzung des Steuerzensus; daß aber eine Stadt, die bei der Reichstagswahl 26 000 sozialdemokratische Wähler anbringt, keinen einzigen Arbeitervertreter in die Kommunalverwaltung sendet, das zeigt von einer unvergleichlichen Gleichgültigkeit der Masse den städtischen Verhältnissen gegenüber. Es ist richtig, bei geheimer Wahl wäre ein anderes Resultat herausgekommen, aber trotzdem ist den Breslauer Arbeitern der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie bei der Wahl keine rühmliche Rolle gespielt haben. In einzelnen Bezirken ist es thatsächlich vorgekommen, daß kleine Beamte, Geschäftskläute etc. unterem Kandidaten ihre Stimme zu geben sich nicht scheuten, während Parteigenossen aus Furcht den Gegner wählten! Wir wollen hoffen, daß die nächste Wahl ein besseres Resultat zeitigt.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. O. siegten die Kandidaten der Gegner. Unsere Kandidaten erhielten im ersten Bezirk 24 und 22, im zweiten 15 und 16, im dritten Bezirk 88 und 69 Stimmen. In jedem Bezirk sind 900 bis 1000 Wähler der Wahl fern geblieben.

In Elmshorn haben, wie gestern schon telegraphisch gemeldet, unsere Genossen den Sieg davongetragen. Dagegen gelang es unseren Solingern nicht, im ersten Wahlgang Erfolg zu erringen. Sie müssen zufrieden sein, daß ein Kandidat in die Stichwahl kommt. Wegen vorgelommener Wahlregel-mäßigkeiten wollen sie die Wahl anschieben. Wir wünschen Ihnen

viel Glück dazu. Im übrigen wollen wir hoffen, daß sie ihre elenden Streitigkeiten unter einander endlich begraben und jedenfalls nicht wieder mit zwei Eisten in den Kampf ziehen, wie diesmal. Den Vortheil der Zwistigkeiten unter den Arbeitern hat immer nur der gemeinsame Gegner.

In Erfurt endete die Wahl von fünf Stadtverordneten der 3. Abtheilung mit einem theilweisen Siege der im letzten Augenblick zusammengetretenen Beamtenpartei. Gewählt wurde im ersten Wahlgang allerdings nur 1 Stadtverordneter, und zwar mit 1152 Stimmen der zum ersten Male kandidierende und nicht gerade unbeliebte Bewerberath Siebert. In der Stichwahl scheinen jedoch auch die übrigen 4 Kandidaten der Beamtenpartei siegen zu sollen, da dieselben die größte Stimmenzahl (988—1155) auf sich vereinigen. Auf die Liste unserer Genossen vereinigten sich 531—562 Stimmen. In die Stichwahl kommen wir jedoch nicht, da noch die Kandidaten der „Bürgerpartei“ und des Hausbesitzervereins mit in Frage kommen, die 306—707 Stimmen erhielten. Wegen die Wahl vor zwei Jahren hat sich unsere Stimmenzahl um rund 150—160 erhöht. Da die Agitation unsererseits der längeren Vorbereitung ermangelte (sie erstreckte sich nur auf die letzten vier Wochen), so ist das Resultat immerhin befriedigend. Von 8708 Wählern haben nur 2887 ihrer Bürgerpflicht genügt. Da die bisher den Ton angegebenden Beamten fast bis auf den letzten Mann herangezogen waren, so ist klar, daß der Arbeiterschaft aus ihren eigenen Reihen noch bedeutende Reserven zur Verfügung stehen. Nur die wirtschaftliche Abhängigkeit und der Umstand, daß viele die Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit scheuen, hält bei den Kommunalwahlen die meisten von der Urne fern. Bei der diesmaligen Wahl machte sich wieder der Umstand recht förmlich bemerkbar, daß die Wahl in einem einzigen Lokale stattfand, das in der Mittagsstunde eine beängstigende Fülle aufwies.

Bei der Erstwahl für den vom Ort verzogenen Genossen Vorkmann haben unsere Genossen in Grabow an der Oder gut abgeschlossen. Ihr Kandidat, Zimmerer Car m o s i n, wurde mit 157 Stimmen gewählt, während die beiden gegnerischen Kandidaten nur 27 und 8 Stimmen erhielten.

In Ronneburg in Sachsen-Altenburg wurden von unseren 4 Kandidaten 3 gewählt.

Die Parteigenossen in Apolda haben zwar nicht vermocht, bei der Wahl am Sonnabend vor acht Tagen die Scharte auszuweihen, die sie bei der vorangegangenen Hauptwahl erlitten hatten; Genosse E. P e t e r m a n n, der bei der zweiten Wahl als Kandidat aufgestellt war, errang aber die stattliche Zahl von 539 Stimmen, was gegenüber der Hauptwahl eine Zunahme von 92 Stimmen bedeutet. Zur Kenntniß der lokalen Verhältnisse Apoldas geben wir im Anschluß hieran auf Wunsch der dortigen Parteigenossen folgende Mittheilung der „Thüringer Tribune“ wieder: Bezüglich der Gemeinderathswahlen hat früher eine Unklarheit geherrscht, wie selten anderswo; wer nicht mit den Konservativen und deren Anhang durch Dick und Dünn ging, wurde einfach von dieser Seite als „Sozialdemokrat“ bezeichnet; die von solchen Leuten gemachten konfussten Sachen wurden dann der Sozialdemokratie an die Rockschöße gehängt. Beispielsweise berichtete die „Hildburghäuser Vorzeitung“, daß im nächsten Jahre nur noch „vier“ Genossen von uns im Gemeinderathe säßen, wir kennen jedoch nur D r e i und wir sind vollständig damit zufrieden; eine Klärung mußte eintreten, auf unserer Liste durften Männer mit unklarer, verschwommener wirtschaftlicher und politischer Denkungsart keinesfalls wieder stehen; wir mußten mit einer r e i n e n Liste auf dem Kampfsplatz erscheinen, und müssen dies immer wieder thun, trotzdem die Genossen, welche eben unter der Aera der Verschwommenheit alt geworden sind, dies nicht begreifen wollen. Der Kampf ist jetzt hier ein bedeutend schmerzlicher als früher, weil wir jetzt auf Grund unserer s Programms in den Kampf zur Gemeinderathswahl ziehen, was leider früher nicht immer geschah. Was früher gefündigt wurde, haben wir jetzt gut zu machen, und da werden uns die anfänglich unaussprechlichen Mißerfolge nicht abschrecken.

In Niederrabenstein und Neustadt bei Chemnitz in Sachsen siegten die sozialdemokratischen Kandidaten.

Bei der Gemeinderathswahl in Rürnberg errangen unsere Genossen einen beachtenswerthen Erfolg. Es erhielten die Sozialdemokraten 1779, das freisinnig-liberale Kartell 8977, die Volkspartei 271. Von ca. 8400 Wahlberechtigten theilnahmen sich 6272 an der Wahl. Bei der letzten Wahl 1893 erhielten wir 1346 Stimmen, das freisinnig-liberale Kartell 3417, die Volkspartei 278. In einigen Bezirken errangen wir die Mehrheit, dieselbe nützt uns aber nichts, da es in Rürnberg keine Bezirkswahl giebt.

In Färth wurden gewählt: 5 Sozialdemokraten, 3 Volksparteiler und 4 vom freisinnig-liberalen Witschans. In Färth sind die Bezirkswahlen eingeführt und die Bedingungen für die Erwerbung des Bürgerrechts bedeutend leichter als in Rürnberg.

Bei der Bürgerauswahl in Heimbach in Baden wurden drei Sozialdemokraten gewählt.

Soziale Rechtspflege.

Einen Arbeitsvermittler suchte der Kellner N. für einen Anspruch haßbar zu machen, den er an dem Restaurateur Demski zu haben glaubte. Demski hatte bei dem Agenten Wollschläger zum 6. September für den Fall einen Kellner bestellt, daß schönes Wetter sein sollte. Der Agent stellte dem Kläger N. anheim, zu Demski zu gehen. Bei letzterem fand sich N. denn auch am 6. September ein, wurde aber wegen des schlechten Wetters nicht befristet. N. verklagte dann beim G e w e r b e g e r i c h t sowohl den Restaurateur wie den Agenten auf Erwirkung einer Lohnentschädigung. Die Behauptung des Beklagten Wollschläger, er habe ihm mitgeteilt, daß er nur bei schönem Wetter zu Demski gehen solle, bestritt der Kläger. Das Gericht hielt eine Aufklärung dieses Zwispalts seinerseits für überflüssig und wies die beiden Klagen ab. Die Abweisung der Klage gegen den Restaurateur erfolgte, weil feststand, daß dieser die Bedingung betreffs des Wetters dem Kommissar unterbreitet hatte, und die Klage gegen Wollschläger wurde abgewiesen wegen Unzureichlichkeit des Gewerbegerichts. Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitsvermittlern gehörten vor die ordentlichen Gerichte.

Für Arbeiter, die Arbeitsvermittlungen in Anspruch nehmen, ist eine Entscheidung der Kammer VI des Gewerbegerichts von großer Bedeutung. Der Gastwirt Thomas hatte beim Arbeitsvermittler des Fachvereins Berliner Gastwirthshilfen einen Kellner bestellt. Es wurde ihm darauf der Kellner M. zugeschiedt. Thomas ertheilte diesem sofort einige Aufträge. Nach etwa drei Stunden fiel es dem Restaurateur ein, daß er noch nicht die Engagementkarte, die M. vom Gehilfenbureau mitgenommen hatte, sich angesehen habe. Er holte das Gesäumte nach und fand als Monatslohn auf der Karte 20 M. angegeben. Das war ihm zu viel, der „neue“ Kellner mußte wieder seiner Wege gehen. M. gab sich aber nicht so leicht zufrieden, sondern verklagte Thomas beim G e w e r b e g e r i c h t wegen unberechtigter Entlassung auf Zahlung von 72 Mark. Der Beklagte beantragte Abweisung

der Klage, indem er sich besonders darauf stützte, daß vom Kläger noch gar keine Reklamedienste ausgeführt gewesen wären. Dem gegenüber wurde festgestellt, daß M. bereits einige Tische abgedeckt und Zigarren geholt hatte. Der Gerichtshof verurteilte den Beklagten unter folgender Begründung: Erwiesen sei, daß der Kläger dem Beklagten sofort beim Eintritt seine Papiere und auch den Engagementsschein ausshändigte. Pflicht des Beklagten wäre es nun gewesen, sich den Schein sofort anzusehen und sofort auszusprechen, ob er den Ueberbringer einstellen wolle oder nicht. Statt dessen habe er gleich M. einige Aufträge gegeben. Hierin sei aber der Vorgang eines Engagements zu sehen. Dasselbe nach drei Stunden einseitig wieder aufzuheben, wäre Thomas nicht berechtigt gewesen.

Arbeiter, hütet euch vor unüberlegten Unterschriften! Diese schon oft wiederholte Warnung muß auch anlässlich eines Streikfalles von neuem ausgesprochen werden, der die Kammer VI des Gewerbegerichts beschuldigte. Wegen eine Lohnentschädigungsklage des Reklamer B. wandte der Vertreter der beklagten Hotelgesellschaft (Zentral-Hotel) ein, Kläger habe ausdrücklich auf alle Ansprüche verzichtet. Zum Beweise dafür legte er einen Schein mit der Unterschrift des Klägers vor, worin über den erhaltenen Lohn quittiert wird und außerdem der Satz enthalten ist: — und habe ich weiter keine Ansprüche mehr. — 2. behauptete nunmehr in durchaus glaubwürdiger Weise, daß er nur unterschrieben habe, weil er sein Gehalt notwendig brauchte, und daß er beim Unterschreiben erklärt hätte, er behalte sich seine Rechte vor. Das Gewerbegericht hielt aber den Schein für maßgebend und wies die Klage ohne weiteres ab. Wenn sich Kläger wirklich weitere Forderungen mündlich vorbehalten hätte, so wäre doch nichts darauf zu geben, denn neben schriftlichen Abreden seien mündliche nicht zulässig.

Wegen Verweigerung der Sonntagsarbeit war der Arbeiterführer K. von dem Führern Plak ohne vorherige Aufkündigung entlassen worden. Er klagte dann beim Gewerbegericht mit dem Antrage, ihm eine Lohnentschädigung zu gewähren. Mehrere Zeugen sagten aus, es sei im Betriebe des Plak üblich, daß die Knäpser des Sonntags die Wagen schmierten und das Geschirr putzten. Die Kammer VII des Gewerbegerichts wies daraufhin die Klage ab. Der Gerichtshof war der Meinung, daß der Kläger die betreffende Arbeit am Sonntag hätte ausführen müssen, weil er das schon öfter getan habe. Sein Verhalten sei anzuwenden als eine Weigerung, die ihm obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen, und eine solche Weigerung sei nach § 123 der Gewerbe-Ordnung ein gesetzlicher Entlassungsgrund.

Gewerbe-Beilage.

Das Glaubensbekenntnis des Amateur-Radsfahrers. Der Redakteur Jakob Bloch wurde am 6. August vom Landgericht Berlin I von der Anklage des Religionsvergehens freigesprochen. Er hatte in dem von ihm verantwortlichen religiösen Blatte „Spiel und Sport“ vom 5. Oktober 1895 in der Form des christlichen Glaubensbekenntnisses ein Glaubensbekenntnis abgedruckt, worin die Grundsätze der Amateurradler verspottet worden. Der Angeklagte ist in England erzogen, versteht wenig Deutsch und kennt das christliche Glaubensbekenntnis nicht. Das Gericht konstatiert, daß die Spitze gegen die Amateure sich richtet, nicht gegen das Glaubensbekenntnis, wenn auch die Aneinanderreihung grober Unheerlichkeiten und maßlose Freivolität dokumentiert. Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen das Urteil wurde vom Reichsgericht verworfen, da der Inhalt des § 166 nicht den Ausdruck der Mißachtung in roher Form erheischt; das bloße Verächtlichmachen genügt nicht.

Ein hartnäckiger Steuerverweigerer stand am Mittwoch in der Person des Privatiers L. vor dem hiesigen Schöffengericht. Wie er angibt, verweigert er seit dem Jahre 1884 jede Steuerzahlung, weil er seiner Meinung nach einmal zu unrecht verurteilt worden ist und seinem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens nicht stattgegeben wurde. Es scheint, als ob er aus diesem Grunde häufig mit den die Steuern einziehenden Beamten Konflikte gehabt hat, denn er ist schon mehrfach wegen Verleumdung verurteilt. Auch zwei Sittlichkeitsvergehen haben ihm schon Vorstrafen eingetragen. Am 12. September dieses Jahres hat er wiederum den Steuerheber, der beduht Zwangsvollstreckung seine Wohnung betrat, mit beleidigenden Worten regaliert und ihn aufgefordert, seine Wohnung zu verlassen. Auch die mitangeklagte Ehefrau des L. hat dem Beamten bei dieser Gelegenheit einige Beleidigungen ins Gesicht geschleudert und gedroht, ihn, wenn er wiederkomme, mit dem Besenstiel zu empfangen. Die Angeklagten bestritten, diese Beleidigungen begangen zu haben. Der Gerichtshof schenkte jedoch der Zeugenäußerung des betreffenden Steuerhebers vollen Glauben, hielt die von demselben bekundeten beleidigenden Äußerungen für erwiesen und verurteilte den Angeklagten mit Rücksicht auf dessen Vorstrafen zu 2 Monaten, die Frau dagegen, weil sie unter dem Einfluß des Mannes gehandelt habe, nur zu 1 Woche Gefängnis. Beim Verlassen des Gerichtssaales sagt der Verurteilte in bestimmtem Ton: „Ich zahle doch keine Steuern!“ Wegen dieser Angelegenheit vor Gericht wurde ihm eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von 2 Tagen auferlegt.

Der Sektierende David Lauffant in dem ostpreussischen Orte Buden, der schon oft die Verwaltungsgerichte und auch die Strafgerichte beschuldigt hat, hat jetzt abermals einen Verwaltungsstreit durchgeföhrt. Lauffant ist Vorsteher der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Buden, die sich auf Grund des Gesetzes vom 14. März 1873 gebildet hat; in seinem Hause hält die ultrafromme Gemeinde ihre Versammlungen ab. Am mit der Landeskirche nun auch äußerlich in Konkurrenz zu treten, ließ Lauffant vor einiger Zeit auf dem Bobn- und Weihause Glocken andringen, mit deren Klänge er des Sonntags seine Schemmen in die Gebauungshunde lockte. Er hatte jedoch nicht mit dem Ortspfarrer und nicht mit der Polizei gerechnet. Auf eine Denunziation des geistlichen Gemeindeführers verbot ihm die Polizeiverwaltung das Einläuten der Bestunde mit den Kirchenglocken und drohte ihm für jede Zuwiderhandlung 60 M. Geldstrafe oder 10 Tage Haft an. Lauffant legte Beschwerde ein, ließ sich im übrigen aber nicht irren machen, so daß bald eine ganz beträchtliche Summe an Strafen festgesetzt worden war. Seine Beschwerden wurden vom Landrat und auch vom Regierungspräsidenten in Gumbinnen zurückgewiesen. Der 1. Senat des Ober-Verwaltungsgerichts hat jedoch am 24. November die vorliegende Verfügung außer Kraft gesetzt und die Beschwerde der Beschwerde-Instanzen, soweit darin die Verfügung aufrecht erhalten wurde, aufgehoben. Die Gründe gab Erhellung Persius nicht bekannt.

Verfassungen.

Im Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch Reichstags-Abgeordneter Kunert einen Vortrag über die Notwendigkeit der Reform der Militärstraf-Prozessordnung. Der Redner erläuterte das geltende Militärstrafrecht und führte durch drastische Beispiele und neues statistisches Material die durchdringende Härte desselben vor Augen. Er begründete die neuesten Forderungen in bezug auf die Gleichheit, Offenheit und Mäßigkeit und wies auf die Unabwieslichkeit militärischen Rechtsverfahrens, ferner verwies er auf die unabwiesliche Notwendigkeit der Ständigkeit und Selbständigkeit aller militärischen Gerichte, sowie auf die Durchführbarkeit eines geordneten Instanzenwesens, da heute die Einlegung von Rechtsmitteln für den verurteilten Soldaten ausgeschlossen ist. Endlich verlangte der Referent — um hier von einer Fülle anderer Einzelheiten des Referats abzusehen — auch die Verweisung aller nicht militärischen Vergehen vor die bürgerlichen Gerichte.

Wenn auch die Vertreter des Militarismus sich mit dem geschichtlich widerlegten Hinweis auf Aufrechterhaltung der Disziplin gegen eine solche Reform jetzt noch sträuben, so werden sie dem dringenden Reformbedürfnis nicht widerstehen können. Mit recht darf man sagen: Dasjenige Heer hat die beste Disziplin, welches die freieste und humanste Rechtsprechung und einen menschlichen Strafvollzug hat. Darum fordern wir von dem heutigen Militarismus eine einschneidende und zeitgemäße Reform seiner Strafgerichtsbarkeit. Unser endgültiges Ziel ist es jedoch, den Militarismus mit seiner Wurzel, die zweifellos kapitalistischer Natur ist, auszuröten. Dem Vortrage folgte lebhafter Beifall. — Mehrere Disziplinsredner erwählten zur Illustration des Militär-Strafverfahrens Beispiele aus ihrer eigenen Dienstzeit, die je nach ihrer Art theils Heiterkeit, theils die Entrüstung der Versammelten hervorriefen.

In einer sehr gut besuchten Versammlung des Vereins „Vorwärts“, die am Dienstag Abend im großen Saale der Kronen-Brauerei lagte, hielt Genosse Paul Singer einen interessanten und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Kommunale Angelegenheiten“. Einleitend verweist er auf die nächstjährigen Kommunalwahlen, bei welcher Gelegenheit die junge Organisation „Vorwärts“ ihre Feuerprobe zu bestehen haben wird, deren günstiges Resultat sich schon heute an dem Besuch der Versammlung voraussehen lasse. Auf die Notwendigkeit der Beteiligung an den kommunalen Wahlen seitens der Arbeiterklasse eingehend, wendet sich Redner gegen das elende Dreiklassen-Wahlrecht, an das sich die liberal-freimüthig-demokratische Mehrheit der Stadtverordneten aus Angst um ihre Sessel krampfhaft klammert. Das Berliner Schulwesen und die seitens der Sozialdemokraten hierzu gestellten Anträge, die Kranken- und Armenpflege, die Verhandlungen mit der Pferdebesitzer-Gesellschaft und das Submissionswesen, wurden vom Referenten unter lebhafter Zustimmung in der Versammlung einer eingehenden Besprechung unterzogen. Unter Vereins-Angelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß die augenblicklich vergriffenen Protokolle vom Parteitag vom Donnerstag an in den Zahlstellen wieder zu haben sind. Nach einem Hinweis auf die Notwendigkeit der politischen Organisation und den Werth unserer Parteipresse wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Im Legitarbeiter-Verband (Zentrale II, Posamentenbranche) hielt am 18. d. M. Dr. Grundmann einen naturwissenschaftlichen Vortrag. Unter Vereinsangelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß bei Joachim in Posen Differenzen zwischen dem Fabrikanten und den Arbeitern ausgebrochen sind. Sodann richtete der Bibliothekar an einige Säumige die Aufforderung, die entliehenen Bücher, die seit längerem ausstehen, nunmehr abzuliefern.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger beschloß in seiner Vereinsversammlung am 19. November, den Monatsbeitrag von 50 auf 30 Pf. zu ermäßigen. Sodann wurde der Anschlag an den Holzarbeiter-Verband diskutiert, die Beschlüßfassung jedoch ausgesetzt und einer öffentlichen Versammlung die weiteren Schritte vorbehalten.

Sattler und Tapezierer. Am 21. November fand in der Alten Jakobstr. 83 eine gut besuchte Mitgliederversammlung des Verbandes der Sattler und Tapezierer statt, in der Herr Dr. Wurm das Thema: „Wie erhält man die Augen gesund?“ behandelte. In der darauf folgenden Diskussion beantwortete der Referent mehrere an ihn gerichtete Fragen. Bei der Besprechung der Berufsangelegenheiten äbten einige Redner eine heftige Kritik an den niedrigen Löhnen in den Militärwerkstätten. Wie behauptet wurde, trage die Laubheit der Kollegen viel zur Aufrechterhaltung solcher Zustände bei. So haben die Arbeiter bei der Firma Wunderlich Nachf. eine nicht unbedeutende Summe für ein Meisterjubiläum gespendet, während ihnen der Beitrag für den Verband zu hoch erscheint. Die Folgen dieser lokalen Bestimmung sind allerdings nicht ausgeblieben, denn es folgte bald darauf eine Lohnreduktion. Auf die Petition an das Kriegsministerium, die eine Abschaffung der Hausindustrie in der Sattlerei verlangt, ist bisher keine Antwort erteilt. Pörsch hat sich deshalb im Komitee der Lohn- und Agitationskommission an die sozialdemokratische Fraktion gemandt, die beim Militär-etat eine dahingehende Anfrage richten wird. Im Anschluß daran wurde folgender Antrag angenommen: Der Ortsvorstand wird beauftragt, eine Kommission zu ernennen, welche die Leute einzeln zu vernahmen und das so gewonnene Material zusammen zu stellen habe, um der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion das nötige Material zu überliefern.

In einer Versammlung der Konditoren, die am 22. November stattfand, wurde über die von Zentralvorstand zur Diskussion gestellte Frage, die Verrechnung der Bäcker, Müller und Konditoren zu einem großen Verbände, Beschluß gefaßt. Mehrere Redner warnten vor Ueberreilung in einer so wichtigen Sache und empfahlen, die Beschlüßfassung auszusetzen. Es wurde sodann folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Lokalverein Berlin wünscht im Hochgrad eine eingehende Uebersicht über die bestehenden Verhältnisse in den interessierten drei Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Mitgliederzahl, Vermögensverhältnisse und allgemeinen Lage. Das Material müßte aus den Abrechnungen der letzten drei Jahre resultieren und soll nach Erfüllung dieser Aufforderung zu dieser Sache Stellung genommen werden.

Verband der Möbelpolierer (Zentrale Süd-Dr.). In einer Versammlung, die am 23. d. M. tagte, hielt Genosse Massatsch einen interessanten Vortrag über das Thema: Der Aberglaube und seine Entziehungsurachen. Die Verhaltungsangelegenheiten, die hierauf zur Besprechung standen, konnten nur zum Theil erledigt werden, da von den eingeladenen Arbeitern nur einer erschienen war. Meier theilt den Anwesenden mit, daß am ersten Feiertag der Verband sein Weihnachtstfest bei Riess, Weberstr. 44, arrangiert. — Die Versammlung im Dezember fällt aus.

Am 22. d. M. hatte der Verband eine Versammlung im Englischen Garten einberufen, in der Dr. Jöel in einem recht lehrreichen Vortrage über die Eroberung des Nordpols sprach.

Von der Agitationskommission der Schuhmacher waren am 23. November zwei große öffentliche Versammlungen einberufen. Bei Jöel in der Andreasstraße gaben Niederauer, Rauer und Willmer den Rechenschaftsbericht über die im Laufe des Jahres stattgehabten Streiks, soweit ein jeder von ihnen während dieser Zeit die Klassenarbeiten zu führen hatte. Im ganzen ging aus den Berichten hervor, daß für diese Streiks in runder Summe 28 000 M. verausgabt worden sind; 16 250 M. leistete die Zentralkasse, die übrige Summe wurde in Berlin aufgebracht. Konstatirt wurde von Willmer, daß die Erfolge den verausgabten Summen nicht entsprächen, zu Revisionen der dargelegten Rechenschaftsberichte wurde Ulrich, Konradel und Koval erwählt, denen nach ihrer Revisionsfähigkeit eine spezielle Berichtserstattung zufällt, und anheimgegeben wurde, die geprüfte Abrechnung im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Eine bis gegen 1 Uhr sich ausdehnende, oft recht heftige Debatte, schloß sich den Rechenschaftsberichten an. Hauptsächlich gab eine höhere Unterstützungssumme, die zwei Gemahrgeltern ausbezahlt worden war, zu der Debatte Anlaß. Mengel, dem im Laufe der gepflogenen Erörterungen vorgehalten wurde, er habe sich während zweier Jahre fast gänzlich um die Bewegung seiner Gewerkschaft gekümmert, leitete die Debatte als Opponent ein. Der Agitationskommission wurden die verschiedenartigsten Vorwürfe gemacht, die von Mitgliedern derselben eingehend widerlegt wurden. Von einer Seite ging der Antrag ein, einen besoldeten Beamten zur Erledigung aller notwendigen Arbeiten einzustellen. Zu einem endgültigen Resultat kam man indeß nicht.

Die Versammlung hatte sich bereits bedeutend gelichtet, die meisten der noch Anwesenden sich ebenfalls geräuschvoll erhoben, in dieser Situation wurde zum Schluß nur noch einem Antrag stattgegeben, für Mittwoch in der nächsten Woche wiederum eine öffentliche Versammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, wie die gegenwärtige, da es zur Neuwahl der Agitationskommission nicht mehr kam. Die zweite Versammlung tagte bei Martens in der Friedrichstraße. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Robert Schmidt verlas Urbanczyk die Abrechnung vom Streik der Schoofarbeiter, die in Einnahme und Ausgabe mit 8392,40 M. abschließt. Unter den Einnahmen befinden sich 3600 M. vom Zentralvorstand und 1000 M. vom Vertrauensmann der Schuhmacher Deutschlands. In den Ausgaben sind 8019,25 M. für Streikunterstützung veranlagt und 135,95 M. den ausständigen Ballschuharbeitern überwiesen. Hammacher verlas hierauf die Namen derjenigen, die sich mit ihren Pfennigen noch im Rückstande befinden. Es folgte dann die Abrechnung der Agitationskommission der Schoofarbeiter. Diese wies an Einnahmen 1977,35 M. und an Ausgaben 1915,30 M. an. Unter den Ausgaben befinden sich 1500 M. an den Vertrauensmann der Schuhmacher Deutschlands und 274,75 M., die den Ballschuhmachern übergeben wurden. Bei der Neuwahl der Kommission wurden Christensen, Diener, Hammacher, Trafen, Adamczak, Burg-hagen und Holzgreue gewählt. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, ihre Pflichten gegen die Organisation zu erfüllen und für die Stärkung derselben zu wirken, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Vom Vertrauensmann der Metallschleifer war am 25. November eine öffentliche Versammlung der Metallschleifer anberaumt. Das Referat hatte Kautenberg übernommen, der sich seines Auftrages zur vollen Zufriedenheit entledigte. Unter Verschiedenem wurde mitgeteilt, daß fortan nicht mehr in dem früheren Lokal, sondern im Lokale Ecke Stallchreiber- und Alexandrinenstraße die Kaffirerabende stattfinden. Die 50 Pf. Unterstützungsmarken seien gemäß dem Beschlusse einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung bis auf weiteres beizubehalten. In Verhältnissen, wo bisher keine Vertrauensleute gewählt wurden, habe dies unverzüglich zu geschehen. Die Vertrauensleute haben sodann regelmäßig zu den Vertrauensmännerversammlungen zu erscheinen.

Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ zu Nixdorf hielt am Dienstag, den 24. November, im Saale der Victoria-Brauerei eine sehr gut besuchte Mitglieder-Versammlung ab. Das Referat hatte Genosse Peus-Dessau übernommen. Redner sprach über die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zur sozialistischen und legte, die technisch-ökonomische Entwicklung beiseite lassend, dar, wie in unserem Exarier Programm im allgemeinen Teil neben der Kritik der kapitalistischen Produktionsweise das Ziel der sozialistischen Gesellschaft im allgemeinen bezeichnet sei, während im zweiten Theile, in den sog. Gegenwartsforderungen gezeigt sei, auf welche Weise wir, soweit es auf bewußte Förderung überhaupt dabei ankomme, das Ziel erreichen wollen. Der Referent ging nunmehr die Forderungen im zweiten Theile des Programms gruppenweise durch und wies nach, wie durch die Erfüllung dieser Forderungen gleichzeitig das Bedürfnis der Gegenwart befriedigt und die sozialistische Zukunft mehr und mehr heraufgeführt werde. Im Anschluß an diesen Nachweis beantwortete Referent auch die Frage, ob der Sozialismus sich ohne Gewalt durchsetzen werde dahin, daß in dem Begriff der sozialistischen Revolution die Gewaltthat gänzlich und gänzlich enthalten sei, daß nur der gewaltsame Widerstand gegen das, was die Nothwendigkeit der ganzen ökonomischen Entwicklung erheische, das Moment der Gewalt in diese Revolution hineinbringen könne. Der Vortrag ward mit dem größten Interesse entgegengenommen. Genosse Hehrer sprach sein Bedauern aus, daß die Ausführungen des Genossen Peus nicht von noch mehr Genossen angehört worden seien. Die Ideen des Referats kämen einem sehr dringenden Bedürfnis sehr vieler Parteigenossen entgegen. Es wäre ihm sehr erwünscht, wenn Genosse Peus im Verein auch einmal in ähnlicher Weise seine Gedanken über das Agrarprogramm zum Ausdruck bringen wollte. Peus erklärte sich bereit. Die Versammlung ward hierauf kurz nach 11 Uhr geschlossen.

Brig. Am 15. d. M. sprach hier in einer öffentlichen Versammlung Reichstags-Abgeordneter Zubeil in einem zweistündigen Vortrag über die Thätigkeit des Reichstages. Sodann gab der Vertrauensmann einen ausführlichen Bericht und die Abrechnung während seiner Geschäftsführung im verfloffenen Jahr. Danach belief sich der Kassenbestand auf 84,35 M. Bei der Eröffnung wurde Weniger wiederum mit diesem Amt betraut und den Genossen E. Schulz, Kurfch und Hutter die Revision übertragen. In die Lokalkommission delegirte die Versammlung die Genossen Schiedig, E. Schulz, Wille und Sandmann. Mit der Aufforderung, energisch für die Interessen der Partei einzutreten, schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Schöneberg. In der am 16. November stattgehabten Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hielt Dr. Bernstein einen interessanten und lehrreichen Vortrag über Hypnotismus, dem eine recht rege Diskussion folgte. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten und der Bekanntgabe, daß Genosse Timm über das Thema: „Sozialismus und Anarchismus“, am 7. Dezember im Arbeiter-Bildungsverein sprechen wird, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Bildungsvereine. Freitag Abend 8 Uhr bis 10 1/2 Uhr: Süd-östliche Schule, Waldemarstr. 14: Haupt-Gesellschaft (Kantik und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Mythologie und biblische Uebersetzung. Die Entstehung der Erde aus ihrer ursprünglichen Stellung im Weltall. Mechanische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Entstehung des Menschen in das Naturganze (Lamarck-Tomow). Das Lebenproblem. Kromismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Gesellschaft. Herr Dr. G. Jöel. — Nord-Schule, Wilmersdr. 25: Rede-Übung (Die wichtigsten technischen Umwälzungen für die Kunst des öffentlichen Lebens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages). Herr Reich-Schulz.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Schriftmaterials, schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Arbeiter-Sängerband Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Wasserwerkstr. 2. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Rortrup, Wasserwerkstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Vereinigung Berlin und Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Rothbuser Baum 72.

Band der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgegend. Alle Zuschriften, den Band betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177.

Lehr-Vereinigung der Hausanwärter Berlins. Sonnabend, den 6. Dezember, abends 8 Uhr: Familien-Rathungen im Lokale des Herrn Dast, Grenadierstr. 23.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgesehen ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zu Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirths erklärte laut „Vorwärts“-Bericht vom 25. November cr., daß von acht Zeugen nicht einer in der Lage gewesen wäre, den Schanten einen Beweis für die gegen Carl Schöning, Köpnickstr. 68, erhobenen Verdächtigungen beizubringen.

Demgegenüber erklärten die Unterzeichneten, daß die gegen Schöning erhobenen Anklagen von ihnen vollständig bestätigt wurden. Sollten die „Genossen“ eine gerichtliche Verhandlung nicht scheuen, so wird der Beweis erbracht werden, daß sie in diesem Falle die Wahrheit zu verwalten versucht haben.

C. Lamprecht, Griner, Hermann Kamp, F. Jahn, G. Tresmann, G. Becker.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 27. November:
Opernhaus. Die Meisterfinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Letzte Liebe.
Deutsches Theater. Moritur.
Berliner Theater. Renaissance.
Festung-Theater. Die goldne Eva.
Theater des Westens. Schiedsmann Hempel.

Neues Theater. Vochsprünge. Vorher: Die sittliche Forderung.
Residenz-Theater. Verschunden.
Schiller-Theater. Der Sohn der Wildnis.
Thalia-Theater. Das Wetterhäuschen. Zwei Schwiegeröhne.
Selle-Alliance-Theater. Lumpaci vagabundus.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Volks-Theater. Der deutsche Michel.
Theater Unter den Linden. Der Schenker vor der Thür. Unter den Linden.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Vor Sonnenaufgang.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: Der Sohn der Wildnis.
Sonntag, abends 8 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: Carl Weich.
Heute und folgende Tage:
Der deutsche Michel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachmittags 8 Uhr:
Lorbeerbaum und Bettelstüb.

Central-Theater.
Alle Jakobstr. 30.
Direktion: Richard Schultz.
Emil Thomas a. G.
Zum 68. Male:
Eine wilde Sache.
Grosse burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von S. Eindehofen.
Anfang 1/2 8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Eine wilde Sache.

Friedrich Wilhelmstadt-Theater
Ghauffestr. 25/26. Dir. Max Samst.
Vor Sonnenaufgang.
Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, Dienstag und Mittwoch:
Schafspiel
des großen italien. Opern-Ensemble's vom Scala-Theater in Mailand unter Leitung ihres Impresario G. Brianza.
Billets zu den angekündigten Vorstellungen sind ohne Vorbestellungsgebühr zu haben: an der Theaterkasse, außerdem im „Invalidendank“, Unter den Linden 24, und im Cigarrengeschäft von Paul Romeid, Leipzigerstr. 6.
Sonntag, 28. Novbr., nachm. 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung: Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Sonntag, 29. Novbr., nachm. 8 Uhr:
Klassiker-Vorstellung: Wilhelm Tell. Von Fr. von Schiller.

Thalia-Theater
(vormals: Adolph Ernst-Theater)
Dresdenerstr. 72/73.
Das Wetterhäuschen.
(Weather or no.)
Musikal. Entwürf von Adrian Rof. Deutsch von Hermann Fischer.
Musik von Bertram Luard Selby.
Darauf:
Zwei Schwiegeröhne.
Schwan in 4 Akten von M. Boucheron. Deutsch von Max Schönau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage) Annonstrasse 42/43.
Vornehmster Familienaufenthalt.
Neu! Neu!
Förster's Wilhelm.
Charaktergemälde in 1 Akt von Studenbrock.
Musik von J. Lauwiz.
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Grand Konzert der Elite-Hauskapelle unter Leitung des Kapellmeisters Martin.
Anfang: Sonntags 8 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
R. Winkler.

Alexanderplatz-Theater.

Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Wilhelm Friedhald.
Anfang 8 Uhr.
Bonz, auch die zu Nansons Reise nach dem Nordpol ausgegebenen, behalten ihre Gültigkeit.
Morgen und die folgenden Tage:
Ohne sittlichen Halt.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Käthe Klond, Liederiängerin.
Gustav Wehling, Tanzhumorist.
Geschw. Strosow, Gesangsduettisten.
Elli Herzog, Kofium-Soubrette.
Richard Wagner, Opernsänger.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

!!! Novität!!!
Schippanowsky's Internationale Konzerte
Spandauer Brücke — Stadtbahnhofen.
! Im Frühlingsglanze!
Neue phänomen. Ausstattung.
Heute Konzertieren:
Im Pfloderhals: Wiener Damen-Kapelle „Wiener Herzen.“
Rosenlaube: Elite-Orchester „All-Deil.“
Obstgarten: Ital. Sänger-Gesellschaft „Sacco.“
Hoplenslaube: Instrument „Laczo.“
Weinberg: Tiroler Sänger- und Tänzer-Gesellschaft „Eber.“
Theater-Abtheilung:
■ Abends 8 Uhr Auftreten von ■
Humoristen, Komikern, Duettisten u. s. w.
Anfang Wochent. 6 Uhr Nachm.
Entree frei.
Vorzügliche und billige Küche.
Table d'hôte à Concert 75 Pf.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glöck.
Mlle. Fougère
The Troubadours
Kaufmann
Signor Bernardi
Fleury-Trio
und 30 Kunstkräfte ersten Ranges.
Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Ganz Berlin

verbinden die elektrischen und Pferdebahnen zum Kottbusser Thor mit dem
Volks-Theater
34 Reichenbergerstr. 34.
Heute, Freitag, geschlossen.
Sonntag, den 28. November: abends 6 Uhr:
Eröffnung der Festsäle im Weihnachtsschmuck.
Knecht Ruprecht's Einzug in Krähwinkel.
Um 8 Uhr zum ersten Male:
Robert und Bertram.
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von G. Käder.
Entree 50 Pf. bis 3 M.
Sonntag: Dieselbe Vorstellung.

Electrical Edison Scientific Theater
Kinetograph und Grapho-Phonograph
Mauerstr. 66, nahe Leipzigerstrasse.
4-10 Uhr nachmittags stündlich:
„Ein Tag in der Schweiz.“ — Entree 50 Pf. Kinder und Militär die Hälfte.

Viktoria-Brauerei.
Lützowstrasse 111/112.
Heute, sowie jeden Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
(Moyse, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schräder.
Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
Neues Programm.
Sonntag:
Concerthaus Sanssouci.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
Sebrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten und großen Bildbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesausgänge.

Passage-Panopticum.

Traumbilder.
Eine Weihnachtsfeier mit Musik und Gesang.
Ohne Extra-Entrée
Neu:
Hundert Jahre Mode.

Castan's Panopticum
Neu! Die wunderbaren
Neu! indischen
Neu! Pygmäen
Neu! Ur-Australier (Kannibalen).

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Sonntag, den 29. November:
Gr. Abschieds-Vorstellung
des gesammten so erfolgreichen
Künstler-Personals
in seinen besten Glanznummern.
Montag, den 30. November:
Zum letzten Male das sensationelle
brillante
November-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf.
Dienstag, den 1. Dezember:
Neues Spezialitäten-Personal.
Hochinteressantes Programm.

Vogler's Casino

früher Welt-Restaurant,
Dresdenerstr. 97.
Variété- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Auftreten von Kunstkräften nur I. Ranges.
Im vorderen Saal täglich:
Großes Konzert
der
unübertrefflichen italienischen
National-Sänger- und Tänzer-
Gesellschaft
Dominico Conti.
Entree vollständig frei.
Im großen Theateraal:
Im Vorzimmer Fr. Excellenz
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Billards. 4 neue Kegelbahnen.
Sorgfältig gepflegte Biere,
anerkannt gute Küche.

Circus Busch.

(Bahnhof Börse.)
Freitag, den 27. November,
Abends 7 1/2 Uhr:
Große humoristische Vorstellung
Ein Abend zum Lachen.
Zum 1. Male: Der Gigerl-Glown
Dr. Alf Daniels als Gedankenleser.
Zum 1. Male: Der Clown Boganowsky
als Köffel in der Tanzstunde. Zum
1. Male: Der Dorfbarbier, höchst kom.
Szene. Zum 1. Male: Die Clowns
Mr. Sidney und Cyrillo als Acrobaten.
100 Clowns, männliche und weibliche.
Ferner: Dir. Busch mit seinen best-
dresirten Reittierpferden. 4 gesäimte
Zebbras. Leplog-Trio, unübertreffliche
Hochturnkünstler. Zanzibar, russ. Degenst.
geritten von Herrn Salamonski.
Nur noch einige Male:
Die Jagd nach dem Glück.
Morgen: Die Jagd nach dem Glück.
4 Zebbras. Leplog-Trio.
Sonntag, nachm. 4 Uhr: Millionium.
4 Zebbras.

Barz-Käse.
Hochreinste hellgelbe Waare, aus
fettestem Guernsey. Postfrei
90 Stück 3 Mk. franko.
500 Stück 12,50 Mk. / per Bahn,
1000 Stück 24,00 Mk. / ab hier.
Versandt gegen Nachnahme.
Walter Fischer, Käseerei, Buttstädt/Th.

6. Kreis. Moabit. 6. Kreis.

Öffentliche Volks-Versammlung
am Montag, den 30. November 1896, abends 8 1/2 Uhr,
in Ahrens' Brauerei, Thurmstraße 26.
Tages-Ordnung: 219/4
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann.

Zentralverein der Bildhauer.

Sonntag, den 29. November:
Charlottenburg
Exkursion nach dem Polytechnikum (Stadtbahnhof Chiergarten).
Versammlungsort: Vorhalle des Hauptportals, Berlinerstraße, bis
11 Uhr vormittags, pünktlich. 20/13
Dienstag, den 1. Dezember, 8 1/2 Uhr. **Modeller-Abend.**
Innenstraße 16:
Geschäftliches. — Wahl eines Mitgliedes zur Vertretungs-Kommission.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin).
Heute Abend bei Cohn, Beuthstraße 20/21 (oberes Zimmer):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Die Beitragssammler werden ersucht, behufs Entgegennahme der
Billets zum Weihnachtsvergügen, in der Sitzung zu erscheinen. 79 9

Metallarbeiter.

Sonntag, den 29. November 1896, mittags 12 1/2 Uhr, im Lokal
von Raabe, Colbergerstraße 23:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Der Ausstand in der Eisengießerei von Hartung und unsere weiteren
Maßnahmen gegenüber dem Vorgehen der Rühnenmänner.
Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen, besonders aber der Former und
Gießerei-Arbeiter, ist unbedingt erforderlich.
Montag, den 30. November 1896, abends 8 Uhr, in Seller's
Festsälen, Köpenickerstraße 29:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter, die neuesten Maßnahmen
der Metallindustriellen und unsere Aufgaben für die Zukunft.
Kollegen! Gegenüber den Vorgängen, die in letzter Zeit zu tage getreten
sind, ist es notwendig, energische Maßnahmen zu treffen, um zum aller-
mündelst den Kollegen die gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnisse zu
erhalten. Erscheint daher Mann für Mann.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.
Otto Raetber, N., Kullamerstr. 44.

Tischler-Verein.

Sonntag, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 198 5
1. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über „Kapitalismus und
Nerventränkheiten“. 2. Ein Unterstützungsgesuch und Vereinangelegenheiten.
Damen haben Zutritt.
Der Vorstand.

Achtung! Brauerei-Arbeiter.

Sämtliche in den Brauerei-Betrieben beschäftigten Personen (Götter,
Bauer, Fahrer, Mithaber, Schmiede, Schlosser, Seiler,
Maschinisten u. s. w.).
Sonntag, den 29. November, nachmittags 1 1/2 Uhr, im
Englischen Garten, Alexanderstrasse 27c:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Wahlen zum Kuratorium des Arbeitsnachweises.
Referent: Kollege Wiehle aus Hannover. 2. Diskussion und Verschiedenes.
41/8
Die Agitations-Kommission.

Verband Deutscher Zimmerleute.

(Zahlstelle Berlin.)
Bezirks-Versammlung
am Sonntag, den 29. November, abends 5 Uhr,
bei Wilke, Andreasstraße 26.
Tages-Ordnung: „Die Bedeutung der Frau in der Arbeiter-
bewegung.“ Referentin: Frau Mesch. 254/3
Nach dem Vortrage: **Geselliges Beisammensein.** Gäste,
Damen und Herren, sehr willkommen.
Der Vorstand.

Schäftebrauerei! Verein Deutscher Schuhmacher.

Filiale V. 169/13
Sonntag, 28. d. M., **Bersammlung** Rosenthalerstr. 57 bei Babel.
abends 9 Uhr: Vortrag.
Achtung!
Sonntag, 28. November, im Lokale der Brauerei Friedrichshain
am Friedrichshain:
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert
ausgeführt von den Männerchören Nothe Rette II, Oranienburger Vorstadt,
Treu u. Einigkeit (Nixdorf), Weiße Rose II (Weihenstep), Dir.: Herr A. Miosch,
(Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes)
unter Mitwirkung einer stark besetzten Kapelle der Zivil-Berufsmusiker,
Dirigent: Max Gagon
und unter gütiger Mitwirkung der Sopranistin Fraulein Emma Friede.
Zur Aufführung gelangen nur neuere Kompositionen.
Anfang 8 1/2 Uhr. Billets 30 Pf.
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Zu zahl-
reichem Besuche ladet ein 1537b Das Komitee.

Damen u. Herren

als Mitglieder zu größeren
Aufführungen sucht
Theaterverein Freier Wille.
Derselbe tagt jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Martischen Hof,
Admiralstraße 18c. Wöchentlich Beitrag 10 Pf. 1609b

Elegante Damen-Corsetts von 45 Pf. bis 8,50 Mk.

Herkules-Spiralfeder-Corsetts.
Neuheiten
in Ball- u. Empire-Corsetts
in weiss, crème und den neuesten Modifarben und der Figur **Eleganz und Formenschönheit** verleihenden Pariser und Brüsseler Façons.

Elegante Uhrfeder-Corsetts
von 75 Pf. an.
Fischbein-Corsetts.

Gestrickte Corsetts
für Kinder 24 Pf. für Damen 70 Pf.
Kinder-Corsetts. Geradehalter.
Gestrickte Corsett-Schoner 8 Pf.

Neues
Waarenhaus

Max Simon,

Rosenthaler-
strasse 49.

Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von **Julius Türk.**
Sonntag, den 29. November, nachmittags 2 1/2 Uhr,
zum letzten Male: 229/1

Lumpacivagabundus.

Eintritts- und Abonnementskarten sind in allen Zahlstellen zu haben.

Achtung!

Gesangverein Fortschritt

(M. d. N.-S.-B.) 67/7

Vergnügen

am Sonnabend, den 28. November 1896, abends 8 1/2 Uhr, in
Henke's Festsaal, Naunynstr. 27.
Die bisher gelassenen Billets behalten an dem Tage ihre volle Gültigkeit
und wird der Verein für beste Unterhaltung Sorge tragen.

Kinetographisch-Phonographische Vorführungen

Lebende Photographien.

21. Unter den Linden 21. Vorstellung v. 10-1 1/2 Uhr vorm.
und 8-10 Uhr abends.
Eintrittspreis 50 Pfennig. Sonntags v. 11-10 Uhr abends.
Vorzugsbillets à 25 Pf. für Arbeitervereine und deren Mitglieder sind
vom Kassirer der Arbeiter-Bildungsschule, S. Königs, Berlin S., Dieffenbach-
str. 30, und in den Schullokale zu haben.

Frauen-Vortrag

heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Köpnickstr. 68
über: Das menschliche Leben vor der Geburt und
die bekümmerten Leiden des weiblichen Geschlechts
(erklärt an lebensgroßen Modellen). Entree 10 Pf.
Vereine, welche meine Vorträge hören wollen, erhalten
Prospecte. Grundmann, Naturheilkundiger, Charlotten-
burg, Berlinerstr. 40.



Unvergleichbar.
**Hohenzollern-
Mäntel!**
für Herren, in grau, schwarz und blau, mit
Offizier-Damast, Pelzweil, weite, faltig und
abknöpfbar. 3758*

Mk. 24.
J. Reisner,
Friedrichstraße 244.

Wein- und Cognac-Auktion.

Freitag, den 27. November, von 10 Uhr ab, sollen auf dem alten
Königlichen Pachhof (in Berlin), Kleine Rosenstraße am Lustgarten
ca. 1500 Flaschen feinsten Rhein- u. Moselweine, ca. 1500 Flaschen ff. Bordeaux,
Madeira, Sherry, u. Portweine, große Posten ff. Cognac u. Rum und diverse
Sorten Liqueure, ca. 1000 Flaschen prima Champagner (wobei die Marken
Roederer, Deutz u. Goldermann, Panery, Jul. Dumas etc.), sowie 60 Mille
gute Havana u. bessere Qualitäts-Cigarren in beliebigen
Partien, sowie 4 Oghost gute Rothweine, 10 Fässer (à 32 Liter) ff. Madeira-
und Portweine öffentlich meistbietend versteigert werden. Proben werden
bei der Auktion verabfolgt. Kammer, gerichtlicher Taxator und
Auktionator, Weidenburgerstr. 1.

Benno Stabernack's Vereinshaus,

Inselstrasse 10 (früher Schöffer's Salon).
Empfehle meinen neu renovierten Saal (250 Personen fassend), sowie Vereins-
zimmer zu Festlichkeiten, Versammlungen, Arbeitsnachweisen, Zahlstellen etc.
Lungenleiden a. sog. unheilbare beh. u. besond. bewährt. Methode m.
vorrätig. Erfolge Dr. Thamm, Alexanderstr. 31.

Ausverkauf!
Mein großes Lager in Kleiderstoffen, Gardinen, Weißwaren, Wäsche,
Posamenten, Trikotagen, Strümpfen, wollenen Westen und vielen anderen Artikeln
stelle ich zu bedeutend ermäßigten Preisen wegen Geschäftsverlegung zum
Ausverkauf!
Wrangeistr. 119. Richard Stock.

Englischen Unterricht erteilt
G. Liebknecht, Kantstr. 160.

Am Mittwoch, den 25. d. M.,
schüb 9 Uhr, verstarb nach langem
schwerem Leiden mein lieber Mann
und Vater, der Maschinenfabrikant
Gustav Wulkau.
Um stille Theilnahme bitten
Gertha Wulkau geb. Worgitzky
und Helene.
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 29. Nov., nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle des alten
Sophien-Kirchhofs, Bergstraße,
aus statt. 60/10

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle
der Tischler u.
Gerichtliche Verwaltung Berlin N.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Buchbinder
Rudolf Beik,
am 24. d. M. im Alter von 45 Jahren
verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag,
den 27. November, nachm. 4 Uhr, von
der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs
aus statt. 184/7
Um rege Betheiligung bitten
Die Ortsverwaltung.

Ein Arzt gesucht,
Parteigenosse, in einer Stadt Thüringens
(ca. 80 000 Einwohner). Stellung bietet
gute Position! Aufschluß wird aus-
sührlich erteilt. Offerten sub E. L. 100
dieses Blattes.

Erklärung.
Die gegen Schöning erhobene Be-
schuldigung wird von mir aufrecht er-
halten. (1611b) Rob. Ahrens.
Achtung, Klaffbrüder!
Heute Abend: Klaffbrüder-Versam-
lung bei Mantl, Naunynstr. 65a.
1610b Der Oberklaffbrüder.
Jed. Sonnabend Gänse-Anspieren
Chamissoplatz 4 bei R. Ihloff.

O. Brost's
Weiss- und Bairischbier-Lokal,
Moabit, Birkenstr. 27,
empfehle allen meinen Freunden u. Be-
kannten. Jed. Donnerstag u. Sonnabend
Erbsen mit Speck. 1604b

Restaurant u. Festsäle
von
J. Wernau
Schwedter-Strasse 23/24.
Den Vereinen, Klubs, Gesellschaften etc.
empfehle ich meine auf das eleganteste
eingerichteten großen u. kleinen Säle u.
Bereinzimmer von 80, 100, 200 bis
500 Personen fassend, u. Versamm-
lungen, Sitzungen, Arbeitsnachweisen,
Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art.
2 verdeckte Kegelbahnen.
59158* J. Wernau.

Sophastoffe
auch Kette
in Kips, Damast, Crèpe,
Phantase, Sobelin und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstraße
158.

Bitte lesen Sie!
Da ich große Posten auf Auktionen
sehr billig gekauft habe, empfehle ich
jedem Genossen, der seinen Bedarf an
Winter-Paletots,
Anzügen, Mänteln, Zoppen, einzelnen
Jaquets, Hosen, Westen, ferner Arbeits-
anzügen billig und gut kaufen will,
mein bekanntes reichhaltiges Lager von
Herren- und Knaben-Garderoben
aller Art zu anorm billigen Preisen.
A. Wergien,
Schneidermeister, 209L*
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Eulig, Berlin S., Prinzenstr. 46.
verleiht gegen Nachnahme (nicht unter 10 Pf.)
garant. neue vorzügliche, silberne Bettfedern,
à 55 Pf. Halbdaunen, à 75 Pf. 1.25
vorrätliche Daunen, à 75 Pf. 2.25
Von diesen Daunen genügen
3 Pfund zum größten Überbett.
Versandung wird nicht berechnet.

Münch's
Heiz-Apparate
3,50 Mk.
unentbehrlich für
jeden Haushalt.
Man achte auf
die Patent-Nr.
39 427,
da Nachahmung
nicht genügend heizen.
Zu haben in allen Eisengeschäften.
Intensiv-Ofen gut u. schnell heizend.
A. Münch, Brunnenstr. 82.
Achtung! Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw.
wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahn-
ziehen, Zahnreinigung, Nervödten bei
Bestellung umsonst.
Gudel, Laufbergerplatz 2, Gassenstr. 12,
Stegitzstr. 71, I.

Herren- und Knaben-Garderoben
S. Littmann 372L*
101. Manneufferstraße 101.
Grosse Auswahl in Winter-Paletots von M. 12,50 an.
Reelle Bedienung! Gr. Stofflager nach Maass Billigste Preise!

Brunhilde,
selbstgewebte, echtfarbige u. unver-
wüstliche Haus-Kleiderstoffe.
Ortrud und Rosalinde, neueste und
M* elegante
Promenaden-Kleiderstoffe.
Portieren in größter Auswahl.
Alle Aufträge von 20 Mark an und Muster stets franko.
Carl H. Klippstein & Co. in Mühlhausen i. Thür. 11.
Weberlei und Versand-Geschäft.

Roland-Cheviot,
— Spezialität — unerreicht in
Haltbarkeit und Eleganz; andere
Herrenstoffe in nur modernen und
geschmackvollen Dessins
zu sehr billigen Preisen.
Carl H. Klippstein & Co. in Mühlhausen i. Thür. 11.

Brockhaus' Meyer's
Lexikon, Brehm's Tierleben, Bücher
und Bibliotheken jeder Wissenschaft be-
steht und kauft Antiquariat Kochstr. 58.

Wohl fühlt sich
bei jeder Bitterung, wer
Brunnenstrasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot)
bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt
guten Rum, 1/1 Flasche inkl. von 90 Pf.
an, vorzügl. Glühwein-Extrakt, 1/1 Pf.
inkl. von 1,10 M. an, Ingwer-, Pfeffer-
minz-, etc. ff. Liköre (1/1 Literflasche)
inkl. 1,10 M., 1/2 Literflasche inkl. 55 Pf.,
Stonsdorfer inkl. Orig.-Fl. (1/4 Liter)
à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Bitter-
mischung, per 1/1 Champagner-Flasche
inkl. 90 Pf., alten Nordhäuser per
Liter 50 Pf., modie. Ungarwein Orig.-
Fl. (1/2 Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie
sämmliche Sorten Weine, Cognacs,
u. f. w., Spirituosen auch im Einzel-
verkauf nur zu Bagrospreisen. Billigste
Bezugsquelle. 58358*
Bitte genau auf No. 110 Brunnen-
strasse No. 110 zu achten.

Fruchtsäfte.
Bimbeer- und Kirschsäfte, Johannisbeer-
säfte, etc. vorzüglich, à Literflasche 50 Pf. 1.30.
Eugen Neumann & Co., Berlin
Königsplatz 6a, Neue Friedrichstraße 81,
Casselerstr. 199, Weidenburgerstr. 29, Gärten Weg 54,
Charlottenburg, Reller-Str. 45.

**Verwaltung der Kochanstalt
Stadt Schlachthof**
Täglich (Sonntags vorm. von 7-9 Uhr)
Verkauf von:
Gefochtem Rindfleisch
à 30 u. 35 Pf. per Pfund.
Gef. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund. 301.*

Hirschfleisch à 1 Pf. 25, 30, 40 Pf.
Blatt 40 u. 50 Pf.
Keule 70 Pf.
Oder-Gänse 50, 55, 60 Pf.
bruder ausgegeschlachtet.
Hühner, Enten, Tauben.
Wild- und Geflügel-**A. Ritschl**
Handlung
jetzt
vis-à-vis 61. Dresdenerstr. 61 part.

**Gardinen-
Reste**
zu 1-4 Fenstern passend, spott-
billig in der Gardinenfabrik
von **Bruno Göthor, Grüner Weg**
Nr. 80 part. (kein Laden) Eing.
vom Flur.
ausw. Repar. u. Besi.
verl. bill. Krolwitz, Friedrichsbergerstr. 14.
Ehrtorfel am Nordhafen i. Rahm.

Arbeitsmarkt.
Namenstickerinnen, geübte a. alle,
verl. Krolwitz, Alte Köpstr. 5. 1607b

Licht. Bor- u. Nachbierer
auf Naturstoffe sucht Stockfabrik
Grüner Weg 118. Hochachend
Georg Luft & Co., Joh. Paul Gold-
mann, Grüner Weg 118.
Papierfortirerinnen verlangt, feine,
geübte Leute bevorzugt, 1594b
Schneek, Fruchtstr. 74.

Karton-Arbeiterinnen, geübte, verl.
M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48. 1578b

Ein perfekt. Kartonpappen-Zuschneider
findet dauernde Stelle. Meldungen
unter C. 21 Exped. d. Bl. 1572b

Durchwäher (Krausfelder Maschine)
wird sofort verl. Bleiche, 30 nen.
straße 7. 472b

Einem Theil der hestigen Auf-
lage liegt ein Prospekt des
Manufaktur-Waarenhauses
Mandowsky & Co., Berlin,
Rosenthalerstr. 53, bei.